



ARBEIT FÜR ALLE?

Chancen aktiver und nachhaltiger
Beschäftigungspolitik
zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit

Diskussionsbeiträge von

Peter Hilliger
Jürgen Schampel



Herausgegeben vom
**WirtschaftsForum der Sozialdemokratie
in München**
August 1999

PDF-Version

Die Seiten-Nummerierung der PDF-Version weicht von der gedruckten Publikation
zwecks Leerseiten-Vermeidung ab.

Copyright by Peter Hilliger und Jürgen Schampel, 1999 München
Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: Druckerei Schleicher, München
Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS	SEITE
VORWORT Hans-Günter Naumann	6
AKTIVE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK Peter Hilliger	7
1. Arbeitslosigkeit in Deutschland	7
1.1 Die Situation	7
1.2 Ursachen und bisherige Maßnahmen	9
1.3 Struktur der Arbeitslosigkeit	11
1.4 Kosten der Arbeitslosigkeit	12
2. Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit	13
3. Aktive Beschäftigungspolitik: Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit	14
4. Umverteilung des Arbeitsvolumens	15
4.1 Abbau von Überstunden	16
4.2 Teilzeitarbeit	16
4.3 Schematische Arbeitszeitverkürzung	17
4.4 Lohnausgleich	18
5. Erweiterung des Arbeitsvolumens	20
5.1 Reduzierung der Arbeitskosten	20
5.2 Investitionsprogramme	21
5.3 Beschäftigungsprogramme	22
5.3.1 Beschäftigung in kommunalen Projekten	23
5.3.2 Beschäftigung in privaten Haushalten	24
5.3.3 Dienstleistungsagenturen: Organisation der Arbeitsabwicklung	25
6. Finanzierung der Beschäftigungsprogramme	25
7. Zusammenfassung	29
NACHHALTIGE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK Jürgen Schampel	30
1. Bedeutung der Nachhaltigkeit	30
2. Wirtschaftswachstum - bei abnehmender Arbeit	30
2.1 Exporterfolge - ohne gleichwertige Binnenmarkteffekte	30
2.2 Fortschreitende High-Level-Rationalisierung	31
2.2.1 Automatisierung der Sachgüterproduktion	31
2.2.2 Automatisierung der Lebensmittelproduktion	32
2.2.3 Dienstleistungsautomatisierung	32
2.2.4 Virtualisierung und Globalisierung der Arbeit	32
2.3. Struktur der Arbeitsnachfrage	32

2.4.	Auflösung des traditionellen Berufsweges	33
3.	Neue Arbeit für Millionen?	33
3.1	Mehr Dienstleistungen - mehr Gesamtarbeit?	33
3.1.1	Dienstleistungsbereiche, die in direkter Weise absatz- und produktionsabhängig sind	34
3.1.2	Dienstleistungen, die über den Produktionsbereich hinausgehen	35
3.1.3	Dienstleistungen, die ausschließlich durch private Nachfrage bedingt sind	35
3.1.4	Dienstleistungen, die hauptsächlich von institutioneller Nachfrage abhängig sind	35
3.1.5	Neue und bislang noch nicht massiv nachgefragte Dienstleistungen	36
3.1.6	Dienstleistungen, die nur subventioniert massiv nachgefragt werden können	37
3.1.7	Dienstleistungsexport - ohne hochentwickelte Industrie?	37
3.1.8	Der nichtkommerzielle Dienstleistungssektor - als Beschäftigungs-Alternative	38
3.2	Innovation: der Schlüssel für neue Arbeitsplätze?	38
3.3	Mittelstand als großer Ausgleicher?	39
3.4	Neue Selbständigkeit: Ein Königsweg?	39
3.5	Wirkungsgrenzen expansiver Beschäftigungspolitik	40
4.	Zukunftssichernde Gesellschaftspolitik	40
4.1	Konflikttreibende Ansätze	41
4.1.1	Zuviel ausländische Arbeitskräfte?	41
4.1.2	Frauen: Zurück an den Herd?	41
4.1.3	Sozialschmarotzer: Endlich arbeiten?	42
4.1.4	Arbeitsumverteilung - und dann?	42
4.1.5	Unternehmensverantwortung und Beschäftigung	43
4.2	Konsensorientierte Ansätze	43
4.2.1	Neuer Gesellschaftsvertrag	43
4.2.2	Neudefinition des Wohlstands	44
4.2.3	Bündnis für Arbeit	44
4.2.4	Allgemeines Grundeinkommen	44
4.2.5	Kein überzeugender Ausweg in Sicht?	45
5.	Weltwirtschaftliche Perspektiven	45
5.1	Entwicklungsbedingung neuer Märkte	45
5.2	Nationale Kultur und Tradition	47
5.3	Wachsendes Konfliktpotential zwischen Kulturen	47
5.4	Notwendigkeit einer globalen Neuorientierung	48
6.	Postindustrielle Ökonomie	48
6.1	Arbeit gibt es genug!	49
6.2	Das New Work Konzept	50
6.3	"Neue Arbeit" als flexible Struktur	51
6.4	Partielle High-Tech-Selbstversorgung - eine Option für alle	51
6.5	Neue Arbeit und Humankapital	51
6.6	Neue Arbeit und aktive Beschäftigungspolitik	52
6.7	Zielkonzept und Volkswirtschaftsmodell	52
6.8	Partielle, moderne Lehnswirtschaft oder Neofeudalismus?	53
6.9	Planwirtschaft - eine ebenbürtige Teilwirtschaft?	53
6.10	Freiheit statt Zwang	54

6.11	Hocheffizienz und Ökologie	54
6.12	Die postindustrielle Gesellschaft	55
7.	Ausblick	56
	LITERATURVERZEICHNIS	57

VORWORT

Deutschland kommt in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht entscheidend voran. Jede andere Aussage wäre reines Wunschdenken oder Bequemlichkeit in der Kenntnisnahme einfacher statistischer Daten oder mehr oder weniger einhelliger Prognosen.

Die Wachstumsraten in der Kohl-Ära, aber auch die Entwicklung des Jahres 1999, deren Bestimmungsfaktoren allerdings weiter zurückgehen, reichen bei weitem nicht aus, um die Auswirkungen der Produktivitätsgewinne auf den Arbeitsmarkt zu neutralisieren. In Bezug auf Wachstum und Beschäftigung hat uns Frankreich in diesen Monaten erstmals überholt. Wir streiten in der EU-Wachstums-Skala mit Italien um den letzten Platz.

Man muß der marktwirtschaftlichen Konsequenz des immer wieder zitierten deutsch-amerikanischen Ökonomen Rudi Dornbusch weiß Gott nicht beipflichten. Aber seine Diagnose ist mehrheitsfähig: Deutschlands Problem ist, ein Land zu sein, das nie bereit wäre, etwas zu versuchen, was jenseits des herrschenden Konsens liegt. Deutschland, ein total festgefahrenes Land mit Massenarbeitslosigkeit und geringem Wirtschaftswachstum, dem jede Vorstellung abgeht, was es dagegen tun könnte?

Das WirtschaftsForum hat in den 5 Jahren seines Bestehens versucht, mit immer neuen gedanklichen Ansätzen die Ursachen des sinkenden Arbeitsvolumens zu analysieren und Wege für eine Umkehrung des Trends auf den Prüfstand zu stellen, was eine gänzlich nutzlose Unternehmung wäre, würde man einer zeitgenössisch-pessimistischen Denkweise folgen: "Der Industriegesellschaft geht die Arbeit aus."

Der Arbeitskreis "Beschäftigungspolitik" im WirtschaftsForum hat sich über fast 2 Jahre besonders intensiv mit dem Thema "Arbeit" auseinander gesetzt. Die Ergebnisse werden in dieser Broschüre als persönliche Diskussionsbeiträge von Peter Hilliger und Jürgen Schampel vorgestellt. Beide Autoren kommen aus der wirtschaftlichen Praxis (siehe Daten auf dem hinteren Deckblatt), betrachten jedoch die Thematik primär unter volkswirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Bezügen.

Peter Hilliger beschreibt konkrete Handlungsmöglichkeiten mit der rechnerischen Zielsetzung, die Arbeitslosigkeit auf rd. 1 Million Arbeitslose hinunterzudrücken, was mit einer Arbeitslosenquote von 4 % dem alten Ideal der Vollbeschäftigung nahe kommt. Dabei stehen Beschäftigungsprogramme und Maßnahmen der Arbeitsumverteilung im Vordergrund.

Thema von Jürgen Schampel ist die "nachindustrielle Ökonomie": Wie soll und kann die Politik reagieren, wenn bedingt durch technischen Fortschritt und globalen Wettbewerb die Arbeitslosigkeit trotz aller beschäftigungspolitischen Maßnahmen nicht auf ein erträgliches Maß gedrückt werden kann? Der Autor plädiert für Elemente einer Wirtschaftsordnung, die auch andere Formen der Arbeit als die derzeit praktizierten beinhaltet .

Das WirtschaftsForum der Sozialdemokratie in München wird auch in Zukunft die Arbeitslosigkeit als die Zeitfrage Nr. 1 in seinem Programm behandeln. Diskussionsbeiträge sind nachhaltig erwünscht.

Hans-Günter Naumann
Vorsitzender

AKTIVE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Peter Hilliger

1. ARBEITSLOSIGKEIT IN DEUTSCHLAND

Die Arbeitslosigkeit ist nach einhelliger Meinung aller Bürger in Deutschland das drückendste gesellschaftliche Problem, das Problem Nummer 1. Zwischen Arbeitslosigkeit und Armut besteht ein enger Zusammenhang. Der gewohnte Lebensstandard wird durch die Arbeitslosigkeit von einem Tag zum anderen hinfällig. Daher rangiert die Angst vor der Arbeitslosigkeit bei Umfragen unter den Bundesbürgern regelmäßig ganz oben in der Sorgenskala.

Die Anzahl der Arbeitslosen betrug in Deutschland 1998 durchschnittlich 4,3 Millionen und die Arbeitslosenquote 12,3 %. In einer Gesellschaft, in der nach wie vor der soziale Status von der Erwerbstätigkeit abhängt, ist die Arbeitslosigkeit nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein soziales Problem, dessen Lösung vorrangig ist und an dessen Lösung sich jede Bundesregierung messen lassen muß.

Eine Gesellschaft, die ihre Mitglieder fast ausschließlich über die Erwerbsarbeit integriert, kündigt in dem Maße ihren eigenen sozialen Grundkonsens auf, in dem sie Menschen von der Teilhabe an der Erwerbsarbeit ausschließt. Hier liegt eine Hauptursache für wachsende Alltagskriminalität, Gewaltbereitschaft und Ausländerfeindlichkeit. Die innere Stabilität eines Landes ist insbesondere für ausländische Investoren ein wichtiger Standortfaktor. Soll die soziale und politische Stabilität gesichert werden, müssen entweder neue Formen der sozialen Integration gefunden oder aber es muß die Erwerbsarbeit mit dem Ziel der Vollbeschäftigung anders organisiert werden. Vollbeschäftigung ist nur mittelfristig erreichbar. Dazu bedarf es der Erschließung neuer Märkte durch eine innovationsorientierte Wirtschaftspolitik, einer Neugestaltung der Arbeitszeit sowie für längere Zeit eines breiten öffentlich geförderten Arbeitsmarktes.

1.1 Die Situation

Die heutige hohe Arbeitslosenquote hat sich nicht stetig entwickelt. Sie zeigt vielmehr einen wellen- oder treppenförmigen Anstieg seit 1965 (Abb. 1).

Eine überschlägige Trendbetrachtung der Arbeitslosenquote in Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum ergibt, daß in Krisenzeiten die Arbeitslosenquote etwa in gleichem Maße gestiegen ist, wie sich das Wachstum verringert hat. Bei einem Abschwung von - 1% stieg die Arbeitslosenquote um 1 %. Dagegen ist bei einem Aufschwung von 1 % die Arbeitslosenquote nur um 0,5 % gesunken. Nach jedem Konjunkturzyklus blieb die Arbeitslosenquote daher auf einem höheren Niveau stehen.

Dieser Sachverhalt wird besonders deutlich durch die Darstellung in Abbildung 2. Die Balken sind jeweils in den Jahren eingetragen, in denen die Arbeitslosenquote ein Minimum oder ein Maximum darstellt. Die 3-Jahres-Gleitwerte des Wachstums weisen genau entgegengesetzt dazu in denselben Jahren Maxima und Minima auf. Die Arbeitslosenquote ist beispielsweise

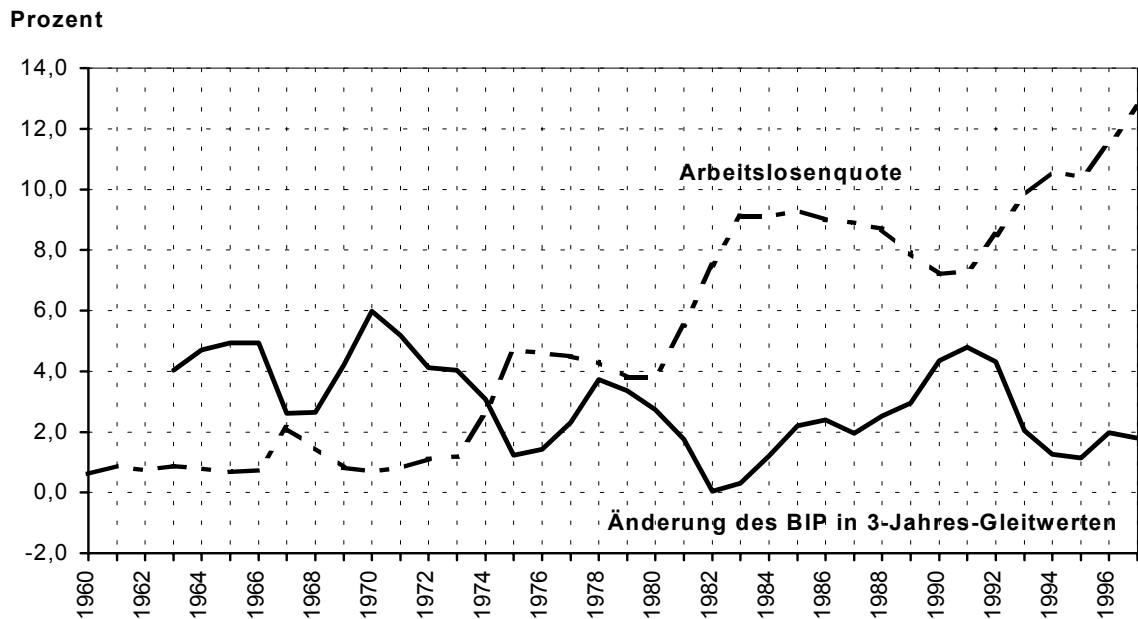


Abb 1: Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitslosenquote
Quelle: Statistisches Jahrbuch 1998

von 4,7 % in 1975 auf den nächsten Minimalwert von 3,8 % in 1979 gesunken und danach auf das nächste Maximum von 9,3 % in 1985 gestiegen. Das Wachstum ist gleichzeitig von dem Minimalwert 1,2 % in 1975 auf das nächste Maximum von 3,4 % gestiegen und danach wieder auf das folgende Minimum von 2,2 % gesunken.

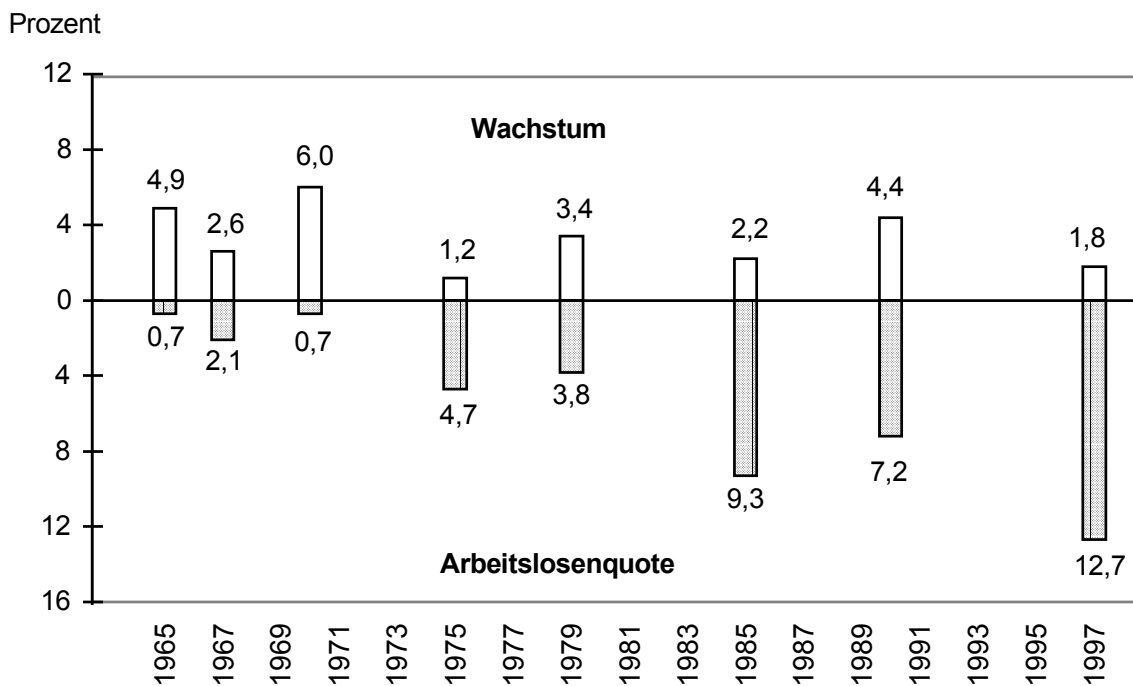


Abb. 2: Arbeitslosenquote und Wirtschaftswachstum (Änderung des BIP)
Quelle: Statistisches Jahrbuch, eigene Berechnungen

Falls die Entwicklung in der Bundesrepublik so bleibt, wird die Arbeitslosenquote demnächst eher anwachsen als unter 10 % sinken, wenn nicht massiv gegengesteuert wird.

Die mögliche Bevölkerungsentwicklung, bei der vielfach ein Rückgang der Einwohnerzahl in Deutschland prognostiziert wird, würde diesen Effekt bremsen, aber nicht zu einem ent-

scheidenden Abbau der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren führen, da ein markanter Rückgang der Bevölkerungszahl erst ab 2020 erwartet wird. Bis dahin wird laut einer Berechnung des Prognos-Instituts die Einwohnerzahl in Deutschland nur um rd. 1 Mio. zurückgehen.

1.2 Ursachen und bisherige Maßnahmen

Die Arbeitslosigkeit hat verschiedene Ursachen, die allerdings recht unterschiedlich wirken, und von denen oft nur einzelne herausgegriffen werden, um den jeweiligen Standpunkt zu untermauern. Monokausale Erklärungen greifen aber zu kurz.

Die Arbeitskosten liegen in Deutschland an der Spitze der Industrieländer. Für die Wettbewerbsfähigkeit ist aber nicht die absolute Höhe der Kosten der richtige Vergleichsmaßstab, sondern die Kosten im Verhältnis zur Stundenproduktivität. Den besseren internationalen Vergleich bieten daher die Lohnstückkosten, weil diese Kennzahl außer der Lohnhöhe auch die Stundenproduktivität berücksichtigt. Hier aber zeigt sich, daß die Lohnstückkosten in den letzten Jahren in Westdeutschland durchschnittlich nicht stärker gestiegen sind als im Durchschnitt der wichtigsten Handelspartner. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist trotz der hohen Löhne weitgehend erhalten geblieben, weil die hohen Löhne in Deutschland durch entsprechend hohe Produktivitätssteigerungen nahezu ausgeglichen worden sind.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Vergleich der Arbeitskosten pro Stunde und der Arbeitslosenquote in Deutschland und anderen Industrieländern.

	Arbeitskosten DM/Stundein Industrie 1996	Arbeitslosenquote % zumeist Schätzung 1997
Westdeutschland	47,30	11,0
Schweiz	43,70	5,5
Norwegen	39,60	4,5
Belgien	39,10	12,5
Dänemark	38,80	8,0
Österreich	38,20	6,5
Schweden	37,40	8,0
Finnland	37,30	15,0
Niederlande	35,70	6,0
Japan	32,60	4,2
Ostdeutschland	31,90	19,5
Frankreich	30,80	12,8
Italien	27,90	12,5
USA	26,60	4,6
Spanien	24,00	21,5
Großbritannien	22,70	6,0
Irland	22,40	11,0
Griechenland	14,10	10,0
Portugal	9,80	7,0

Abb. 3: Arbeitskosten und Arbeitslosenquote

Quelle: Globus, Institut der deutschen Wirtschaft, OECD

Die Tabelle in Abbildung 3 zeigt, daß kein eindeutiger Zusammenhang zwischen Arbeitskosten und Arbeitslosigkeit besteht. Spanien hat trotz niedriger Arbeitskosten in Höhe von rd. 50 % der westdeutschen Arbeitskosten eine fast doppelt so hohe Arbeitslosenquote. Auch aus den Werten für die anderen Länder geht hervor, daß die Arbeitskosten nicht als die allein entscheidende Ursache für die Arbeitslosigkeit gelten können.

Die Globalisierung des Wettbewerbs ist eine weitere Begründung dafür, daß in Deutschland keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstanden sind. Bei den hohen Arbeitskosten in Deutschland seien die Unternehmen geradezu gezwungen, in das Ausland zu gehen, weil es viel billiger sei, dort (Osteuropa, Fernost) zu produzieren. Dieser Sachverhalt trifft in einigen Fällen sicher zu. Erhebungen in Industrieunternehmen ergaben jedoch, daß als Motiv für die Investitionen im Ausland Marktwachstum, Markterschließung und Marktsicherung wesentlich wichtiger sind als die Arbeitskosten (Abb. 4). Unternehmen, die allein aus Kostengründen Produktionen in das Ausland verlagert haben, holen ihre Auslandsfabriken sogar häufig wieder zurück (Spiegel 29/1998).

Gründe deutscher Unternehmen für Investitionen im Ausland	Nennung in %
Erschließung internationaler oder regionaler Märkte	68
Teilnahme am Wachstum nationaler oder regionaler Märkte	50
Sicherung nationaler oder regionaler Märkte	46
niedrige Lohnkosten	14
niedrige Steuern	9
geringe Transportkosten	5

Abb. 4: Globalisierung: Gründe für Auslandsinvestitionen
Quelle: ifo-Institut 1997

Bezogen auf die deutsche Wirtschaft insgesamt sprechen gegen die Globalisierungs-Argumentation auch die Handelsbilanzüberschüsse, die Deutschland gerade gegenüber allen "billigen" osteuropäischen Ländern aufweist. Was an Arbeitsplätzen durch Verlagerung verlorengeht, wird in anderen Unternehmen oder Branchen durch höhere Exporte wieder ausgeglichen. Diese Strukturverschiebungen mit ihren negativen Beschäftigungswirkungen in einzelnen Branchen und Regionen sind zwar eine Folge der Internationalisierung der Märkte, stellen aber nicht die Hauptursache der Beschäftigungsprobleme für Deutschland insgesamt dar.

Als weitere Ursache wird genannt, daß in der Vergangenheit die Politik der konservativ-liberalen Bundesregierung, die noch durch die rein stabilitätsorientierte Geldpolitik der Bundesbank unterstützt worden ist, durch die zunehmende staatliche Belastung der Arbeitnehmer zu geringerer Inlandsnachfrage geführt hat. Die durchschnittliche Belastung von Arbeitnehmern mit Steuern und Abgaben ist von 38,6 % in 1983 auf 45,6 % in 1998 angestiegen. Den Beziehern niedriger und mittlerer Einkommen fehlte das Geld für den Konsum. Diese Deflationpolitik bremste das Wirtschaftswachstum und war daher geradezu kontraproduktiv für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.

Hauptursache für die Arbeitslosigkeit in den Industrienationen sind die hohen Produktivitätssteigerungen, die dazu führen, daß immer weniger Beschäftigte immer größere Gütermengen herstellen. Während durch neue Technologien zwar neue Arbeitsplätze geschaffen werden, gehen durch den Einsatz derselben Technologien wieder Arbeitsplätze verloren. Sehr deutlich zeigt sich das bei der Informationstechnologie. Die Computerproduktion und vor allem die Erstellung neuer Software führt zu zahlreichen neuen Arbeitsplätzen. Mit dem Einsatz dieser Software werden aber gleichzeitig Rationalisierungen erzielt, durch die wiederum Arbeitsplätze wegfallen. Die Arbeitskräfte, die aufgrund dieser Rationalisierungen ihre Arbeitsplätze in der Industrie verlieren, können aber nur zum Teil in anderen Bereichen der Wirtschaft wie vor allem dem Dienstleistungssektor beschäftigt werden. Denn auch im Bereich der Dienstleistungen (insbesondere bei den Banken und Versicherungen) sind umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen zu erwarten. Die Hoffnung, daß die im industriellen Bereich fortfallenden Arbeitsplätze durch neu entstehende Dienstleistungen ausgeglichen werden können, hat sich bisher nicht erfüllt, wie Jürgen Schampel in seinem Beitrag ausführlich beschreibt.

1.3 Struktur der Arbeitslosigkeit

Für die Überlegungen über Maßnahmen zum Abbau der Arbeitslosigkeit ist es u.a. wichtig zu wissen, welche Qualifikationen die Arbeitslosen besitzen, wie alt sie sind und wie lange sie bereits arbeitslos sind. Wie die folgenden Daten zeigen, sind besondere Maßnahmen erforderlich für die Arbeitslosen mit geringer Qualifikation und für Langzeitarbeitslose.

Arbeitslosigkeit ist vielfach eine Folge geringer Ausbildung. Etwa 40 % aller Arbeitslosen in Deutschland - 1,6 Millionen 1997 - haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Die Arbeitslosenquote bei Arbeitnehmern ohne Berufsausbildung liegt mehr als doppelt so hoch wie bei den Arbeitnehmern, die eine Lehre, Fachschule oder Hochschule absolviert haben. Dieser Wert ist nahezu konstant seit 1991, eine Tendenz in Richtung zunehmender Arbeitslosigkeit der Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation ist nicht zu erkennen.

Für Westdeutschland hat das Kieler Institut für Weltwirtschaft folgende Werte ermittelt (1995):

Arbeitnehmer	Arbeitslosenquote in %
ohne Berufsausbildung	14,2
mit Lehre, Berufsfachschulausbildung	7,2
mit Fachschulausbildung	4,5
mit Fachhochschul- und Universitätsausbildung	5,0
Insgesamt	8,4

Problematisch ist die Arbeitsmarktsituation besonders für Arbeitnehmer, die 55 Jahre und älter sind. Sie machen mit 23 % fast ein Viertel der Arbeitslosen aus, von dem 58 % ein Jahr und länger arbeitslos sind. Die Arbeitslosenquote liegt mit 22 % doppelt so hoch wie im Durchschnitt (Werte für Westdeutschland 1996). Bedenklich ist auch, daß bei den jungen Leuten mit einem Lebensalter zwischen 20 und 25 Jahren bereits fast 10 % ein Jahr und länger arbeitslos sind.

Die Dauer der Arbeitslosigkeit beträgt in Deutschland (Strukturanalyse 1996 des Bundesamtes für Arbeit):

unter 1 Monat	12 %
1 bis unter drei Monaten	19 %
3 Monate bis unter 1 Jahr	38 %
1 Jahr und länger	31 %

Immerhin 31 % der Arbeitslosen finden innerhalb eines Vierteljahres wieder eine Arbeitsstelle. Das sind rd. 1,3 Mio. Personen, entsprechend einer Arbeitslosenquote von knapp 4%. Bei dieser Größenordnung, die zur Zeit der Arbeitslosenquote der USA entspricht, redet man heute oft schon von Vollbeschäftigung. Als Begründung wird dabei genannt, daß wegen der schnellebigen Zeit und des rascheren Strukturwandels die Anforderungen an die Flexibilität der Arbeitnehmer gestiegen sind. Öfter als früher müssen die Arbeitnehmer ihre Arbeitsstellen und Berufe wechseln wegen der häufigeren Unternehmens-Umstrukturierungen - wegen Outsourcing, Verkäufen von Unternehmen, Fusionen, Restrukturierungsprogrammen, Pleiten usw. Auch qualifizierte Arbeitnehmer finden in dieser Situation nicht so schnell eine neue Stelle wie in den 60er Jahren, als der Arbeitsmarkt ein Arbeitnehmermarkt war und jemand erst gekündigt hat, wenn er bereits eine neue Stelle hatte. Arbeitslosigkeit, die weniger als drei Monate dauert, wird als typisch für den heutigen Arbeitsmarkt und daher nicht problematisch angesehen.

1.4 Kosten der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit ist teuer. Ein Arbeitsloser kostet den Staat oder besser die Gesellschaft in Deutschland fast so viel wie er vorher als Bruttoeinkommen verdient hat.

Durch die Arbeitslosigkeit gehen der Staatskasse die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherungen verloren sowie die Lohnsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags. Gleichzeitig wird die Staatskasse belastet durch das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe.

In der folgenden Tabelle wird die Berechnung der Gesamtbelastung für einen ledigen Arbeitnehmer der Steuerklasse I sowie für einen Verheirateten in der Steuerklasse III dargestellt.

Werte in DM (1998)	Single Steuerklasse I	Verheiratet Steuerklasse III
Bruttoeinkommen eines Arbeitnehmers im Jahr	50.000	50.000
Fehlende Einnahmen des Staates:		
Lohnsteuer	9.100	3.600
Solidaritätszuschlag	500	---
Sozialversicherung Arbeitnehmer	10.500	10.500
Sozialversicherung Arbeitgeber	10.500	10.500
Zusätzliche Ausgaben des Staates:		
Arbeitslosengeld	17.400	23.700
Gesamtbelastung für den Staat	48.000	48.300

Abb. 5: Kosten der Arbeitslosigkeit, zwei typische Beispiele

Quelle: Eigene Berechnungen

Die Gesamtbelastung des Staates, die sich aus den fehlenden Einnahmen und den zusätzlichen Ausgaben zusammensetzt, beträgt rd. 48.000 DM, wenn der Arbeitslose Arbeitslosengeld bezieht. Sie verringert sich für diese Beispielrechnungen auf rd. 45.000 DM, wenn Arbeitslosenhilfe bezogen wird, und auf rd. 42.000 DM, falls der Arbeitslose Sozialhilfe erhält.

Als Belastung für den Staat insgesamt für alle Arbeitslosen wurde vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) für 1996 der Betrag von 159 Mrd. DM berechnet. Bei 3,965 Mio. Arbeitslosen 1996 betragen die Kosten im Durchschnitt für jeden Arbeitslosen rd. 40.000 DM.

2. WIRTSCHAFTSWACHSTUM UND ARBEITSLOSIGKEIT

Als Lösung der Arbeitslosenproblematik wird vielfach auf das Wirtschaftswachstum gesetzt und es werden Maßnahmen vorgesehen, die zu einer Verstärkung des Wachstums beitragen sollen.

Das Bruttosozialprodukt in Westdeutschland ist in den 36 Jahren von 1960 bis 1996 zwar real um 278 % und durchschnittlich um 2,9 % pro Jahr gestiegen. Diese Steigerung hat aber gerade dazu ausgereicht, die laufenden Produktivitätsverbesserungen (2,7 % pro Jahr) auszugleichen, die zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit besonders im industriellen Bereich notwendig sind. Die Zahl der Erwerbstätigen lag 1996 mit 28,2 Mio. um 7% höher als 1960 mit 26,4 Mio. Da gleichzeitig die Anzahl der Erwerbspersonen um 17% zugenommen hat, stieg die Arbeitslosenquote auf 10 % (1996).

Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum führte zwar zu einer Steigerung des Beschäftigungsvolumens. Wegen des gleichzeitig noch höheren Anstiegs der Erwerbspersonenzahl erhöhte sich aber auch die Arbeitslosigkeit. In Zukunft muß nicht damit gerechnet werden, daß die Anzahl der Erwerbspersonen weiter steigt - längerfristig ist wegen des prognostizierten Bevölkerungsrückgangs eher ein Rückgang auch der Erwerbspersonenzahl zu erwarten. Wegen der laufenden Produktivitätssteigerungen kann trotzdem erst bei einer jährlichen Wachstumsrate von mehr als 3% mit zusätzlichen Arbeitsplätzen gerechnet werden. Solche Wachstumsraten sind aber in den letzten Jahren nicht erreicht worden. Wachstumsraten über 3% pro Jahr werden in Prognoserechnungen für die nächsten zehn Jahren kaum erwartet.

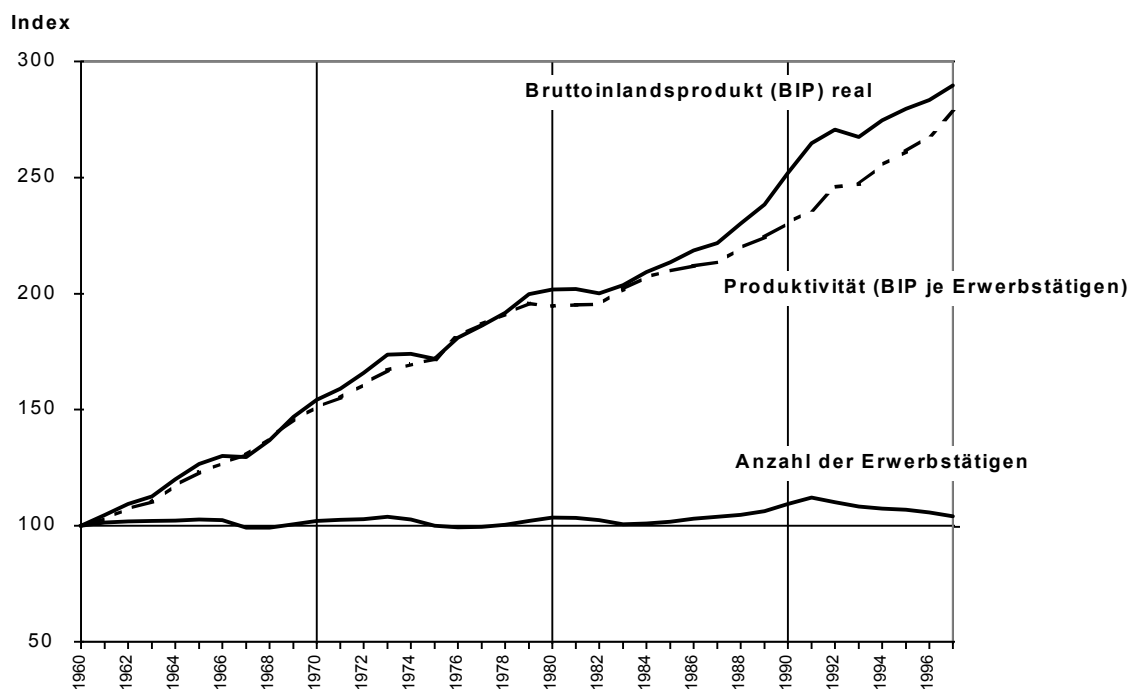


Abb. 6: Entwicklung von Bruttoinlandsprodukt (BIP), Erwerbstätigen und Produktivität
Bis 1991 früheres Bundesgebiet
Quelle: Statistisches Jahrbuch 1998

Das künftige Wirtschaftswachstum wird also nicht dazu ausreichen, die Arbeitslosigkeit nennenswert zu verringern. Aufgrund der hohen Produktivitätssteigerungen durch den Einsatz neuer Technologien werden laufend Arbeitsplätze wegrationalisiert. Diese Tendenz wird noch verstärkt durch die hohen Arbeitskosten in Deutschland, die dazu führen, daß gerade in Deutschland in den Unternehmen ständig geprüft wird, wie die Ergebnissituation durch Ra-

tionalisierungen gesichert oder verbessert werden kann, indem Arbeitseinsatz durch Kapitaleinsatz ersetzt wird.

Wirtschaftswachstum ist erforderlich, damit neue Arbeitsplätze entstehen als Ersatz für die Verluste von Arbeitsplätzen, die durch die Produktivitätssteigerungen hervorgerufen werden. Ein in der Vergangenheit vielfach gefordertes Nullwachstum wäre für die Entwicklung der Beschäftigung äußerst schädlich. Vielmehr sind von der Wirtschaftspolitik Maßnahmen zu ergreifen, die ein Wachstum ermöglichen, das die Produktivitätssteigerungen zumindest ausgleicht.

Damit ist aber noch kein zusätzlicher Arbeitsplatz geschaffen. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit sind weitere Maßnahmen notwendig.

3. AKTIVE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK: MASSNAHMEN ZUM ABBAU DER ARBEITSLOSIGKEIT

Die vorhandene hohe Arbeitslosigkeit kann nur durch ein Bündel von Maßnahmen reduziert werden, die gemeinsam von den Tarifpartnern und dem Gesetzgeber durchzuführen sind. Da mit dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum in naher Zukunft kaum mehr als der Ausgleich der Produktivitätssteigerungen erreicht werden kann, bedarf es weiterer Maßnahmen zum nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit.

Grundsätzlich gibt es bei diesen Maßnahmen zwei Schwerpunkte: einerseits alle Maßnahmen zur Umverteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf mehr Beschäftigte und andererseits sämtliche Aktivitäten zur Vergrößerung des Arbeitsvolumens und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Die Möglichkeiten Arbeitsplätze zu schaffen, sind in der folgenden Tabelle aufgeführt, damit vorab deutlich wird, welche Größenordnungen hinter den einzelnen Maßnahmen stehen. Anschließend wird auf die Maßnahmen näher eingegangen.

Maßnahmen	Zusätzliche Arbeitsplätze bis zum Jahr 2004
1. Umverteilung des Arbeitsvolumens	
- Reduzierung der Überstunden, Ausgleich durch Freizeit	400.000
- Erhöhung der Teilzeitarbeit, Steigerung der Teilzeitquote von 19% auf 24%	500.000
- Reduzierung der Arbeitszeit (Wochen- oder Jahresarbeitszeit) um 10% bei Lohnausgleich entsprechend der Produktivitätssteigerung	1.000.000
2. Erweiterung des Arbeitsvolumens	
Arbeitskostensenkung	
Reduzierung der Lohnzusatzkosten, Senkung der Beiträge für die Sozialversicherungen durch Herausnahme der versicherungsfremden Leistungen. Bei Senkung der Beitragssätze um 1%-Punkt können etwa 100.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Bei Senkung um rd. 5%-Punkte sind es insgesamt	500.000
Investitionsprogramme	
mit 10 Mrd. DM Investitionen können etwa 140.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei 35 Mrd. DM entsprechend 1 % des Bruttoinlandsproduktes sind es insgesamt	500.000

Beschäftigungsprogramme

Beschäftigungsprogramme für kommunale und regionale Projekte mit sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen sowie für Arbeiten in Privathaushalten durch Überführen von unbezahlter Arbeit in bezahlte Arbeit

1.000.000

Anzahl der zusätzlichen Arbeitsplätze insgesamt

3.900.000

Die Quantifizierung der Maßnahmen erfolgte im wesentlichen anhand der Auswertungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das sehr detaillierte Simulationsrechnungen durchgeführt hat. Sie wurden veröffentlicht in dem IAB-Werkstattbericht Nr. 5/10.9.1996 mit dem Titel "Wege zu mehr Beschäftigung". Diese Daten wurden ergänzt durch eigene Berechnungen.

Maßnahmen zur Wachstumsförderung, wie z.B.

- Finanzielle Unterstützung von Existenzgründungen durch Bereitstellung von Risikokapital und Bürgschaften,
- Entlastung der Unternehmen (Steuern, Abgaben, Regulierungen),
- Fördern neuer Technologien

sind wegen der Problematik ihrer Quantifizierung nicht bewertet worden. Sie sind allerdings wichtig zur Erzeugung eines Innovationsschubs mit dem Ziel, wenigstens die laufenden Produktivitätssteigerungen durch Wirtschaftswachstum auszugleichen.

4. UMWERTEILUNG DES ARBEITSVOLUMENS

Hierzu gehören alle Maßnahmen, deren Ziel die Arbeitszeitverkürzung ist: die schematische Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit (tarifliche Arbeitszeit), der Abbau von Überstunden, die Ausweitung der Teilzeitarbeit, die Freistellung für einen längeren Zeitraum (z.B. Sabbatjahr) und die frühzeitige Pensionierung. Die Arbeitszeitverkürzung reicht also von der Reduzierung der täglichen Arbeitszeit bis zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung ist die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit der einzelnen Mitarbeiter notwendig, damit es möglich ist, die vorhandenen Produktionskapazitäten optimal auszunutzen. Die Arbeitszeit eines Mitarbeiters ist von der Maschinenlaufzeit zu entkoppeln. Dazu ist die Arbeitszeit nicht nur innerhalb eines Tages oder einer Woche flexibel zu gestalten, sondern auch innerhalb eines Jahres, wenn es gilt, saisonale Beschäftigungsschwankungen auszugleichen. Die weitestgehenden Überlegungen beziehen sogar die gesamte Lebensarbeitszeit mit ein und sind auf deren Verkürzung gerichtet, wie z.B. die Frühpensionierung oder die über mehrere Monate gehende Arbeitspause, um Kinder zu erziehen, spezielle Aus- oder Weiterbildungen zu absolvieren oder einfach Urlaub zu machen.

Die Arbeitsorganisation in den Unternehmen muß angepaßt werden. Eine erfolgreiche Flexibilisierung der Arbeitszeit erfordert in den Unternehmen ein effektives Arbeitszeitmanagement, das nicht nur die Interessen der Unternehmen bei Auslastungsschwankungen berücksichtigt, sondern auch die individuellen Arbeitszeitpräferenzen der Mitarbeiter.

Eine weitere wichtige Voraussetzung ist die Qualifikation der Arbeitnehmer. Es müssen genügend Fachkräfte ausgebildet werden, damit keine Fachkräfteengpässe entstehen.

4.1 Abbau von Überstunden

Die Überstundenentwicklung in den letzten Jahren zeigt die folgende Tabelle. Die Werte sind vom IAB ermittelt worden und betreffen die bezahlten Überstunden:

1995	2.000 Millionen
1996	1.730 Millionen
1997	1.780 Millionen
1998	1.850 Millionen

Der völlige Abbau der Überstunden würde 1998 rein rechnerisch zusätzlich 1,2 Millionen Arbeitsplätze bringen. Diese Zahl muß aber korrigiert werden. Für zusätzliche Arbeitsplätze kommen Überstunden nicht in Betracht, die

- durch Steigerung der Arbeitsintensität in der Normalarbeitszeit oder bereits jetzt schon durch Freizeit ausgeglichen werden, sowie bei leitenden Tätigkeiten vorkommen (rd. ein Drittel der Überstunden),
- in kleinen Betriebseinheiten anfallen, bei denen wegen des geringen Gesamtumfangs der Überstunden keine zusätzlichen Voll- oder Teilzeitarbeitsplätze entstehen (ein weiteres Drittel der Überstunden).

Berücksichtigt man diese Faktoren, so kann nur rd. ein Drittel der rechnerischen Anzahl an zusätzliche Arbeitsplätzen geschaffen werden, also etwa 400.000.

Der Abbau der Überstunden trägt zu einer gerechteren Verteilung der vorhandenen Arbeit bei und wirkt der Tendenz entgegen, daß immer weniger immer mehr arbeiten. Der Abbau erfordert Solidarität der Arbeitsplatzinhaber wie der Unternehmer. Für die Arbeitnehmer bedeutet der Überstundenabbau Einkommenseinbußen, wenn mit laufenden Überstunden gerechnet worden ist und Überstunden auch von den Arbeitnehmern gewünscht waren. Etwa 30 % der Arbeitnehmer verbinden mit der Überstundenarbeit ein persönliches finanzielles Interesse lt. einer Erhebung des Kölner Instituts zur Erforschung sozialer Chancen in 1995.

Für die Unternehmer entsteht ein höherer Aufwand durch die Einführung flexibler Arbeitszeiten mit dem Einrichten und Verwalten von Monats- oder Jahreskonten. Die infolge von Auslastungsspitzen unvermeidbaren, nicht vorhersehbaren Überstunden müssen durch Freizeit in Phasen geringerer Auslastung ausgeglichen werden.

4.2 Teilzeitarbeit

Der Anteil der Teilzeitarbeitsplätze liegt bei 18 % aller Arbeitsplätze (Teilzeitquote 1997). Befragungen des Bundesamtes für Arbeit haben ergeben, daß die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit in Deutschland bei weitem nicht ausgeschöpft sind. Gemeint sind damit ausschließlich Teilzeitarbeiten, die von Arbeitnehmern gewünscht werden - von Männern wie von Frauen -, die derzeit als Vollzeitbeschäftigte arbeiten.

Das mögliche Beschäftigungspotential wird für Deutschland rein rechnerisch mit rd. 3 Mio Arbeitsplätzen angegeben, von denen etwa die Hälfte realisierbar wäre (McKinsey-Studie 1994). Jeder vierte Arbeitsplatz ist teilbar, wenn Unternehmens- und Mitarbeiterinteressen gleichermaßen berücksichtigt werden. Durch Teilzeitarbeit könnten daher 1,4 Millionen neue Vollzeit- oder 1,9 Millionen Teilzeitarbeitsplätze geschaffen werden.

IAB kommt in seinen Modellrechnungen zu dem Ergebnis, daß durch eine Erhöhung der Teilzeitquote um rd. 5%-Punkte ein zusätzlicher Bedarf von rd. 0,5 Millionen Arbeitskräften entsteht.

Im internationalen Vergleich gehören die deutschen Arbeitgeber mit ihrem Angebot an Teilzeitstellen nicht zu den Vorbildern. Obwohl sich die Teilzeitquote von 16 % in 1995 auf 18 % in 1997 erhöht hat, ist der Abstand zu vielen anderen Industrieländern noch groß.

	Teilzeit-Arbeitsplätze Anteil in % (1995)
Niederlande	37,4
Schweiz	28,3
Norwegen	26,5
Australien	24,8
Schweden	24,3
Großbritannien	24,1
Dänemark	21,6
Japan	20,1
Kanada, USA	18,6
Deutschland	16,3
Frankreich	15,6
Belgien	13,6
Finnland	9,4
Portugal, Spanien	7,5
Italien	6,4

Abb. 7: Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen Beschäftigten in %
Quelle: OECD

Den Wünschen von Vollzeitbeschäftigten nach Teilzeitarbeit wird seitens der Arbeitgeber oft nicht gefolgt, weil es unbequem und aufwendig ist, die Arbeitszeiten der Mitarbeiter aufeinander abzustimmen. Das gilt für alle Arten der flexiblen Arbeitszeiten, insbesondere aber für Teilzeitarbeit.

4.3 Schematische Arbeitszeitverkürzung

Die schematische Arbeitszeitverkürzung stellt eine Senkung der tariflichen Wochenarbeitszeit dar, z.B. um 10% von durchschnittlich 37,5 auf 33,8 Wochenarbeitsstunden. Das rechnerische Potential beträgt dann 2,9 Millionen zusätzlicher Stellen bei 26 Millionen abhängiger Vollzeitbeschäftigter. Bei 210 Arbeitstagen im Jahr und 7,5 Stunden pro Tag arbeiten sie 1.575 Stunden im Jahr. Nach einer Reduzierung um 10% sind noch 1.418 Stunden im Jahr zu leisten. Die Differenz von 157 Stunden ergibt für alle 26 Millionen Beschäftigten insgesamt rd. 4,1 Mrd. Stunden, geteilt durch die niedrigere Stundenzahl von 1.418 Std./Jahr ergibt sich das genannte rechnerische Potential.

Eine solche Beschäftigungswirkung tritt aber nicht ein, weil ein erheblicher Teil der Arbeitszeitverkürzungen durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen wird. Die meisten Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß Arbeitszeitverkürzungen nur zwischen 25 % und maximal 70 % in zusätzliche Beschäftigung umgesetzt werden (vgl. Gerhard Bosch, WSI-Mitteilungen 6/1998). Bei 35 % würden es immerhin rd. 1,0 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze sein, wobei ein entscheidender Einflußfaktor ist, ob die Arbeitszeitverkürzung mit oder ohne Lohnausgleich erfolgt.

Die Berechnungen vom IAB führen zu ähnlichen Ergebnissen. Eine kontinuierliche Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit von 1,1% in vier Jahren und 0,3 % in weiteren fünf Jahren - insgesamt also 6 % - führt zu einem nachhaltigen Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften von 0,5 Millionen bei vollem Lohnausgleich und 0,7 Millionen ohne Lohnausgleich.

Beschäftigungswirkungen treten in der Regel mit einer Verzögerung ein, da die Unternehmen erst ihre Arbeitsorganisation anpassen müssen und Zeit brauchen, um geeignete neue Arbeitskräfte zu finden und einzustellen. Üblicherweise weichen die Unternehmen zunächst in Überstunden aus und schaffen erst neue Arbeitsplätze, wenn der Ausweg über die Überstunden ausgeschöpft oder versperrt ist (siehe oben Kapitel 4.1). Die schematische Arbeits-

zeitverkürzung muß daher mit den Regelungen zum Überstundenabbau verknüpft werden, wenn sie möglichst rasch wirksam werden soll. Nur bei Beschäftigungssicherungsverträgen wie bei VW tritt der Beschäftigungseffekt sofort ein.

Die Qualifikation der Arbeitnehmer spielt eine wichtige Rolle bei den schematischen Arbeitszeitverkürzungen. Für Arbeiten, die von Fachkräften ausgeübt werden, können natürlich auch nur neue Fachkräfte zum Arbeitszeitausgleich eingesetzt werden. In Deutschland stellte dies in der Vergangenheit wegen des hohen Anteils an Arbeitnehmern mit Berufsausbildung - 80 % aller Arbeitnehmer - kein Problem dar. Ein Fachkräfteengpaß ist nicht entstanden. Schwieriger sind Arbeitszeitverkürzungen in Ländern umzusetzen, in denen der Facharbeiteranteil gering ist, wie z.B. in Großbritannien mit nur rd. 40 % und in Frankreich mit rd. 50 %.

Die Arbeitszeitverkürzung hilft nur begrenzt den nicht qualifizierten Arbeitslosen. Diese machen etwa 40 % der Arbeitslosen aus. Da ihr Anteil an der Anzahl aller Erwerbstätigen nur bei etwa 20 % liegt, würden rd. 900.000 Arbeitslose (siehe Kapitel 1.3) keine Arbeit finden, auch wenn sonst alle Arbeitslosen durch Arbeitszeitverkürzung eine Beschäftigung bekämen. Für diese Arbeitslosen müssen weitere Maßnahmen ergriffen werden, wie z.B. die weiter unten behandelten Beschäftigungsprogramme.

4.4 Lohnausgleich

Eine zentrale Frage ist bei allen Modellen der Arbeitszeitverkürzung zu beantworten: voller Lohnausgleich, gar kein Lohnausgleich oder ein Mittelweg?

Eindeutig geregelt ist diese Frage bei Freistellungen, z.B. unbezahlter Urlaub, und bei Teilzeitarbeit. Das Einkommen der Arbeitnehmer wird dabei proportional zur Reduzierung der Arbeitszeit gekürzt. Bei einer tariflichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden wird bei der Arbeitszeitverkürzung auf 20 Stunden auch das Gehalt halbiert.

Während bei diesen beiden Fällen praktisch kein Dissens zwischen den Tarifpartnern darüber besteht, daß die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich erfolgt, wird bei der schematischen Arbeitszeitverkürzung über die Frage des Lohnausgleichs diskutiert, und zwar über die ganze Bandbreite von vollem Lohnausgleich bis zu keinem Lohnausgleich.

Die Vor- und Nachteile sind in Abb.8 gegenübergestellt.

Unter dem Gesichtspunkt, daß Arbeitslosigkeit ein gesellschaftliches und nicht nur individuelles Problem darstellt und Maßnahmen zu deren Abbau ein gewisses Maß an Solidarität erfordern, erscheint die Kompromißlösung, den Lohnausgleich entsprechend der Produktivitätssteigerung durchzuführen, angebracht. Bewegen sich die Kostenerhöhungen in der

<u>Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich</u>	<u>Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich</u>
<p>Konsequenzen für die <u>Arbeitnehmer</u>: Das Einkommen ändert sich nicht. Es erfolgt zwar eine Erhöhung der Stundenlöhne - bei 10 % Arbeitszeitverkürzung erhöht sich der Stundenlohn um 11 %. Das wird aber ausgeglichen durch die geringere Anzahl von Arbeitsstunden.</p> <p>Konsequenzen für die <u>Unternehmer</u>: Erhöhung der Personalkosten. Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen wird schlechter; das Ergebnis wird auch schlechter, wenn die Kostensteigerung nicht durch Preiserhöhung ausgeglichen werden kann.</p> <p><u>Allgemein</u>: möglicher Preisauftrieb erhöht die Inflationsrate und reduziert das Realeinkommen.</p>	<p>Konsequenzen für die <u>Arbeitnehmer</u>: Senkung des Einkommens entsprechend der Arbeitszeitverkürzung wie bei Teilzeitarbeit. 10 % Arbeitszeitverkürzung bedeuten also 10 % weniger Einkommen bei gleichbleibenden Stundenlöhnen.</p> <p>Konsequenzen für die <u>Unternehmer</u>: Personalkosten ändern sich nicht. Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen bleibt erhalten oder verbessert sich sogar, wenn ein Teil der Arbeitszeitverkürzung in Produktivitätssteigerung umgesetzt wird.</p> <p><u>Allgemein</u>: Geringeres Einkommen der Arbeitnehmer dämpft die Nachfrage und das Wachstum.</p>

Abb. 8: Arbeitszeitverkürzung mit und ohne Lohnausgleich

Größenordnung der Produktivitätssteigerung bleiben die Lohnstückkosten gleich, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen ebenfalls, wie die nachfolgende Beispielrechnung in Abb. 9 zeigt.

	Anzahl Mitarbeiter	Arbeitsstunden		Umsatz Mio. DM	Produktivität		Personalkosten		Lohn je Mitarbeiter	
		Stunden pro Jahr u. Mitarb.	Stunden gesamt Tsd.		Umsatz je Std. DM	Änderg. in %	Stundenlohn DM	Gesamt Mio. DM	Jahreslohn DM	Änderg. in %
Ausgangssituation	1.000	1.672	1.672	250	149,52		20,00	72	40.000	
Arbeitszeitverkürzung		10%								
1) ohne Lohnausgleich	1.039	1.505	1.564	250	159,88	6,9%	20,00	67	36.000	-10,0%
2) Lohnausgleich entspr. Produktivitätssteigerung	1.039	1.505	1.564	250	159,88	6,9%	21,39	72	38.500	-3,8%
3) voller Lohnausgleich	1.039	1.505	1.564	250	159,88	6,9%	22,22	75	40.000	0,0%

Abb. 9: Wirkung des Lohnausgleichs für Arbeitnehmer und Unternehmer

Die Tabelle zeigt die quantitative Wirkung der Arbeitszeitverkürzung mit und ohne Lohnausgleich. In der Ausgangssituation arbeiten 1.000 Arbeitnehmer 8 Stunden pro Tag und 1.672 Stunden im Jahr - bei 209 durchschnittlichen effektiven Arbeitstagen. Die Stundenproduktivität beträgt 149,52 DM bei einem Umsatz von 250 Mio. DM. Durch die Arbeitszeitverkürzung von 10 % sinkt die Jahresstundenzahl je Mitarbeiter auf 1.505. Rein rechnerisch würden 111 zusätzliche Mitarbeiter gebraucht, um bei gleicher Produktivität den Umsatz von 250 Mio. DM zu schaffen. Wie bereits oben dargelegt, wird nur ein Teil der Arbeitszeitverkürzung beschäftigungswirksam, der Rest wirkt produktivitätssteigernd. Bei 35 % Beschäftigungswirkung würden demnach 39 (= 35 % von 111) Arbeitnehmer neu eingestellt werden. Die Produktivität beträgt bei gleichem Umsatz nunmehr 159,88 DM.

Wird kein Lohnausgleich gezahlt, sinkt das Arbeitnehmereinkommen um 10 % und der Unternehmensgewinn erhöht sich um 5 Mio. DM durch die geringeren Personalkosten (72 Mio. DM - 67 Mio. DM = + 5 Mio. DM). Bei vollem Lohnausgleich sinkt der Gewinn um 3 Mio. DM (72 Mio. DM - 75 Mio. DM = - 3 Mio. DM).

Wird ein Lohnausgleich entsprechen der Produktivitätssteigerung vereinbart, dann steigt zwar der Stundenlohn um 6,9 % auf 21,39 DM, das Jahreseinkommen sinkt aber um 3,8 %, weil die geleistete Stundenzahl niedriger ist als vorher. Der Unternehmensgewinn ändert sich in diesem Falle nicht. Gewisse Zusatzaufwendungen der Unternehmen, die abhängig von der Mitarbeiteranzahl anfallen, wie z.B. soziale Einrichtungen, Büroflächen, Parkplätze, sind

in der vereinfachten Beispielrechnung nicht berücksichtigt. Der Solidarbeitrag der Arbeitnehmer wäre aber auf jeden Fall höher als die Belastung der Unternehmen, deren Wettbewerbsfähigkeit wegen der nahezu unveränderten Lohnstückkosten erhalten bleibt.

5. ERWEITERUNG DES ARBEITSVOLUMENS

Dieser Komplex umfaßt alle Maßnahmen, deren Ziel es ist, zusätzliche Arbeitsplätze durch Erweiterung des Beschäftigungsvolumens zu schaffen. Zu unterscheiden sind dabei die Vorhaben, die indirekt eine Zunahme der Beschäftigung bewirken, von den Maßnahmen, mit denen direkt zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Zur ersten Gruppe gehören sämtliche Maßnahmen zur Wachstumsförderung, wie z.B. die Senkung der Arbeitskosten durch Reduzierung der Abgaben, die Förderung von Existenzgründungen und neuer Technologien, die Entlastung der Unternehmen durch Steuersenkungen und Deregulierungen, sowie Programme zur Investitionsförderung.

Mit der zweiten Gruppe sind Aktivitäten gemeint, bei denen Arbeitnehmer direkt vom Staat Einkommen erhalten, beispielsweise als ABS-Kräfte über das Arbeitsamt oder im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen durch Dienstleistungsagenturen.

5.1 Reduzierung der Arbeitskosten

Die Arbeitskosten sind in Deutschland im internationalen Vergleich sehr hoch, insbesondere durch die Lohnnebenkosten. Auf jeden Hundertmarkschein, den ein Arbeitnehmer 1998 in der westdeutschen Industrie als Bruttolohn für geleistete Arbeit erhielt, mußte sein Arbeitgeber noch einmal 81,80 DM drauflegen.

Die Problematik der Lohnnebenkosten resultiert aus dem deutschen Sozialversicherungssystem, das diese Kosten in Abhängigkeit vom Arbeitnehmereinkommen bemißt. Diese Systematik ist kontraproduktiv hinsichtlich der Beschäftigungspolitik. Je schlechter die Wirtschaftslage ist und je höher damit die Arbeitslosenquote, desto weniger Beitragszahler gibt es. Das dadurch bedingte geringere Beitragsaufkommen muß durch höhere Beiträge ausgeglichen werden, die eine weitere Erhöhung der Lohnnebenkosten und damit eine Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zur Folge haben. Die Konsequenz sind weitere Rationalisierungen zur Senkung der Arbeitskosten und damit verbunden der Abbau von Arbeitsplätzen. Bezogen auf die Arbeitslosenversicherung zeigt sich so besonders drastisch die innere "Logik" des Systems: die Arbeitslosenversicherung produziert Arbeitslose. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist daher eine notwendige Aufgabe jeder Beschäftigungspolitik, damit der Faktor Arbeit entlastet wird.

Die in Betracht kommende Größenordnung an Einsparungen in den Unternehmen ist in Abb.10 dargestellt. Dabei wird deutlich, daß im Durchschnitt aller Industrieunternehmen selbst eine deutliche Senkung der Sozialabgaben von 5 %, also Senkung der Beiträge zur Rentenversicherung z.B. um 3 % und der Arbeitslosenversicherung um 2 %, nur zu einer Verringerung der Gesamtkosten von 0,5 % führt. Eine massive Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ist daraus nicht zu erwarten - außer in ausgesprochen personalintensiven Branchen. Für die Beschäftigungswirkung ist von größerer Bedeutung, daß die Arbeitnehmer über ein höheres Nettoeinkommen verfügen. Bei einem Jahreseinkommen von 50.000 DM sind es 1.250,- DM pro Jahr. Insbesondere durch die daraus resultierende größere Inlandsnachfrage entsteht die Beschäftigungswirkung. IAB kommt in seinen Modellrechnungen zu dem Ergebnis, daß 1 %-Punkt Beitragssenkung 1999 immerhin einen zusätzlichen Bedarf von etwa 100.000 Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2003 zur Folge hätte. Bei 5 %-Punkten wären es also 500.000.

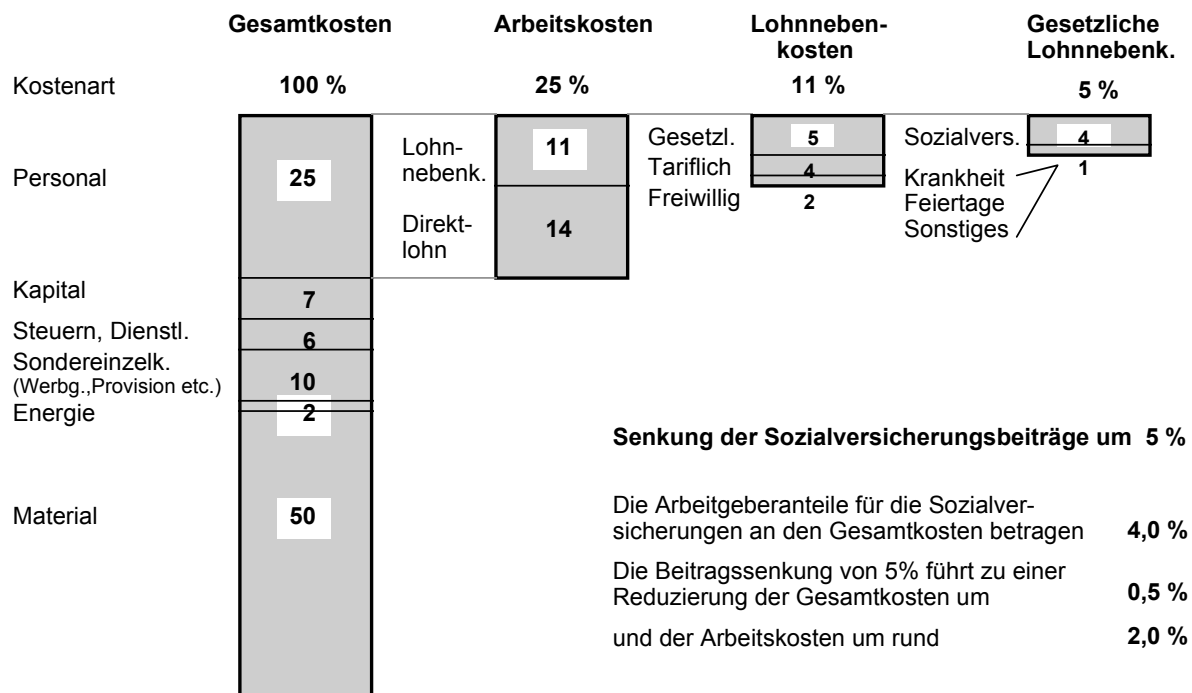


Abb. 10: Arbeitskosten in der Industrie 1996 in Deutschland
Quelle: Statistisches Jahrbuch 1997, eigene Berechnungen

Jede Beitragssenkung von 1 % erfordert aber zusätzliche Zuschüsse vom Staat in Höhe von rd. 13 Mrd. DM bei der Arbeitslosenversicherung und rd. 15 Mrd. bei der Rentenversicherung, falls nicht gleichzeitig die Ausgaben der Sozialversicherungen gesenkt werden können. Bei der genannten 5 %-Beitragssenkung wären also rd. 71 Mrd. DM aufzuwenden. Dieser Betrag entspricht etwa der Hälfte dessen, was für die Arbeitslosigkeit insgesamt aufgewendet wird (siehe Kapitel 1.4).

Die Wirkung der Senkung von Lohnnebenkosten wird am Arbeitsmarkt erst mittelfristig eintreten. Die Frage ist daher, ob bei einem solchen Mitteleinsatz nicht schon eher und eventuell wirkungsvollere und kostengünstige andere Maßnahmen ergriffen werden können. Als Möglichkeiten zur direkteren Schaffung von Arbeitsplätzen sollen daher Investitions- und Beschäftigungsprogramme betrachtet werden.

5.2 Investitionsprogramme

Staatliche Investitionsausgaben sind nach den Berechnungen des IAB aus zwei Gründen vorteilhaft: Die Staatsinvestitionen finanzieren sich im Endresultat selbst und führen im Durchschnitt zu einem höheren Beschäftigungseffekt als gleich hohe Transferzahlungen an die privaten Haushalte.

In der Modellrechnung des IAB-Investitionsprogramms ist eine Erhöhung des Investitionsniveaus um 10 Mrd. DM vorgesehen. Der Staatshaushalt wird also jährlich um diese 10 Mrd. zusätzlich belastet. Gleichzeitig wird er aber entlastet durch zusätzliche Einnahmen an Steuern und Abgaben, die aus dem Wachstums- und Nachfrageschub des jährlichen zusätzlichen Investitionsvolumens entstehen. Nach etwa vier Jahren greift die Selbstfinanzierung: die Zusatzausgaben und -einnahmen halten sich die Waage. Die Beschäftigungswirkung würde ab 2004 rd. 140.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen ausmachen.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt ein vom WSI entworfenes Modell für ein Modernisierungs- und Beschäftigungsprogramm (MOB). Nach den Berechnungen des WSI führt das Investitionsprogramm mit einem jährlichen Investitionsvolumen von 45 Mrd. DM nach fünf Jahren zu einem Beschäftigungszuwachs von 0,3 Mio. und nach 10 Jahren zu insgesamt 0,5 Mio. Arbeitsplätzen. Das Investitionsprogramm finanziert sich nach diesen Berechnungen in den ersten fünf Jahren zu zwei Dritteln selbst und nach zehn Jahren zu mehr als 70 % (A.Heise, H.Tofaute, K.Bartsch, Grundzüge eines Modernisierungs- und Beschäftigungsprogrammes für die Bundesrepublik Deutschland, WSI-Mitteilungen 6/1994).

Die für die Finanzierung der Investitionsprogramme in den Anfangsjahren erforderlichen zusätzlichen Mittel könnten zur Vermeidung der Staatsverschuldung durch einen befristeten Lastenausgleich aufgebracht werden. Dieser würde die derzeit vorhandene "Gerechtigkeitslücke" schließen, die in den vergangenen Jahren durch die zunehmende Belastung von Arbeitnehmereinkommen bei gleichzeitiger Entlastung von Vermögen und Kapitaleinkommen entstanden ist. Für den Lastenausgleich könnten Vermögen über 2,5 Millionen DM herangezogen werden: 1% Steuersatz für Vermögen ab 2,5 bis 10 Mio. DM, 2% von 10 bis 100 Mio. DM und 3% ab 100 Mio. DM. Das Steueraufkommen wäre dann jährlich rd. 25 Mrd. DM.

Die Aufgaben, die im Rahmen solcher Investitionsprogramme in Betracht kommen, sind vor allem Bereiche, bei denen auch Vorsorge für die Zukunft betrieben wird, wie z.B. Umweltschutz, Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs, sozialer Wohnungsbau, Bau und Förderung energiesparender Anlagen, Förderung regenerativer Anlagen.

Als Beispiel seien Vorhaben im Rahmen des Umweltschutzes genannt, um die Größenordnung der durchzuführenden Investitionen deutlich zu machen. Ein Investitionsprogramm für den Ausbau der Fernwärme, die Sanierung verseuchter Böden und die Reparatur der oft überalterten Abwasserkanalisation könnte allein im Bausektor rd. 150.000 Arbeitsplätze schaffen, schätzt Lutz Wicke vom Umweltbundesamt Berlin. Das dürfte eher die Untergrenze sein.

Allein die Entschärfung der Altlastprobleme kostet nach Rechnungen des Umweltbundesamtes in den nächsten 10 Jahren mindestens 17 Mrd. DM, andere Schätzungen reichen sogar bis zu 50 Mrd. DM. Dietrich Stein, Professor für Städtebau an der Ruhruniversität Bochum, geht davon aus, daß in der Bundesrepublik bis zu 20% der 270.000 km langen Abwasserkanalisation (ohne die 600.000 km langen Industrieabwasserkanäle) defekt sind. Altlasten und undichte Abwasserkanäle gefährden nach Expertenansicht das Grundwasser. Grundwasserverseuchungen sind nachträglich sehr viel teurer zu reparieren als die rechtzeitige Sanierung der Böden und Kanäle. Beispiele für entsprechenden Investitionsbedarf sind: Essen 100 Mio. DM, Duisburg 100 bis 150 Mio. DM, Köln 1.300 Mio. DM, Nürnberg 100 Mio. DM, Kiel 150 Mio. DM.

5.3 Beschäftigungsprogramme

Der Grundgedanke bei den Beschäftigungsprogrammen ist, daß Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird. Im Rahmen der Beschäftigungsprogramme werden den Arbeitslosen Erwerbstätigkeiten unmittelbar von Dienstleistungsagenturen angeboten. Diese Agenturen können z.B. bei den Arbeitsämtern eingerichtet werden. Sie stellen die Arbeitslosen ein und bezahlen ihnen ein monatliches Entgelt von 2.500,- DM bei einer Arbeitszeit von 32 Stunden in der Woche. Verbindliche Vorschriften sorgen dafür, daß die Agenturen das Geld, das ihnen zur Verfügung steht, ausschließlich für die Förderung von Beschäftigung ausgeben. Die Dienstleistungsagenturen vermitteln die Arbeitskräfte an die jeweiligen Auftraggeber und rechnen mit den Auftraggebern den von ihnen zu bezahlenden Kostenbeitrag ab, der mindestens den Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung entsprechen sollte, derzeit also mindestens 21 % vom Bruttolohn.

Bei der Bedeutung, die in unserer Gesellschaft der Erwerbstätigkeit beigemessen wird, ist in der Regel die bezahlte Tätigkeit zufriedenstellender, weil gesellschaftlich anerkannter, als ehrenamtliche Tätigkeiten oder das bloße Beziehen von Unterstützungsgeldern ohne unmittelbare Gegenleistung. Zufriedenheit und Selbstbewußtsein sind in einer materiell orientierten Gesellschaft nun einmal vom Geld abhängig, das jemandem aufgrund seiner Erwerbstätigkeit zur Verfügung steht. Ehrenämter können dafür keinen Ersatz bieten. Die Förderung ehrenamtlicher "Bürgerarbeit" in einem dritten Sektor führt daher in eine Sackgasse.

Mit den Beschäftigungsprogrammen wird erreicht, daß bisher Arbeitslose in die Erwerbstätigkeit geführt werden und ihnen wieder berufliche Chancen eröffnet werden. Die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Probleme, wie die individuelle psychische Belastung, die sozialen Probleme wegen mangelnder beruflicher Perspektiven und daraus resultierendem Gewaltpotential und politischer Radikalisierung, können vermieden werden.

Am günstigsten wäre es, wenn auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Da dies mit den bisher genannten Maßnahmen nicht in ausreichendem Maße möglich sein wird, gibt es Überlegungen, beschäftigungsintensive Dienstleistungen "marktfähig" zu machen. Insbesondere wird davon gesprochen, daß es im Niedriglohnbereich eine Vielzahl von Arbeitsplätzen gibt, die vor allem den weniger qualifizierten Arbeitskräften Beschäftigung bieten könnten. Bei diesen Modellen wird allerdings wegen der vorgeschlagenen Niedriglöhne in der Regel ein staatlicher Zuschuß erforderlich sein, damit das Einkommen der betreffenden Arbeitnehmer zumindest das Existenzminimum erreicht (wie z.B. bei der negativen Einkommensteuer in den USA).

Die Subventionierung der Unternehmer für den Einsatz von geringfügig Beschäftigten mit Niedriglöhnen sollte unter marktwirtschaftliche Gesichtspunkten wie jede Art von Subventionierung aus Wettbewerbsgründen vermieden werden. Zweckmäßiger erscheint es in diesem Fall, wenn schon staatliche Unterstützung erforderlich ist, diejenigen direkt zu bezahlen, denen man helfen will, d.h. den Arbeitnehmern. Mit den Beschäftigungsprogrammen wird dieser Weg eingeschlagen, der auch finanziell tragbar ist, wie die nachfolgenden Ausführungen (vgl. Kapitel 6) zeigen. Das Monatsentgelt von 2.500,- DM liegt deutlich über den Niedriglöhnen, es entspricht etwa der Eingangsstufe des Tarifvertrags der Metallindustrie oder der Beamtenbesoldung nach A1.

Der Anteil von Menschen ohne Berufsausbildung ist bei den Arbeitslosen besonders hoch (vgl. Kapitel 1.3). Die Beschäftigungsprogramme müssen sich daher mit der Qualifizierung der Arbeitslosen für ihre neuen Aufgaben befassen. Dazu werden Qualifizierungsgesellschaften in den einzelnen Regionen gebildet. In diese Gesellschaften sind die örtlichen Arbeitsämter, die Betriebe (Firmenleitungen und Betriebsräte), die Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern sowie ansässige Bildungsträger und die örtlichen Gebietskörperschaften einzubeziehen.

Man wird nicht von einer unbegrenzten Ausbildungsfähigkeit der Menschen ausgehen können. Die Projekte sollten daher auch einfache Tätigkeiten anbieten, die ohne oder nur mit kurzer Anlernzeit ausgeübt werden können.

Durch die Beschäftigungsprogramme sollen auf der Arbeitnehmerseite vor allem Arbeitslose angesprochen werden, die nur über eine geringe Qualifikation verfügen, während auf der Arbeitgeberseite zwei Zielgruppen in Betracht kommen: Kommunen und Privathaushalte.

5.3.1. Beschäftigung in kommunalen Projekten

Bei den Kommunen geht es um Projekte, die sozialen, ökologischen und kulturellen Zielen in den jeweiligen Kommunen oder Regionen dienen. Es geht um Arbeitsplätze in solchen Bereichen, in denen private Unternehmen nicht tätig sind oder nicht rentabel wirtschaften können. Diese Projekte können kombiniert werden mit Investitionsprogrammen.

Beispiele für Projektarbeiten

Ökologie:	ökologische Landwirtschaft pflanzliche Energienutzung ökologische Entwicklungshilfe Herrichten von nicht mehr benötigtem Firmengelände Bodensanierung (Beseitigung von Altlasten)
Recycling:	Recycling von Schrottautos Aufarbeitung von Elektronikschrott und von medizinischen Geräten z.B. für Entwicklungsländer
Infrastruktur:	Landschaftsschutz Verschönerung von Großwohnsiedlungen Renovierung von Schulen und Kindergärten
Bildung:	Nachmittagsbetreuung in Ganztagschulen Betreuung technischer Einrichtungen in Schulen (z.B. Computer) Elektronische Archivierung von Dokumenten Konservierung von Büchern (Rettung von Büchern)
Kultur:	kleine Theatergruppen Breitensport
Schutz öffentl. Einrichtungen:	Nahverkehr Parkanlagen, Friedhöfe Denkmäler

Mit diesen Projekten sollen auch Tätigkeiten gefördert werden, die den entsprechend Qualifizierten die Möglichkeit bieten, wieder in den vorhandenen Arbeitsmarkt von Produktions- und Dienstleistungstätigkeiten einzusteigen.

5.3.2 Beschäftigung in privaten Haushalten

Mit den Beschäftigungsprogrammen soll auch die Erwerbstätigkeit in Privathaushalten gefördert werden. Diese Förderung sollte vor allem in Betracht gezogen werden, wenn ein öffentliches Interesse an der privaten Beschäftigung gegeben ist. Das gilt vornehmlich für die häusliche Pflege und für Maßnahmen zur Erleichterung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen mit Kindern.

Beispiele für Tätigkeiten in privaten Haushalten sind:

- Haushaltshilfe
- Kinderbetreuung
- Reinigung
- Kleine Reparaturarbeiten im Haushalt
- Altenbetreuung und -pflege
- Krankenbetreuung und -pflege

Eine Umfrage der Wirtschaftswoche bei 1649 Personen hat folgendes ergeben: 38% würden "vielleicht", 13% würden "bestimmt" verschiedene Arbeiten im Haushalt vergeben, wenn sie die Kosten von der Steuer absetzen könnten. Die Steuerersparnis wäre derzeit maximal 55% der Aufwendungen für die Haushaltsarbeit. Wenn für die Haushaltsarbeiten im Rahmen von Beschäftigungsprogrammen nur die oben erwähnten 21% vom Bruttolohn der Beschäftigten bezahlt werden müsste, dann dürfte das Interesse an Dienstleistungen im Haushalt noch größer sein als die genannten 13%.

Rechnet man diese Ergebnisse auf die Zahl der Haushalte hoch, dann ergibt sich daraus bei rd. 1 Mio. in Frage kommenden Haushalten ein Beschäftigungspotential von 1 Mio. Teil-

zeitarbeitsplätzen (8 Std. Arbeit pro Woche) oder umgerechnet 250.000 Vollzeitarbeitsplätzen (32-Stunden-Woche).

Solche Größenordnungen sind nicht unrealistisch, wenn man sie mit Zahlen der Vergangenheit vergleicht: 1950 waren in den Haushalten noch 600.000 Beschäftigte tätig, 1983 noch 70.000, 1987 nur noch 63.000.

5.3.3 Dienstleistungsagenturen - Organisation der Arbeitsabwicklung

Die Beschäftigungsprogramme ermöglichen durch die Einschaltung von Dienstleistungsagenturen jede Art flexibler Arbeitszeit. Das monatliche Basiseinkommen von 2.500,- DM wird dabei entsprechend den weniger geleisteten Stunden angepaßt (Teilzeitarbeit).

Die Tätigkeit ist voll versichert, insbesondere entsteht ein Versicherungsanspruch bei der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Schwarzarbeit lohnt sich dann nicht mehr.

Bei den Beschäftigungsprogrammen sollen marktwirtschaftliche Prinzipien gelten: Leistung soll sich lohnen und erfolgt nur bei Gegenleistung. Das gilt sowohl für die Arbeitnehmer als Leistungserbringer, als auch für die Auftraggeber als Leistungsempfänger.

Auf diese Weise ist sichergestellt, daß Arbeiten auch ausgeführt werden, weil der Auftraggeber schließlich darauf achtet, daß er für sein Geld die gewünschte Leistung erhält. Andererseits erhält der Beschäftigte seinen Lohn nur dann, wenn er die Bestätigung für die ausgeführte Arbeit durch den Auftraggeber in seiner zuständigen Dienstleistungsagentur vorlegt.

Der Anreiz für die Arbeitslosen besteht darin, daß sie wieder eine Erwerbsarbeit haben und im Gegensatz zur Schwarzarbeit auch den üblichen Versicherungsschutz, insbesondere den Anspruch bei der Rentenversicherung, erhalten. Damit zusätzlich noch ein Anreiz zur Qualifizierung gegeben ist, sollte die Bezahlung in den Beschäftigungsprogrammen entsprechend der Qualifikation in drei Einkommensstufen gegliedert sein. Arbeitnehmer ohne Berufsausbildung und -erfahrung könnten 2.000,- DM monatlich erhalten, mit Berufsausbildung das Basiseinkommen von 2.500,- DM und mit besonderer Qualifikation 3.000,- DM.

Für die Auftraggeber ist es besonders vorteilhaft, daß sie die gewünschte Leistung für einen attraktiven Preis erhalten. Für die privaten Haushalte liegt der Kostenbeitrag weit unter dem Preis, der heute schon für Schwarzarbeit, z.B. für Reinigungs- und Betreuungsarbeiten, gezahlt wird. Für die Kommunen kommt noch als Vorteil hinzu, daß sie Sozialhilfen einsparen.

6. FINANZIERUNG DER BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMME

Die Maßnahmen bedürfen einer laufenden Finanzierung. Die Schaffung von 100.000 Arbeitsplätzen, die den Beschäftigten ein monatliches Bruttoeinkommen von 2.500,- DM bieten, kosten insgesamt rd. 600 Mio. DM pro Jahr.

Dieser Betrag wird jedoch kompensiert durch die Kostenbeteiligung der Auftraggeber, die mindestens in Höhe der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung erfolgen sollte. Danach wäre die Kostenbeteiligung auf mindestens 21% vom Bruttolohn (= 525,- DM bei 2.500,- DM Bruttolohn) festzulegen. Jährlich wäre das ein Betrag von 630 Mio. DM.

Es muß klar gesagt werden, daß mit den Beschäftigungsprogrammen die Finanzierungsprobleme des Staates, die sich aus der Massenarbeitslosigkeit ergeben, nicht gelöst werden. Es erfolgt eine Umschichtung der Finanzmittel, indem Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert

	Arbeitslosigkeit		Erwerbstätigkeit	
Einkommen pro Person und Monat	1.022	DM	2.500	DM
Gesamtaufwand des Staates pro Jahr	1.226	Mio. DM	3.000	Mio. DM
Rückflüsse an den Staat pro Jahr				
Steuern (rd. 10%)			302	Mio. DM
Sozialversicherung (Arbeitnehmeranteil rd. 21%)			630	Mio. DM
Summe der Abgaben			932	Mio. DM
Belastung für den Staat pro Jahr	1.226	Mio. DM	2.068	Mio. DM
<hr/>				
Nettoeinkommen pro Monat	1.022	DM	1.723	DM
Höheres Nettoeinkommen bei Erwerbstätigkeit			701	DM
Sparquote 20%			140	DM
Es verbleibt für zusätzlichen Konsum pro Monat			561	DM
Konsum aus erhöhtem Einkommen pro Jahr			673	Mio. DM
Mehrwertsteuer davon			93	Mio. DM
Zusätzlicher Umsatz für Konsumgüterindustrie			580	Mio. DM
Bei 1 Mrd. DM Umsatzsteigerung entstehen rd. 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze			2.900	Arbeitspl.
Staat nimmt dadurch ein aus Steuern und Abgaben und spart Arbeitslosengeld (95% vom Bruttoeinkommen bei rd. 50.000 DM pro Jahr)			138	Mio. DM
<hr/>				
Finanziert werden muß vom Staat also für das Beschäftigungsprogramm: Einkommen für die zusätzlichen Erwerbstätigen			3.000	Mio. DM
Davon abzuziehen sind die Einnahmen				
Aus Steuern und Abgaben			932	Mio. DM
Aus der Mehrwertsteuer			93	Mio. DM
Aus dem höheren Konsum			138	Mio. DM
Sowie die Einsparung von Arbeitslosengeld			1.226	Mio. DM
Summe aus Einnahmen und geringeren Ausgaben			2.389	Mio. DM
Finanzlücke insgesamt			611	Mio. DM

Abb. 11: Finanzierung von Arbeit statt Arbeitslosigkeit.

Beispielrechnung für 100.000 Personen (Steuerkl. I/0)

wird. Die Belastung des Staates wird nicht größer, sie nimmt aber auch nicht nennenswert ab. Der Vorteil liegt darin, daß den betroffenen Arbeitslosen wieder Zukunftsperspektiven gegeben werden.

Bei der Berechnung der Finanzierung wird davon ausgegangen, daß bisher Arbeitslose in die Erwerbstätigkeit geführt werden. Die Beschäftigung erfolgt in Dienstleistungsagenturen, die den Einsatz der Mitarbeiter planen und ihnen das Gehalt von monatlich brutto 2.500,- bezahlen. Die Agenturen rechnen ihrerseits mit den Kunden ab - wie bei Zeitarbeitsfirmen, allerdings mit dem Unterschied, daß die Kunden Kommunen und Privathaushalte sind, also keine Unternehmen.

Das Monatsgehalt von 2.500,- DM wird genauso behandelt wie jedes andere Einkommen: es werden die üblichen Abgaben abgezogen, also die Lohnsteuer ebenso wie die sozialen Abgaben. Bei einem Ledigen in Steuerklasse I machte das 1998 folgende Beträge aus: Lohnsteuer 239,- DM, Solidaritätszuschlag 13,- DM, Sozialversicherung (Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung) Arbeitnehmeranteil 21 % = 525,- DM. Das Nettogehalt war dann 1.723,- DM.

Gleichzeitig wird der nunmehr Beschäftigte kein Arbeitslosengeld mehr erhalten. Wenn er vor der Arbeitslosigkeit ein Monatseinkommen von ebenfalls 2.500,- DM hatte, so betrug sein Arbeitslosengeld 1.022,- DM.

Der Staat zahlt also 2.500,- DM Bruttolohn und erhält über die Abgaben 777,- DM zurück, so daß der Aufwand des Staates dem Nettolohn von 1.723,- DM entspricht. Gleichzeitig spart er das Arbeitslosengeld von 1.022,- DM, so daß eine endgültige Mehrbelastung für den Staat von 1.723,- DM abzüglich 1.022,- DM = 701,- DM herauskommt.

Ein weiterer Effekt führt zu zusätzlichen Einnahmen des Staates. Das Nettoeinkommen des neu Beschäftigten ist um 701,- DM höher als sein Arbeitslosengeld. Dieser Betrag steht ihm zusätzlich zur Verfügung. Der größte Teil der Differenz dürfte in den Konsum gehen. Wenn unterstellt wird, daß etwa 20 % gespart werden, so wird der Betrag von 561,- DM als zusätzliche Nachfrage auf dem Konsumgütermarkt wirksam werden. Bei 100.000 Beschäftigten wären es jährlich insgesamt 673 Mio. DM. Eine solche Nachfrageerhöhung führt bei den Konsumgüterherstellern zu entsprechend höherem Umsatz mit zwei Folgen.

Der höhere Umsatz bringt dem Staat zusätzliche Einnahmen aus dem höheren Mehrwertsteueraufkommen (93 Mio. DM).

Entscheidend ist jedoch, daß eine solche Nachfrage zusätzliche Beschäftigung in der Konsumgüterindustrie initiiert. Werden auch hier bisher Arbeitslose eingestellt, so gilt für diese dieselbe Rechnung wie oben, allerdings kommen zu den staatlichen Einnahmen noch die Arbeitgeberanteile hinzu. Die Summe der Abgaben und Einsparungen beträgt dann rd. 95 % der Bruttoeinkommen der neuen Beschäftigten in der Konsumgüterbranche (vgl. Kapitel 1.4).

Durch eine Umsatzsteigerung von 1 Mrd. DM entstehen in der Konsumgüterindustrie und vorgelagerten Branchen nahezu 5.000 zusätzliche Arbeitsplätze, wobei bereits berücksichtigt ist, daß ein Teil des Konsums durch Importe abgedeckt wird. Die Nettoumsatzsteigerung beträgt 580 Mio. DM (= 673 - 93 Mio. DM), so daß etwa 2.900 Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen für diese Tätigkeiten von 50.000,- DM ergeben sich für den Staat als Summe aus Abgaben (Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteile) und Einsparungen (Fortfall des Arbeitslosengeldes) finanzielle Vorteile in Höhe von 47.500,- DM je Beschäftigtem. Für die 2.900 Beschäftigten sind das insgesamt 138 Mio. DM.

Die Tabelle in Abb. 11 zeigt die genannten Zahlen in einer Übersicht. Die Daten gelten für Ledige in der Steuerklasse I/0.

Eine entsprechende Betrachtung für einen Verheirateten mit einem Kind führt zu einem ähnlichen Ergebnis. Den niedrigeren Steuereinnahmen stehen höhere Einsparungen beim Arbeitslosengeld gegenüber, so daß nahezu die gleiche Finanzierungslücke bleibt.

Gesamtrechnung bei einem Verheirateten mit einem Kind, Steuerklasse III/1:

Einkommen für die zusätzlichen Erwerbstätigen	3.000 Mio. DM
davon abzuziehen sind die Einnahmen	
aus Steuern und Abgaben	630 Mio. DM
aus der Mehrwertsteuer	85 Mio. DM
aus dem höheren Konsum	128 Mio. DM
sowie die Einsparung von Arbeitslosengeld	<u>1.597 Mio. DM</u>
Summe der Einnahmen und geringeren Ausgaben	2.440 Mio. DM
Insgesamt bleibt eine Finanzierungslücke von	560 Mio. DM

Da jeweils etwa die Hälfte der Arbeitslosen ledig und verheiratet sind, kann für die Finanzierungslücke die Größenordnung von rd. 600 Mio. DM als Durchschnittswert für 100.000 Arbeitslose gelten.

Diese Finanzierungslücke soll ausgeglichen werden durch die Kostenbeiträge der Auftraggeber. Als zweckmäßig bietet sich hierbei die Bezahlung der Arbeitgeberbeiträge für die Sozialversicherungen durch die Auftraggeber an, um damit eine Stabilisierung oder sogar Senkung der Sozialversicherungsbeiträge herbeizuführen.

Bei dem Arbeitgeberanteil von 21 % des Bruttolohns würden bei dem Gesamteinkommen von 3.000 Mio. DM zusätzlich 630 Mio. DM in die Staatskasse fließen und damit die Finanzierungslücke schließen. Die Beispielrechnung in Abb. 12 zeigt die Wirkung auf den Staatshaushalt.

Die Aufwendungen für die Bezahlung der Arbeitnehmer im Rahmen der Beschäftigungsprogramme werden durch die zusätzlichen Abgaben und Kostenbeiträge sowie die Einsparungen an Arbeitslosenunterstützung ausgeglichen. Insgesamt ergeben sich für den Staatshaushalt keine zusätzlichen Belastungen, aber auch keinen nennenswerten finanziellen Entlastungen. Wie schon oben gesagt, beschert das Konzept der Beschäftigungsprogramme dem Staat keinen Gewinn, es belastet ihn aber auch nicht mit zusätzlichen Kosten und erhöht auch nicht die Staatsverschuldung. Einnahmen und Ausgaben halten sich die Waage.

Die Vorteile dieser Maßnahmen, mit denen Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert wird, liegen im psychologischen und gesellschaftspolitischen Bereich:

- Zufriedenheit und Selbstwertgefühl werden durch die geleistete Erwerbsarbeit gefördert,
- die Eingliederung in Arbeitsprozesse eröffnet die Chance für den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt,
- der Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, dem Abrutschen ins Randgruppenmilieu (Drogen, Kriminalität) kann entgegengewirkt werden, ebenso wie der
- demkatiegefährdenden Gewaltbereitschaft, Radikalisierung und Ausländerfeindlichkeit.

Periode 1 Staatshaushalt bei Arbeitslosigkeit		Periode 2 und Folgeperioden Staatshaushalt bei Arbeit statt Arbeitslosigkeit	
Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben
Steuern, Abgaben 100,0	Arbeitslosengeld 1,2 Übrige Staatsausgaben 98,8	Steuern, Abgaben 100,0 Steuern und Abgaben aus Beschäftigungsprogrammen und zusätzl. Konsum 1,2 Kostenbeitrag der Auftraggeber 0,6	Löhne für Beschäftigungsprogramme 3,0 Übrige Staatsausgaben 98,8
Summe Einnahmen 100,0	Summe Ausgaben 100,0	Summe Einnahmen 101,8	Summe Ausgaben 101,8
Saldo Einnahmen - Ausgaben 0,0		Saldo Einnahmen - Ausgaben 0,0	

Abb. 12: Wirkung der Beschäftigungsprogramme auf die Staatskasse

7. ZUSAMMENFASSUNG

Die Arbeitslosigkeit ist im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte ständig angestiegen. Die Hauptursache ist die fortwährende Produktivitätssteigerung.

Eine aktive Beschäftigungspolitik muß zunächst Maßnahmen ergreifen, um das Wirtschaftswachstum zu fördern und neue Arbeitsplätze zu schaffen als Ausgleich für die durch die Produktivitätssteigerung entfallenden Stellen. Die Prognosen für die künftige Entwicklung des Wirtschaftswachstums ergeben, daß trotz stagnierender Anzahl der Erwerbspersonen die entstehenden neuen Arbeitsplätze voraussichtlich nur dazu ausreichen werden, die durch die künftigen Rationalisierungen wegfallenden Arbeitsplätze auszugleichen. Ein nachhaltiger Abbau der Arbeitslosigkeit wird nicht erreicht. Dazu bedarf es weiterer Maßnahmen, die gemeinsam von den Tarifpartnern und dem Gesetzgeber zu beschließen und umzusetzen sind.

Grundsätzlich geht es dabei um zwei Schwerpunkte:

1. Umverteilung des Beschäftigungsvolumens auf mehr Arbeitnehmer durch alle Arten von Arbeitszeitverkürzungen und
2. Erweiterung des Beschäftigungsvolumens durch Senkung der Arbeitskosten sowie durch Investitions- und Beschäftigungsprogramme.

Mit keinem der beiden Maßnahmenpakete allein kann die Arbeitslosigkeit völlig abgebaut werden. Es müssen vielmehr beide zusammen in einer aktiven Beschäftigungspolitik gebündelt werden, um dem Ziel möglichst nahe zu kommen, daß allen Arbeitssuchenden eine Beschäftigung geboten wird. Die aktive Beschäftigungspolitik setzt voraus, daß Hürden im Denken bei allen Beteiligten überwunden werden, damit ein Bündnis für Arbeit erfolgreich sein kann. Wie die Beispielrechnungen zeigen, ist die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen weniger eine Frage der Finanzierbarkeit als des politischen Willens und Wollens.

Die durch die Massenarbeitslosigkeit verursachten Finanzierungsprobleme werden durch die hier vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere durch die Beschäftigungsprogramme, nicht gelöst. Die Finanzsituation des Staates verschlechtert sich aber auch nicht. Die Maßnahmen schaffen aber günstigere Voraussetzungen für die betroffenen Menschen und für die Wirksamkeit noch zu entwickelnder Strategien für eine nachhaltige Beschäftigungspolitik.

NACHHALTIGE BESCHÄFTIGUNGSPOLITIK

Jürgen Schampel

1. BEDEUTUNG DER NACHHALTIGKEIT

Die Wirtschaft wächst, die Deutschen sind beneidete Exportmeister, die Unternehmensgewinne steigen, die Börse boomt. Aber die Arbeitslosenzahlen gehen einfach nicht runter, Staatskasse und Sozialfonds leiden unter chronischem Geldmangel. Die Bevölkerung erwartet von der Politik Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, die schnell und wirksam greifen. Und die Politik hat verstanden, daß dies der innerpolitische Brennpunkt Nr. 1 ist und es bleiben wird. SPD und Bündnis Grüne haben einen schnellen Abbau der Arbeitslosigkeit deswegen zum Erfolgsmaßstab der Regierungskoalition schlechthin erklärt.

Gut so - vor allem, wenn sich diese politische Entschlossenheit trotz vieler Ungereimtheiten, Widerstände und Interessenkonflikte im vorgesehenen Zeitraum in die Tat umsetzen läßt. Aber die Möglichkeiten kurz- und mittelfristiger Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit sollten niemand zu der Annahme verleiten, damit sei das Problem der modernen Form der Massenarbeitslosigkeit generell gelöst oder gar eine neue dauerhafte Vollbeschäftigung erzielbar. Denn es gibt einige ernstzunehmende Anzeichen dafür, daß die Massenarbeitslosigkeit mit hoher Wahrscheinlichkeit "nachwächst". Die heute politisch umgesetzten Maßnahmen zur Reduktion der Arbeitslosigkeit wären dann zwar vorübergehend wirksam, würden aber durch die weitere Entwicklung in ihrer Wirkung wieder abgeschwächt oder zurückgenommen. Die Wirkung würde also nicht langfristig anhalten, sie wäre nicht nachhaltig. Wie für Umweltpolitik gilt aber auch für die Beschäftigungspolitik: Was wir heute tun, muß auch kommenden Generationen zugute kommen; sie sollen darauf aufbauen können, anstatt sich jahrzehntelang mit den Sünden und Versäumnissen ihrer Vorfahren auseinandersetzen zu müssen.

Kurzfristige Beschäftigungspolitik muß sicherstellen, daß die Jugendlichen von heute eine angemessene, zukunftssichere Ausbildung finden. Mittelfristige Beschäftigungspolitik muß dafür sorgen, daß sie dann auch eine Arbeit und menschenwürdige Existenzsicherung finden. Langfristig nachhaltige Beschäftigungspolitik muß vorbereitend sicherstellen, daß auch für ihre Nachkommen eine lebenswerte Lebens- und Arbeitswelt möglich bleibt. Eine zugegebenermaßen stark verkürzte Definition, die aber wohl plastisch genug ist, um in Erinnerung zu rufen, was Nachhaltigkeit in Sachen Beschäftigungspolitik nach bisherigem Verständnis bedeutet.

2. WIRTSCHAFTSWACHSTUM - BEI ABNEHMENDER ARBEIT

Um herauszufinden, was man in Deutschland und Europa tun muß, um Beschäftigungspolitik nachhaltig zu machen, muß man sich zunächst einmal diejenigen strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit vor Augen halten, die durch kurz- und mittelfristige Maßnahmen nach heutigem Kenntnisstand nicht beseitigt werden können und die Wirtschaftsentwicklung aller Voraussicht nach in den kommenden ein bis zwei Jahrzehnten maßgeblich prägen werden.

2.1 Exporterfolge - ohne gleichwertige Binnenmarkteffekte

Die moderne Arbeitslosigkeit ist unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß insbesondere mittelgroße Unternehmen (z.B. Maschinenbau) und große Global-Player (z.B. Chemie, Automobil) in Deutschland stattliche Exportzuwächse verzeichnen, zugleich aber der allgemeinen Tendenz nach eher Stellen abbauen als neue schaffen. Die beachtlichen jährlichen Exportsteigerungen der großen mittleren und ganz großen Unternehmen lösen keine Beschäftigungswelle und somit keine nennenswerte Belebung des Binnenmarktes durch eine Zu-

nahme der Beschäftigten (= Zunahme der Inlandskaufkraft) mehr aus; zur Erhaltung der Kaufkraft tragen sie in erster Linie indirekt durch Einkauf von Produktkomponenten, Maschinen und industriellen Dienstleistungen bei inländischen Anbietern bei.

Die Ursachen hierfür sind im wesentlichen:

Hohe Binnenmarktsättigung

Der Exportdrang deutscher Unternehmen wurzelt in einem bereits erreichten hohen Sättigungsgrad des deutschen Binnenmarktes - ein Wachstumsfaktor, der in Analysen der Strukturkrise häufig übersehen wird. In gesättigten Binnenmärkten ist Umsatz- und Gewinnsteigerung im Inlandsvertrieb nur durch das Angebot hochwertigerer Güter mit höherem Preisniveau möglich, aber dazu bedarf es wachsender Kaufkraft – also höherer Löhne bei steigendem, statt abnehmendem Arbeitskräftebedarf. Deutliches Absatzwachstum im Binnenmarkt ist zwar für einzelne Unternehmen im Rahmen des Verdrängungswettbewerbs nach wie vor möglich, aber nicht gesamtwirtschaftlich. Durch die hohe Binnenmarktsättigung ist Deutschland vom Weltwirtschaftswachstum und weltpolitischen Entwicklungen mehr abhängig als jeder andere westliche Industriestaat. Wissen und Kapital, Infrastruktur und globale Vertriebsstrukturen sind dabei zu erstrangigen Erfolgsfaktoren geworden.

Globalisierung und Fusionierung

Die Exportabhängigkeit setzt die deutsche Wirtschaft einem hohen Globalisierungsdruck aus: Immer mehr exportabhängige Unternehmen erkennen, daß sie sich zukünftig im Weltmarkt nur noch behaupten können, wenn sie sich als Global Player betätigen. Immer mehr große Unternehmen sind zu Fusionen entschlossen. Folge dieser Fusionen ist nicht nur mehr wirtschaftliche globale Macht. Häufig sind solche Fusionen mit massiven Arbeitskraftfreisetzungen verbunden (Personalkosten-Ersparnis als Fusionssynergie-Effekt).

Parallel zu diesen beiden Phänomenen hat die Technologie-Entwicklung ein neues Niveau der Produktivitätssteigerung eröffnet, das Qualitätssteigerung bei erheblich geringerem Arbeitskräftebedarf und eine globale Arbeitsteilung ermöglicht. Umgekehrt wird die weitere Technologie-Entwicklung durch die Rationalisierungs- und Expansionsbedürfnisse der Unternehmen im Rahmen des Verdrängungswettbewerbs und Globalisierungstrends ständig angeheizt.

2.2 Fortschreitende High-Level-Rationalisierung

Automatisierung und Organisationsmethodik haben zum Ende des 20. Jahrhundert durch die Computer-Technologie einen Produktivitätsstand erreicht, der die Rationalisierungsmöglichkeiten der 70er Jahre um ein Vielfaches übersteigt und sich tendenziell auf alle Arbeitsbereiche erstreckt:

2.2.1 Automatisierung der Sachgüterproduktion

In sämtlichen Industriebranchen ist eine fortschreitende computergesteuerte Automatisierung der Sachgüterproduktion erfolgt und bleibt weiter in Gang; das gilt unter anderem auch für die Bauwirtschaft und in zunehmendem Maße für die Landwirtschaft. Angestrebtes Ziel ist dabei eine möglichst weitgehende Automatisierung (Vision der menschenleeren, vollautomatisierten Fabrik). Daß Arbeitslosigkeit hier auch zukünftig noch nachwächst, bedarf keiner besonderen Prognosefähigkeiten.

2.2.2 Automatisierung der Lebensmittelproduktion

Die Automatisierung in der Landwirtschaft erfolgt durch den Einsatz von hochentwickelten Landmaschinen (z.B. Mähdrescher), Legebatterien und Viehfütterungsanlagen, demnächst zunehmend durch Pflückroboter, Schlachtröbter, automatisches Schafscheren. Die industrielle Lebensmittelverarbeitung geschieht ohnehin seit vielen Jahren weitgehend automatisch. Ein enormes Rationalisierungspotential schlummert dagegen noch in der Lebensmittelzubereitung.

Qualitätssicherungs- und Renditeziele haben die großindustrielle Landwirtschaft veranlaßt, eine Synthese von gentechnisch optimierter Züchtung und automatisierter Produktion herbeizuföhren. Die Entwicklung gentechnischer Lebensmittel wird die Roboterisierung der Speisenzubereitung erheblich fördern, da sie eine optimale Qualitätssicherung gestattet (z.B. gleichgroße, gleichförmige Kartoffeln in gleichbleibender, keimfreier 1-A-Qualität).

2.2.3 Dienstleistungsautomatisierung

Bankautomaten und Barcode-Leser-Kassen hatten die computerbasierte Dienstleistungsautomatisierung eingeleitet. Fortgesetzt wird sie derzeit durch Internet-Shopping und sprachgesteuerte digitale Telefonautomaten. Verkaufs- und Beratungsautomaten werden dann schrittweise auf breiter Front folgen. Insbesondere kapitalstarke Unternehmen wie Banken und Versicherungen, Leasinggesellschaften, Computer-Hersteller, Reiseveranstalter, aber auch der Staat und öffentliche Institutionen können und werden in Zukunft komplexe Computer-Programme einsetzen, welche bestimmte qualifizierte, wissensbasierte Dienstleistungen ermöglichen und damit die Träger vieler qualifizierter Dienstleistungsarbeiten zunächst einzeln, dann zunehmend ersetzen. In Software-Schmieden werden solche Neuerungen ungeschminkt als das bezeichnet, was sie sind: Killerapplikationen; sie revolutionieren herkömmliche Arbeits- und Verfahrensweisen und machen traditionelle Jobs überflüssig. Allein die Kommerzialisierung des Internets wird nach Einschätzung aller Experten zum Beispiel den Vertrieb über den Einzelhandel deutlich einschränken und sich insgesamt strukturverändernd auf Handel und Dienstleistungen auswirken.

2.2.4 Virtualisierung und Globalisierung der Arbeit

Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik hat die Möglichkeit einer Virtualisierung der Unternehmensorganisation eröffnet. Darunter versteht man die Entkoppelung vieler Unternehmenstätigkeiten von fixen zeitlichen, räumlichen und anderen physischen Bedingungen. Beschäftigungspolitisch relevant für die Zukunft ist dabei die technisch problemlose Einbindbarkeit ausländischer Telearbeitsplätze in Billiglohnländern. Je mehr das virtuelle Unternehmen als kostengünstige, hocheffiziente Organisationsform entdeckt werden wird, desto mehr wird es auch die Globalisierung der Arbeit vorantreiben. Nach gängiger Meinung zieht das Kapital in Billiglohnländer - nicht die billige Arbeit in die Industrieländer, jedenfalls nicht in strukturell bedeutsamen Umfang: Wer an diese alte Faust-Regel weiter glaubt, könnte in den nächsten Jahren vor allem in Dienstleistungsbereichen sein blaues Wunder erleben. Denn nahezu alle auf dem PC zu erledigenden Arbeiten lassen sich in Zusammenspiel mit PC, Fax, Telefon und Internet bereits heute "virtuell" erledigen, d.h. an irgendeinem PC-Arbeitsplatz der Welt.

2.3 Struktur der Arbeitsnachfrage

Die Gewinner der Hocheffizienz-Gesellschaft sind die Hochleistungsfähigen, Hochqualifizierten, Hochlernfähigen, Hochkreativen und Hochflexiblen. Die Wirtschaft klagt über Facharbeiterkräftemangel: Top-Ingenieure, Top-Manager und Top-Verkäufer sind gefragter denn je – und ihre Gehälter steigen. Nicht nur Menschen mit niedriger Qualifikation, sondern auch Mit-

arbeiter mit mittelmäßigem Leistungsvermögen sind die Verlierer. Allenfalls zu Niedriglöhnen finden sie noch gelegentlich Beschäftigung in der Wirtschaft. Im großen und ganzen sind sie hier aber "überflüssig" geworden. High-Tech-Organisationen benötigen menschliche High-Level-Leistung, für Low-Level-Tätigkeiten gibt es immer weniger Verwendung. Auch öffentliche Einrichtungen sind diesem Qualitäts- und Effizienzsteigerungsprozeß unterzogen.

2.4 Auflösung des traditionellen Berufsweges

Alle Prognosen sagen im Kern, daß der Berufsweg der Zukunft einen uneinheitlichen Verlauf haben wird: Vollzeit-Festanstellung, Arbeitslosigkeit, Teilzeitjob, Selbständigkeit, Arbeit in Unternehmen und Arbeit zuhause werden einander kunterbunt abwechseln, auch die Berufsart selbst. Das Arbeitnehmerdasein bisheriger Prägung gehört damit der Vergangenheit an: Ein und dieselbe Vollzeit-Erwerbsarbeit bis zur Rente auszuüben, ist für immer weniger Berufe ein realistisches Zukunftsziel.

3. NEUE ARBEIT FÜR MILLIONEN?

Die mittlerweile durch eine Vielzahl von Fakten begründeten, hochwahrscheinlichen gesellschaftlichen Auswirkungen von Robotik, Automation, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie gentechnisch revolutionierter Landwirtschaft sind von Experten unterschiedlichster Fachrichtungen und Denkansätze beschrieben worden. Es ist nun an der Zeit, daß sich Beschäftigungspolitik tiefer und umfassender als bisher mit dem Zusammenhang von Technologie, Wettbewerb und Arbeitsbedarf auseinandersetzt und auf dieser Basis eine auch langfristig tragfähige Ausrichtung gewinnt. Die damit verbundenen Fragen können in der öffentlichen Diskussion nicht als geklärt betrachtet werden; nur selten werden derlei Fragen überhaupt gestellt. Das gilt im großen und ganzen auch für alle Parteien und Institutionen.

3.1 Mehr Dienstleistungen - mehr Gesamtarbeit?

Nur wenn der Dienstleistungsbereich wächst, ist nach Ansicht der meisten Experten ein deutlicher Abbau der Arbeitslosenzahlen (z.B. Halbierung) nachhaltig erreichbar. Aber kann die durch High-Tech-Automatisierung und hochentwickelte Reorganisationskompetenz freigesetzte Arbeit langfristig wirklich durch neue Dienstleistungen wettgemacht werden? Sind die Erwartungen an neue Dienstleistungen vielleicht ein reiner Wunschtraum? Oder gar ein fadenscheiniger Legitimationsversuch der aktuellen Profiteure unseres Wirtschaftssystems?

Diese Fragen haben auch insofern elementaren Charakter als die Dienstleistungen in Gewerbe und Industrie ja selbst einem zunehmenden Automatisierungsprozeß unterliegen. Der Dienstleistungsbereich gibt nur dann nachhaltig tatsächlich etwas her, wenn er soweit ausdehnbar ist, daß er nicht nur den in der Produktion durch Maschinen substituierten Menschen neue Arbeit bringt, sondern darüber hinaus eine Wachstumsdynamik besitzt, die seine eigene High-Level-Rationalisierung arbeitsmarktpolitisch ausgleicht.

Die Ergiebigkeit des Dienstleistungsbereichs für die Schaffung neuer Arbeitsplätze kann deshalb als die Kernfrage der Zukunft der Arbeitsgesellschaft betrachtet werden - und stellt damit zugleich auch die Schlüsselfrage nachhaltiger Beschäftigungspolitik sowie verantwortlicher Gesellschaftspolitik dar. Ohne massive neue Nachfrage bei Dienstleistungen kann der Abbau von Massenarbeitslosigkeit nie und nimmer nachhaltig sein.

Ein stichhaltiges Konzept nachhaltiger Beschäftigungspolitik muß somit folgende Fragen beantworten können:

1. Wie groß ist die zu erwartende Nachfrage bei bestehenden Dienstleistungen nachhaltig überhaupt?
2. Welche neuen Dienstleistungen gibt es bereits oder könnte es noch geben? Wie massiv könnte der durch sie ermöglichte neue Arbeitskraftbedarf nachhaltig sein?

Um hier zu verlässlichen, fundierten Einschätzungen zu gelangen, ist eine Differenzierung der kommerziellen Dienstleistungen notwendig, die über grobe Einteilungen wie z.B. "unternehmensnahe" und "personennahe" Dienste hinausgeht und mindestens folgende Kategorien unterscheidet:

- Dienstleistungen, die in direkter Weise absatz- und produktionsabhängig sind
- Dienstleistungen, die über den Produktionsbereich hinausgehen
- Dienstleistungen, die ausschließlich durch private Nachfrage bedingt sind
- Dienstleistungen, die hauptsächlich von institutioneller Nachfrage abhängig sind
- Neue und bislang noch nicht massiv nachgefragte Dienstleistungen
- Dienstleistungen, die nur subventioniert massiv nachgefragt werden könnten

Nach Analyse der kommerziellen Dienstleistungen bezüglich ihres Potentials zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, untersuchen wir den nichtkommerziellen Dienstleistungssektor als potentiellen Arbeitsnachfragebereich.

3.1.1 Dienstleistungsbereiche, die in direkter Weise absatz- und produktionsabhängig sind

Dienstleistungsbereiche, die in direkter Weise produktionsabhängig sind, sind u.a.: Entwicklung, Konstruktion, Produktdesign, Produktionsplanung, Produktionsüberwachung, Maschinenwartung (einschließlich Computer und Software), Lager und Auslieferung. Lagerarbeiten - falls man diese eher der Dienstleistung als der Produktion selbst zurechnen will - bilden dabei den einzigen Bereich, der vollständig automatisierbar ist. In allen anderen Bereichen sind hochqualifizierte Facharbeiter und Experten tätig - und zwar zumeist am Computer. Diese Fachkräfte können nicht generell durch Computer-Programme substituiert werden; allerdings läßt sich ihre Produktivität durch effizienteren Computereinsatz steigern, was die Entlassung mittelmäßiger Mitarbeiter fördert sowie Neueinstellungen und die Ausbildung nachwachsender Arbeitskräfte hemmt.

Dies gilt auch für Management, Organisation, Vertrieb, Marketing, Sekretariat und Buchhaltung: Die hier arbeitenden Fachkräfte sind generell - d.h. als solche - nicht substituierbar. Aber ihre Arbeiten sind dennoch durchaus in beachtlichem Umfang rationalisierbar. Über kurz oder lang könnten alle Bürotätigkeiten zum einem Großteil automatisierbar werden; durch den Einsatz hocheffizienter Softwareprogramme werden dann auch hier Menschen mit mittlerer Qualifikation verzichtbar und Neueinstellungen gehemmt. Deshalb steigt die Arbeitsnachfrage bei den genannten Dienstleistungen zwar in direktem Verhältnis mit dem Absatz Erfolg eines Unternehmens, aber nicht unbedingt per Saldo - und schon gar nicht massiv.

Zu den produktions- und absatzabhängigen Dienstleistungen zählen auch alle ebenbürtigen Dienstleistungen, die extern von Firmen und Freiberuflern angeboten werden (z.B. Werbeagenturen, Unternehmensberatungen, Reinigungsservice, Schreib- und Übersetzungsservice, Boten- und Speditionsservice usw.). Es spielt keine Rolle, ob ein Unternehmen z.B. einen Grafiker direkt anstellt oder seine Leistung außen einkauft. Der Bedarf für die Dienstleistung Werbung ist und bleibt dann absatz- und produktionsabhängig.

Die Gesamt-Nachfrage nach solchen Arbeitskräften schrumpft und wächst in dem Umfang, wie die Anzahl der produzierenden Betriebe und deren Gesamtumsatz in einem Land

schrumpft oder wächst. Diese Dienstleistungskategorie ist auch nachhaltig kein Sorgenkind der Beschäftigungspolitik.

Fazit: Insgesamt betrachtet ist bei den absatz- und produktionsabhängigen Dienstleistungen kein massenhafter neuer Arbeitskräftebedarf zu erwarten, der Millionen von Arbeitslosen wieder in Tätigkeit setzt.

3.1.2 Dienstleistungen, die über den Produktionsbereich hinausgehen

Dienstleistungen, die über den Produktionsbereich hinausgehen, sind zum Beispiel Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, allgemeine (branchenunabhängige) Technologie-Dienstleistungen (z.B. Technologieberatung wie allgemeine EDV- oder Umweltberatung), Rechtsberatung, Handwerksleistungen, Architekten-Leistungen usw. Solche Dienstleistungen berühren zwar die Produktion noch häufig, sind aber nicht mehr produktionspezifisch (z. B. ein Bankkredit); ihre Existenz hängt so auch nicht von einer bestimmten produzierenden Branche ab. Nahezu produktions- und absatzunabhängig sind medizinische, kulturelle und alltägliche Dienstleistungen. Wirtschaft, Staat und Privatkunden sind gleichermaßen Nachfrager solcher Dienstleistungen.

Vor allem Finanz- und Versicherungsdienstleistungen galten bis vor kurzem als Schlüsselwachstumsbereiche. Wie sich gezeigt hat, sind sie aber durch EDV und Reorganisation in ungeahnter Weise rationalisierungsfähig. Das Nachwachsen der Arbeitslosigkeit, wovon wir in der Einleitung sprachen, ist in diesen Dienstleistungsbereichen vorprogrammiert.

Fazit: Insgesamt betrachtet ist von Dienstleistungen, die über den Produktionsbereich hinausgehen, ebenfalls kein massenhafter neuer Arbeitskräftebedarf zu erwarten, der Millionen von Arbeitslosen absorbieren könnte. Aufgrund der erwarteten Massenentlassungen bei Banken, Versicherungen und anderen großen Dienstleistern ist hier eher ein Rückgang der Arbeitsnachfrage zu erwarten.

3.1.3 Dienstleistungen, die ausschließlich durch private Nachfrage bedingt sind

Hierzu zählen alle Dienstleistungen, die sich fast ausschließlich auf Privatpersonen und Haushalte beziehen: Privatversicherungen, Sportstudios, Friseure, Fahrschulen, medizinische Dienstleistungen, Sozialdienste, Schneidereien, Kinos, Schuhreparaturdienste, haushaltsbezogene Handwerksdienste und vieles mehr.

Der kommerzielle private Dienstleistungsbereich ist von der jeweils verfügbaren privaten Kaufkraft abhängig. Zusätzliche Arbeitsnachfrage ist bei diesen Dienstleistungen ohne erneuten Wirtschaftsboom oder gezielte staatliche Nachfrageförderung kaum zu erwarten.

Fazit: Aufgrund des bereits erreichten hohen Versorgungsgrades ist dieser Bereich für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht relevant.

3.1.4 Dienstleistungen, die hauptsächlich von institutioneller Nachfrage abhängig sind

Der Staat, öffentliche wie private Institutionen leiden heute meist unter zu hohen Personalkosten. Schuld daran ist ein zu hoher Personalbestand, der in vielen Fällen - aber nicht durchgängig - durch herkömmliche Arbeitsweisen bedingt ist (keine moderne Organisations- und Arbeitsmethodik, geringe Automatisierung). Keine andere Dienstleistungskategorie hat daher ein vergleichbar hohes Rationalisierungspotential. Die bereits vollzogenen Privatisierungen (Telekom, Bahn) lassen keinen Zweifel daran.

Fazit: Institutionelle Dienstleistungen sind nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Hier schlummert vielmehr ein massenhaftes Entlassungspotential.

3.1.5 Neue und bislang noch nicht massiv nachgefragte Dienstleistungen

Neue Dienstleistungen treten mit Sicherheit immer dann und überall da auf, wo neue Produkte auf den Markt kommen, deren Einsatz dienstleistungsbedürftig ist. Zum Beispiel als das Fernsehen auf den Markt kam und als der Personal Computer Firmen und Privathaushalte zu erobern begann; beide Bereiche haben nicht nur neue Dienstleistungen wie Reparatur, Verkauf oder Beratung hervorgerufen, sondern auch ein beachtlich zunehmendes quantitatives Dienstleistungswachstum erzeugt.

Die spannendste Frage nachhaltiger Beschäftigungspolitik lautet daher: welche bestehenden, bisher noch vereinzelt Dienstleistungen und welche tatsächlich neuen Dienstleistungen lassen sich zukünftig erfolgreich massiv ausbauen? Wo also schlummert massive ungedeckte Nachfrage nach Dienstleistungen? So verlockend die Suche nach solchen neuen Dienstleistungen beschäftigungsstrategisch ist, so enttäuschend fällt leider das Ergebnis aus:

Man braucht nur ein Branchenverzeichnis durchzublättern und in die entsprechenden Anzeigenrubriken in lokalen Tageszeitungen zu überfliegen und schon fragt man sich unwillkürlich: Ist es nicht so, daß längst die meisten marktfähigen Dienstleistungen bereits massiv vorliegen? Man denke nur an Rechtsanwälte, Ärzte, Wäschereien, Botendienste, Transportdienste, Reisebüros, Reinigungsdienste usw.

Welche neuen Zeitgeist-Dienste könnte es z.B. geben, nachdem sowohl die Esoterik- als auch die Erotik-Dienstleistungen zu Hauf angeboten werden? Selbst Dienstleistungen wie Tätowierung oder Piercing haben sich zur Branche doch längst etabliert und veranstalten seit Jahren sogar eigene Messen.

Im Kulturbereich ist auch kein neues Arbeitswachstum möglich, solange die Massenarbeitslosigkeit und Staatsfinanzknappheit nicht beseitigt ist. Im Kulturbereich gibt es längst ein Überangebot - bis hin zu Straßenkunst und Homeserviceangeboten (z.B. Musik, Tanzaufführungen).

Und im Bildungsbereich? Privates Überangebot wohin man blickt - und der Staat neigt nicht gerade zu großen Förderungen und Investitionen, sondern eher zu noch strikteren Kürzungen.

Die neuen Dienstleistungen werden trotzdem immer wieder als ideale, zukunftsweisende Lösung beschworen. Aber bei näherem Nachfragen weiß niemand erfolversprechende neue Dienstleistungen mit potentieller Massennachfrage konkret zu benennen. Selbst erfahrenen, hochkreativen Marketing-Experten fällt dazu nicht viel ein; sonst gäbe es ja schon längst solche neuen Dienstleistungen.

Fazit: Neue bislang noch nicht massiv nachgefragte Dienstleistungen sind zwar nicht auszuschließen, aber derzeit nicht konkret benennbar.

3.1.6 Dienstleistungen, die nur subventioniert massiv nachgefragt werden könnten

Wie u.a. der Bericht der Zukunftskommission Bayern Sachsen und die Ergebnisse der Benchmarkinggruppe des Bündnisses für Arbeit zeigen, gehen die meisten Experten, die sich genauer mit den Möglichkeiten für neue Dienstleistungen beschäftigt haben, heute davon aus, daß neue Dienstleistungen im freien Markt nicht in einem solchen Umfang erreichbar sein werden, als es für einen nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit erforderlich ist. Eine Chance für nachhaltig mehr Beschäftigung könne deshalb nur in Dienstleistungen an Menschen gesehen werden - z.B. Pflégetätigkeiten aller Art, handwerkliche Dienstleistungen, Renovierungs- und Reparaturarbeiten, soziale Dienstleistungen wie stadtteilbezogene soziale Beratungstätigkeiten, Betreuung von Kindern, professionell gestütztes Selbsthilfe-Engagement, kulturelle Aktivitäten. Doch müsse hierzu ihr schlafendes Potential erst einmal systematisch geweckt werden.

Deshalb sehen es immer mehr Experten als unerläßlich an, daß neue "untere Lohngruppen" für einfache personennahe Dienste geschaffen werden. Damit das Existenzminimum dabei nicht unterschritten wird, sollen solche Niedriglohngruppen staatlich gefördert werden (z.B. durch Kombilohn oder negative Einkommenssteuer). Die Kommission Bayern Sachsen hat allerdings ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es gar nicht sicher ist, daß die Deutschen ein Mehr an personennahen Diensten auch tatsächlich wollen. Der Erfolg der Heimwerkmärkte legt das Gegenteil nahe.

Die Benchmarking-Gruppe des Bündnisses für Arbeit hat aber immerhin einige Dienstleistungen ermittelt, die in anderen Ländern erfolgreich angeboten und massiv genutzt werden können. Hierzu gehören z.B. Tankstellenservices, Einpackservices im Handel und Aufzugsanlagen.

Unklar ist, ob Arbeitslose bereit sein werden, Tätigkeiten im Bereich der "Dienstbotenarbeiten" aus freien Stücken anzunehmen. Immer häufiger wird daher gefordert, daß Unbeschäftigte notfalls unter Androhung von Kürzungen ihrer Unterstützung zu diesen Arbeiten gezwungen werden sollten. Was hat das aber noch mit freier Marktwirtschaft, zu der elementar auch die freie Berufswahl gehört, zu tun? Und wenn solche Dienstleistungen durch Staatszuschüsse auch nach der Initialphase noch gefördert werden müssen sollten, um nachhaltig erhalten zu bleiben, erinnert das nicht weitaus mehr an die künstliche Erhaltung von Arbeitsplätzen in der ehemaligen DDR als an eine "gesunde Marktwirtschaft"? Eine positive Nachhaltigkeit bleibt daher fraglich.

3.1.7 Dienstleistungsexport – ohne hochentwickelte Industrie?

Der Übergang zur "Wissensgesellschaft" suggeriert, daß in den klassischen Industriestaaten eine reine Dienstleistungsgesellschaft entstehen könnte. Die Idee ist dabei, daß sich die alten Industriestaaten mehr und mehr zu Wissens-, Beratungs- und Management-Zentren entwickeln, während die industriellen Newcomer-Staaten die Rolle der Produzenten übernehmen und ihre Rohstofflieferanten-Position ausbauen. Dies würde aber bei näherer Betrachtung zum sicheren Untergang der klassischen Industriestaaten führen. Wer nur Flugzeuge verkauft, aber keine Flugzeuge mehr baut, hat wenig Aussicht auf eine aussichtsreiche wirtschaftliche Zukunft. Die postindustrielle Wirtschaft setzt eine hochentwickelte Industrie voraus, sonst degeneriert sie zur präindustriellen Entwicklungswirtschaft, die keine marktfähigen Dienstleistungen mehr hervorbringt. Übersehen wird auch, daß die spätindustrialisierten Staaten sich lukrative Dienstleistungsmärkte nicht entgehen lassen wollen.

3.1.8 Der nichtkommerzielle Dienstleistungssektor - als Beschäftigungsalternative

Da es neben der Erwerbsarbeit auch viele andere Tätigkeiten gibt, die dem sozialen, zivilisatorischen und kulturellen Wohlstand dienen, ist aufgrund der geringen Aussicht auf neue Erwerbsarbeitsverhältnisse immer mehr der sogenannte tertiäre Sektor ins Gespräch gekommen: Gibt es nicht auch jenseits der traditionellen Erwerbsarbeit genug zu tun, um Arbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger zu beschäftigen: in sozialen Diensten, bei Freiwilligen-Organisationen, in Ehrenämtern z.B.? Der deutsche Soziologe Ulrich Beck hat dafür den Begriff "Bürgerarbeit" geprägt und unter anderem durch seinen Beitrag in der Kommission Bayern-Sachsen zu einem Dauerthema in der beschäftigungspolitischen Diskussion gemacht.

Das einzige bislang sicher angebbare Positive von Bürgerarbeit besteht im folgenden Leistungsausgleich: Während der Steuerzahler das Sozialeinkommen finanziert, erbringt der Sozialeinkommensempfänger dafür im Gegenzug gemeinnützige Leistungen. Eine Maßnahme zum Abbau der Massenerwerbsarbeitslosigkeit ist die Bürgerarbeit ohne ein grundlegend neues Werte- und Wirtschaftssystem aber nicht. Das Gegenteil zu behaupten ist reine Augenwischerei. Denn sie verschafft ja keinem Menschen Erwerbsarbeit, sondern fordert für Sozialleistung eine Arbeitsleistung, die sonst niemand zum gleichen Lohn erbringen würde. Freiwillig werden Arbeitslose sich sicher nicht in großer Zahl dafür zur Verfügung stellen. Deshalb ist es zweifelhaft, ob die Bürgerarbeit, zumindest wie sie bis dato diskutiert wird, dem Anspruch einer neuen Form der Gerechtigkeit und des Leistungsausgleichs im freiheitlichen Sinn gerecht zu werden vermag.

Problematisch ist: Die Ausübung von Zwang (spürbare Reduzierung von Sozialunterstützung) würde die Arbeitslosen, die früher die industrielle Reservearmee stellten, heute zu modernen Sklavenarbeitern machen, welche die Infrastruktur und die Umweltqualität des arbeitenden Kerns der Gesellschaft erhalten und verbessern sollen. Das Bürgerarbeits-Geldkonzept fungiert ohne ein neues Wirtschaftsmodell als trojanisches Pferd einer karrierefähigen Elite, die es nicht wahrhaben will, daß die Welt um sie herum zunehmend arbeitslos wird und die von der Marktwirtschaft selbst freigesetzten Arbeitskräfte zum Erhalt und der Förderung eben dieses Marktwirtschaftssystems trotzdem möglichst effizient nutzen wollen. In einer demokratischen Gesellschaft, die sich auf Christentum, Humanismus, Menschenrechte und soziale Marktwirtschaft beruft, kann ein solches Konzept nur als abwegig bezeichnet werden. Man kann nur hoffen, daß alle Zwangsarbeitsmodelle schnellstens in den Akten verschwinden und als Übergangsvehikel - als abstrakt erwägbar Szenarien - eingestuft werden.

Bürgerarbeit beschäftigt zwar Menschen, aber diese Beschäftigung finanziert sich nicht selbst und ist damit das Gegenteil von Marktwirtschaft; sie braucht vielmehr Geld, das in der Marktwirtschaft erarbeitet wird. Rein finanztechnisch betrachtet, ist es völlig egal, ob das Existenzminimum leistungsfrei als Sozialhilfe oder dienstgebunden als Bürgerarbeit gezahlt wird. In beiden Fällen wird Einkommen aus Gemeinschaftstöpfen gezahlt, ohne daß Geld zurückfließt. Man kann nicht einmal darauf verweisen, daß der Staat ja indirekt Geld einspart, weil Bürgerarbeit Leistungen abdecke, die sonst teurer bezahlt werden müßten. Hätte der Staat diese Arbeiten nämlich bezahlt, gäbe es keinen legitimen Raum für Bürgerarbeit (dies dürfen nur Tätigkeiten sein, die sich gewerblich nicht rechnen).

3.2 Innovation: der Schlüssel für neue Arbeitsplätze?

Erfinderische, risikobereite, hochfleißige Individuen und Firmen sind für die Volkswirtschaft von höchstem Wert. Denn sie tragen wesentlich dazu bei, die nationale Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Wettbewerb zu stärken. Und sie schaffen Arbeitsplätze. Eine störende Frage gibt es aber auch hier: Substituieren Innovationen nicht andere bereits bestehende Leistungen? Und diese Frage ist für den Erfolg innovationsfördernder Beschäftigungspolitik letztlich entscheidend. Denn überall da, wo eine Substitution - womöglich auch noch verbun-

den mit starken Rationalisierungseffekten - vorliegt, ist beschäftigungspolitisch unter dem Strich ja gar nichts gewonnen. Auch hier darf man nie die Tendenz übersehen, daß die meisten beschäftigungsrelevanten Binnenmarkt-Segmente gesättigt sind und damit durch Verdrängungswettbewerb geprägt sind.

Fazit: Wenn wir auf Innovationen verzichten, handeln wir uns noch mehr Arbeitslosigkeit ein - aber Innovationen führen nicht notwendig zu einem maßgeblichen und nachhaltigen Abbau der millionenhaften Massen-Arbeitslosigkeit.

3.3 Mittelstand als großer Ausgleicher?

Während die großen und global agierenden Unternehmen eher Stellen abbauen, brauchen kleine bis mittlere Betriebe dringend Arbeitskräfte - wenn sie nur billig genug sind. Diese These ist allerdings nur insofern berechtigt, als sie qualifizierte, z.T. hochqualifizierte Facharbeit betrifft. Die gesuchten Facharbeitskräfte werden aber niemals "billig" zu haben sein, denn dafür ist die Nachfrage nach solchen Arbeitskräften auch in Großunternehmen zu groß. Großunternehmen ködern die vorhandenen Fachkräfte durch Topgehälter und Zusatzleistungen, die kleine und mittlere Betriebe sich in der Regel nicht leisten können. Gute Facharbeitskräfte sind rar und teuer - das ist das Arbeitskraftproblem der kleinen und mittleren Betriebe, nicht aber, daß sie mehr Menschen niedrigerer oder mittelmäßiger Qualifikation zu Niedrigslöhnen benötigen (vor allem nicht massenhaft).

Es gibt zweifellos auch kleine und mittlere Betriebe, die sich auf Dienstleistungen im unteren bis mittleren Qualifikationsniveau konzentrieren. Diese substituieren aber zumeist bereits bestehende Dienstleistungen von Miniaturfirmen und Einzelpersonen, indem sie durch entsprechendes Management eine höhere Qualität, Flexibilität und Zuverlässigkeit garantieren; typisches Beispiel hierfür sind Reinigungsdienste und Büroservicedienste. Hier findet eine Verlagerung bestehender, nicht systematisch qualitätsgesicherter Arbeit in qualitätskontrollierte Arbeit statt. Nennenswert neue Arbeit entsteht dabei also nicht, solange die allgemeine Nachfrage nach solchen Dienstleistungen nicht massiv ansteigt.

Fazit: Der Mittelstand hat im Gegensatz zur Industrie zusätzlichen Arbeitskraftbedarf – aber keinen massenhaften.

3.4 Neue Selbständigkeit: Ein Königsweg?

Die Selbständigkeit wird nach wie vor von einigen Arbeitsmarktstrategen erstens als ideale Form der flexiblen Arbeit (heute Nullarbeit, morgen einige Stunden, übermorgen 18 Stunden usw.), zweitens als ideale Form der Arbeitsbeschaffung (der Selbständige muß sich ständig neue Aufträge suchen) und drittens als ideale Form der Selbstfinanzierung (der Selbständige erhält weder Gehalt noch Arbeitslosengeld noch andere Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Wohngeld usw.) angesehen.

Es muß hier kritisch gefragt werden: Liegt hier nicht der Verdacht nahe, daß man den neuen Selbständigen (=ehemaliger, jetzt arbeitsloser Arbeitnehmern) die Erfindung neuer Dienstleistungen, die Fachleute bislang nicht zu benennen wissen, überlassen will, obwohl sie dafür gar nicht ausgebildet sind (keine Marketingausbildung und -erfahrung)?

3.5 Wirkungsgrenzen expansiver Beschäftigungspolitik

Beschäftigungspolitik kann planen und veranlassen, soviel sie will: Falls die Arbeitslosigkeit in der Wirtschaft technologie- und wettbewerbsbedingt, sowie in Staat, öffentlichen und privaten Institutionen aufgrund des Kostendrucks und der Effizienz moderner Arbeitstechnik zusätzlich hochschnellt, werden alle kurz- und mittelfristigen Erfolge wieder zunichte gemacht. Die Arbeitslosenproblematik bleibt dann bestehen und mit ihr das Finanzierungsproblem. Lothar Späth und Herbert A. Henzler hatten bereits 1995 auf ernstzunehmende Analysen hingewiesen (z.B. von Mc Kinsey), die ein produktivitätsbedingtes zukünftiges Ansteigen der Arbeitslosenquote auf bis zu 38% als realistisch zu erwartende Größenordnung ausweisen. Dies wäre der Fall, wenn Staat und Wirtschaft ihr Rationalisierungspotential in Summe vollständig ausschöpfen – also ihre Hausaufgaben musterhaft erledigten. Da dies nicht zu erwarten ist, dürfte die tatsächliche Arbeitslosenquote zwar unter diesem Wert liegen, aber damit immer noch beträchtlich höher sein, als bislang von Staat und Gesellschaft angenommen.

Sollte die Entwicklung in diese Richtung laufen, helfen nur gesellschaftspolitische Konzepte, die das bisherige Wertesystem und die bisherigen wirtschaftlichen Spielregeln selbst ändern. Denn: Ein Wirtschaftssystem, das darauf beruht, mit Profit zu verkaufen, massakriert sich selbst, wenn es die potentiellen und tatsächlichen Kundenzielgruppen millionenfach freisetzt, d.h. als Kaufkraftgruppen aus dem System entläßt.

4. ZUKUNFTSSICHERNDE GESELLSCHAFTSPOLITIK

Die weltweite Akzeptanz der renditeorientierten Marktwirtschaft als nach bisheriger Erfahrung bestmöglicher Form zumindest des technisch-wissenschaftlichen und unternehmerisch-wirtschaftlichen Fortschritts bestärkt vor allem Neoliberale in ihrem Glauben, daß nur ein ungezügelter kapitalistischer Welthandel bisherigen Typs der gesamten Menschheit zukünftig den größten denkbaren Nutzen garantiere.

Wer sich mit den oben dargestellten Entwicklungstrends näher beschäftigt, wird sich aber früher oder später die Frage stellen, ob die Technologie-Entwicklung im Gefolge der Computertechnik und Gentechnik nicht einen systemsprengenden Charakter hat. Läuft sie nicht tendenziell darauf hinaus, daß letztlich in allen Branchen selbst bei Umsatzwachstum nicht mehr, sondern weniger Arbeitskraft benötigt werden wird? Der reibungslose, erwerbsarbeitsminimierte Kapitalismus der immer weitgehender automatisierten Fabriken und Web-Server-Dienstleistungsautomaten würde mit einer weiteren massiven Freisetzung von Arbeitskräften auch massenhaft Käufer aus dem System "entlassen". Es bleibt in letzter Konsequenz gedacht dann nur noch eine Schicht der High-Tech- und Markt-Elite in Beschäftigung, die nur noch in sich selbst sowie in den Minimal-Einkommensgruppen der Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger die Zielgruppen ihrer Absatzstrategien findet: Nur Unternehmen, die Luxusgegenstände für die wohlhabende Elite und Billigstprodukte für die verarmende Masse produzieren, scheinen nach dieser Perspektive langfristig überlebensfähig.

Die Mehrzahl der Meinungsmacher und Verantwortlichen setzt ihre Hoffnung trotz dieser Möglichkeit unbeirrt auf einen noch effizienteren Kapitalismus. Und so bleiben die Ansichten und das Schicksal der Betroffenen weiterhin im Hintergrund der öffentlichen Diskussion: 4 Millionen Menschen werden als Meinungsbildungsfaktor ausgegrenzt. Sollte es den Führungseliten der westlichen Gesellschaften aber nicht gelingen, den Betroffenen neue gesellschaftspolitische Lösungen anzubieten, welche die Prädikate "neu", "sozial" und "zukunftsfähig" wirklich verdienen, ist es nach allen historischen Erfahrungen wohl nur eine Frage der Zeit, bis sich Kräfte des Unmuts und des Zorns heranbilden und sich jenseits vernünftiger, zukunftsfähiger Gesellschaftskonzepte manifestieren und formieren. Erfolgsorientierte High-Tech-Topworker werden ihren latenten gesellschafts- und weltpolitischen Pessimismus zwar

noch eine ganze Zeitlang durch Karriere-Adrenalin übertünchen können. Bei denjenigen, die in der zerbröckelnden Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur keine individuellen Zukunftsperspektiven mehr finden, wächst dagegen mit psychologischer Gesetzmäßigkeit ein aufgestautes Aggressionspotential.

4.1 Konflikttreibende Ansätze

All zu schnell verlieren sich öffentliche Erörterungen über die Zukunft der Arbeit und der Gesellschaft in die bekannten gebetsmühlenartig vorgetragenen Standpunkte über Regulierung-Deregulierung, mehr oder weniger Sozialstaat, Pro und Contra von steuerlicher Unternehmensentlastung auf der einen Seite, höherer Gewinnbelastung auf der anderen Seite, Abschaffung oder Ausdehnung künstlicher Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Zuwanderungsbeschränkungen, Asylrechtsänderungen, die Stellung der Frau im Beruf. Nichts von alledem stoppt jedoch die Freisetzung von Arbeit, die sich aus der fortschreitenden High-Level-Rationalisierung ergibt. Manche Ansätze orientieren sich an Stammtisch-Stimmungen, sind äußerst kurzfristig und implizieren eine Vielzahl politisch gefährlicher Neben- und Folgewirkungen. Nicht selten sind einseitige statistische Analysen Ausgangspunkt solcher Verirrungen. Dies betrifft vor allem die Ausländer- und Frauenfrage:

4.1.1 Zuviel ausländische Arbeitskräfte?

Vor allem im Bereich der unteren bis mittleren Qualifikation hat Deutschland einen hohen Importüberschuß an Arbeitskräften. Nichts scheint daher naheliegender, als diesen zu reduzieren und die von Ausländern besetzten Stellen für deutsche Arbeitskräfte freizumachen. Die Frage ist nur, wie dies geschehen soll. Ohne drastische Zwangsmaßnahmen wäre es nicht durchsetzbar. Völlig offen ist allerdings, ob drakonisch freigemachte Arbeitsplätze freiwillig von deutschen Arbeitskräften angenommen würden. Die Abenteuerlichkeit eines solchen Vorhabens würde nicht nur die Fortsetzung der europäischen Wirtschafts- und Sicherheitspolitik in Gefahr bringen, sondern wäre auch weltpolitisch untragbar und könnte unsere Exportmöglichkeiten in Folge negativ beeinträchtigen. In Erwägung zu ziehen ist dagegen ein international vertretbares Einwanderungsgesetz, das die Zuwanderung zusätzlicher außereuropäischer Arbeitskräfte gezielter steuert und ein wichtiger Baustein nachhaltiger nationaler Beschäftigungspolitik ist. Aber ein Einwanderungsgesetz schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz, sondern würde nur die zukünftige Verteilung der vorhandenen Arbeit zwischen Europäern und Nicht-Europäern in der EU regeln.

4.1.2 Frauen: Zurück an den Herd?

Die Statistik spricht auch hier für sich: Viele Arbeitsplätze werden heute von Frauen besetzt. Dies ist ein Ergebnis moderner Gesellschaftspolitik, das nur mit großen Anstrengungen erreicht wurde. Wer Frauen allen Ernstes zurück an den Herd schicken will, verkennt, daß dabei die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt gar nicht vergrößert wird (es werden Männer statt Frauen eingestellt, aber nicht mehr Arbeitskräfte) und viele Familien heute nur existenzfähig sind, wenn beide Partner einer Erwerbsarbeit nachgehen. Auch die Auswirkungen auf das Zusammenleben beider Geschlechter und ihre familiäre Umgebung wäre verheerend.

4.1.3 Sozialschmarotzer: Endlich arbeiten?

Bürger und Politikern ist der Mißbrauch von Versorgungsrechten längst ein Dorn im Auge. Denn wer Sozialrecht ausnutzt, ohne wirklich die Kriterien sozialer Bedürftigkeit zu erfüllen, handelt unsozial, schädigt das Gemeinwesen – und läßt die Fleißigen und Anständigen für sich arbeiten. Der sich heranbildende Wille, gegen das "Sozialschmarotzer" vorzugehen, droht aber das Kinde mit dem Bad auszuschütten, wenn man dabei die Freiheit der Berufswahl untergräbt und in Richtung Arbeitszwang neigt: Immer häufiger ist zu hören, daß man Sozialschmarotzern endlich Sozialleistungen kürzen oder streichen sollte, wenn sie nicht bereit wären, eine Arbeit anzunehmen. Verständlich – denn ohne irgendein Druckmittel wird sich ja nicht viel bewegen lassen. Zugleich wird dadurch jedoch gegenüber allen Sozialeinkommensempfänger eine negative Grundstimmung erzeugt, die politisch konflikttreibend ist. Hier darf man nicht übersehen, daß die Ruhe im Land sich weitgehend eben eines gut funktionierenden Sozialsystems verdankt, das sowohl die Freiheit der Berufswahl als auch das Recht auf Sozialunterstützung gewährleistet. In gewisser Weise kann man sogar sagen: Politik und Gesellschaft profitierten bisher davon, daß ein Teil der Arbeitslosen sich mit einem Leben in Arbeitslosigkeit arrangiert hatten, während die anderen auf Jobsuche waren. Jeder Arbeitsunwillige, der zur Arbeit gezwungen wird, reduziert die Arbeitsmöglichkeit für Arbeitswillige – ob uns das nun paßt oder nicht. Man stelle sich einmal vor, die Arbeitslosen würden allesamt aktiv werden und mit Nachdruck ein Recht auf Arbeit einfordern! Wo sollte die ganze Arbeit plötzlich herkommen? Und wie wird es um den sozialen Frieden bestellt sein, wenn Menschen, die rationalisierungsbedingt ihren Job verloren und bislang trotz unermüdlicher Bemühungen keine neue Arbeit fanden, plötzlich unter Schmarotzerverdacht stehen? Und was geschieht erst, wenn der Staat in einzelnen Fällen für echte Sozialschmarotzer gar keine geeignete Arbeit findet? Die sich hieraus ergebenden Verwicklungen sind unabsehbar – und man sollte vermeiden sie durch aufheizende Parolen und bedenkliche Maßnahmen herbeizuführen. Vor allem: Der Kampf gegen echtes oder vermeintliches Sozialschmarotzertum schafft keinen einzigen neuen Arbeitsplatz, sondern verteilt vorhandene Arbeit bestensfalls gerechter.

Aber auch die Bedeutung von Arbeitsumverteilungen sowie die Rolle der Unternehmen bei der Erhaltung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze werden hinsichtlich ihrer positiven nachhaltigen Wirkung erheblich überschätzt, ihr Konfliktpotential dagegen unterschätzt:

4.1.3 Arbeitsumverteilung – und dann?

Ideen zur Arbeitsumverteilung der neuen Arbeitswelt gibt es genug. Sie drehen sich alle um die Frage, wie sich die Arbeit am sinnvollsten umverteilen läßt. Flexibilität steht bei den meisten Ansätzen im Vordergrund, so etwa durch Einführung von Zeitkonten. Ein Hauptstreitpunkt ist, ob eine allgemeine Kürzung der Wochenarbeitszeit eingeführt werden soll - und wer dabei zur Kasse gebeten werden soll. Alle Ansätze weisen aber die gleiche Schwäche auf: Man kann die Dinge drehen und wenden wie man will, am Ende bleibt doch immer die Frage: Wer ist in der Lage, die Kosten der neuen Solidar-Gemeinschaft zu tragen, in der Arbeit gerecht verteilt und die Existenz aller lebenslang gesichert ist? Und die Kosten sind enorm. Denn die erstrebte Arbeitszeitverkürzung müßte massiv sein, sonst wird millionenhafte Arbeitslosigkeit nicht massiv abgebaut.

Natürlich steht völlig außer Frage, daß die Umverteilung von Arbeit das einzige mögliche Mittel ist, die Arbeitslosenzahl kurz- und mittelfristig zu senken. Denn echte neue Arbeitsplätze - zumal in massiver Zahl - lassen sich nicht per Politikbeschuß und schon gar nicht schnell schaffen; dafür muß die Nachfrage nach Arbeitskräften der Wirtschaft entsprechend angewachsen sein. Doch ab einem bestimmten Grad der Umverteilung stellt sich dann zwangsläufig die Finanzierungsfrage in immer drängenderer Weise. Ohne volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen für eine postindustrielle Ökonomie (siehe weiter unten) führt die Arbeitsumverteilung damit gerade langfristig zu neuen Konflikten.

4.1.4 Unternehmensverantwortung und Beschäftigung

Als eklatantes Mißverständnis und reine Fehlinterpretation muß die Meinung bewertet werden, die Unternehmen trügen hinsichtlich der Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen eine Art wirtschaftsneutrale Verantwortung. Hierzu ist festzuhalten: Unternehmen waren und sind nicht verpflichtet, Arbeitsplätze, die nicht mehr gebraucht werden, zu erhalten. Unternehmen sind verpflichtet, Verträge einzuhalten, die Gesetze zu beachten, Steuern abzuführen, sich insgesamt entsprechend Recht und Sitte zu verhalten – und sollen der sozialen Verantwortung gegenüber ihrer Mitarbeiterschaft gerecht werden. Wer aber von Unternehmen verlangt, sie sollten künstlich, d.h. unabhängig von ihren eigenen Plänen und Erfordernissen Arbeitsplätze erhalten oder gar neue schaffen, ruft zur selbstgewollten, unternehmerischen Marodität (Unproduktivität, Unwirtschaftlichkeit) und damit zum Bankrott (= Verlust aller Arbeitsplätze) auf. Ein solches Verlangen bedeutet nichts weniger, als daß sich kapitalistische Manager wie sozialistische Bürokraten verhalten sollen - und negiert die Profitabilität als wichtigsten Erfolgsfaktor renditeorientierter Unternehmungen. Nur nebenbei sei hierzu erwähnt, daß Unternehmen aus Gründen des Gläubigerschutzes per Gesetz verpflichtet sind, Konkurs anzumelden, wenn sie nicht mehr zahlungsfähig sind, weil sie nicht mehr gewinnträchtig arbeiten.

4.2 Konsensorientierte Ansätze

In allen Parteien und Institutionen des demokratischen Spektrums drehen sich konsensorientierte Fragen um einen neuen Gesellschaftsvertrag (veränderter Grundkonsens, neue Wertprioritäten). Im Vordergrund stehen dabei die Neubewertung von Tätigkeiten (z.B. Aufwertung von einfacher Arbeiten), die Kritik an Besitzständen (z.B. an der Nichtbereitschaft, sich aktiv an der Einführung von Teilzeit oder Wochenarbeitszeitverkürzung zu beteiligen). Wie ein neuer Gesellschaftsvertrag konkret aussehen könnte, welche Inhalte und Gewichtungen er umfaßt, ist kontrovers. Hauptstreitpunkt bei allen Vorschlägen waren und sind Finanzierbarkeit bzw. Lastenverteilung. Das Bündnis für Arbeit wird als gesellschaftspolitisches Zentralforum angesehen, das ein von allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen akzeptiertes Grundmodell eines neuen Gesellschaftsvertrags entwickeln soll.

4.2.1 Neuer Gesellschaftsvertrag

Der zunehmende Trend zu weniger Vollzeit-Beschäftigung, zu mehr Teilzeitbeschäftigung, zu einem höheren Anteil an Selbständigen mit geringen Einkommenschancen, zu schlecht bezahlter Bürgerarbeit und personennahen Billig-Jobs könnte die bisherige Grundlage der persönlichen Existenzsicherung und des Wohlstands nachhaltig zerreißen. Um dies zu verhindern gibt es grob betrachtet nur drei Möglichkeiten:

1. der Staat finanziert die Versorgungslücken über allgemeine Steuern und Abgaben
2. die Unternehmen werden verstärkt in die soziale Verantwortung gezogen
3. eine Kombination von 1 und 2

Alle drei Möglichkeiten setzen voraus, daß der Grundkonsens der Gesellschaft hinsichtlich Existenzsicherung, Wohlstand, sozialer Verantwortung, Solidarität sich wandeln muß. Ohne einen neuen Gesellschaftsvertrag wird ein sozialverträgliches Gemein- und Wirtschaftsleben immer unwahrscheinlicher. Wir besitzen heute die technologische Potenz für optimale Versorgung (Überfluß-Produktion) und universelle Kommunikationsmöglichkeiten. Aber wie müssen wir uns gesellschaftlich verhalten, um diese großartigen Potenzen volkswirtschaftlich bei abnehmender Nachfrage nach Lohnarbeit für alle Bevölkerungsteile nutzen zu können?

4.2.2 Neudefinition des Wohlstands

Ein neuer Gesellschaftsvertrag ist nicht ohne Änderungen der Werte und Wertmaßstäbe möglich. Besonders revisionsbedürftig ist die bislang übliche einseitige Orientierung der Wohlstandsdefinition auf Basis des Bruttosozialprodukts. Der Club of Rome hat darauf aufmerksam gemacht, daß Geld und Kapital als Maßstab für Wohlstand allein nicht ausreichend sind. Das herrschende Wertesystem macht es z.B. unmöglich, die Bedeutung vieler familiärer und sozialer Leistungen als gemeinwirtschaftlichen Beitrag anzuerkennen und zu belohnen: *Warum ist die Arbeit, die von darauf spezialisierten Leuten in den Kindergärten verrichtet wird, Teil der produktiven Arbeit, die zum Bruttosozialprodukt beiträgt, die gleichwertige Arbeit der Großmütter oder Großväter dagegen nicht? Können wir daher immer noch den Begriff der produktiven Beschäftigung auf das beschränken, was zur offiziellen monetisierten Ökonomie gehört, und ihn abgrenzen von der Leistung von Tätigkeiten, die von einem sozialen und sogar indirekt vom finanziellen Standpunkt aus als produktiv bestimmt werden können, jedoch nicht als solche anerkannt werden?* (Liedtke, S. 143)

Der Club of Rome zeigt darüber hinaus auf, daß ein Bruttoinlandsprodukt-Wohlstandsbegriff nicht nur wirtschaftspolitische, sondern auch umweltstrategische Nachteile aufweist.

4.2.3 Bündnis für Arbeit

Unter demokratischen Parteien besteht weitgehend Einigkeit darüber, daß Strategie und Maßnahmen zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit nicht ohne Abstimmung zwischen Politik und Sozialpartnern erfolgen sollten: Der neue Gesellschaftsvertrag soll daher in einem "Bündnis für Arbeit" beschlossen werden. Der Begriff "Bündnis für Arbeit" ist als Leitbegriff zukunftsbezogener Politik allerdings mißverständlich. Wenn heute alle Parteien entweder ausdrücklich oder insgeheim davon ausgehen, daß es eine Vollbeschäftigung im Sinne der 60er Jahre nicht mehr geben kann, dann kann Bündnis für Arbeit ja nur bedeuten: Bündnis für eine neue Verteilung des bestehenden Arbeitsvolumens.

Ein Bündnis für (mehr) Arbeit könnte zwar vielleicht vorübergehend zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, wäre aber langfristig zur Erfolglosigkeit verdammt, wenn die Arbeitslosigkeit dauerhaft nachwächst. Inwieweit expansive Beschäftigungspolitik (Förderung der Arbeitsplatz-Neuschaffung) flankierend ein ausreichend hohes Gegengewicht schaffen kann, bleibt abzuwarten. Es wäre wünschenswert, sofern die dabei zugrundelegte Kosten-Nutzenrechnung aufgeht; aber nach den Ergebnissen unserer Analyse ist es unwahrscheinlich.

Ein Bündnis für gerecht verteilte Arbeitsreduktion kann aber nur sinnvoll sein, wenn es zugleich ein Bündnis für Existenzsicherung ist. Kein Arbeitsbesitzer wird freiwillig bereit sein, seine Vollzeitbeschäftigung gegen eine Halbtagsbeschäftigung einzutauschen, wenn er dann erstens weniger verdient, als er zum Leben braucht, und zweitens seine Altersversorgung der Unsicherheit preisgibt. Unter solcher Voraussetzung macht es für den Einzelnen nur Sinn, auf Biegen und Brechen dafür zu kämpfen, seine Vollzeitbeschäftigung entgegen aller gesellschaftlichen Erfordernisse zu behalten - selbst um den Preis, daß er aufgrund seines individuellen Kampfes um Erhalt seines Wohlstands vielleicht selbst eines Tages Opfer einer "Freisetzung" wird. Das Bündnis für weniger Arbeit ist deshalb nur in Verbindung mit einem Bündnis für Existenzsicherung eine echte Lösung für eine breite Mehrheit der Arbeitnehmerschaft. Bei wachsendem Protest der Betroffenen ist eine solche Konsensbildung durchaus denkbar.

4.2.4 Allgemeines Grundeinkommen

Existenzsicherung für alle bei weniger Arbeit, Lebensqualität und Wohlstand für die gesamte Bevölkerung wird man zukünftig wahrscheinlich ohne eine erwerbsarbeitsunabhängig gesicherte Versorgung nicht mehr gewährleisten können: Der Arbeitskräftebedarf wird produktivi-

tätsbedingt immer knapper, die Erhaltung der allgemeinen Kaufkraft immer schwieriger. Nur durch ein allgemeines Grundeinkommen scheint manchen daher eine soziale und lebenswerte Marktwirtschaft noch dauerhaft aufrechterhaltbar zu sein. Aber ist eine renditeorientierte Marktwirtschaft in der Lage, ein solches allgemeines Grundeinkommen zu finanzieren, ohne sich selbst den Boden unter den Füßen wegzuschlagen?

4.2.5 Kein überzeugender Ausweg in Sicht?

Massenhaft neue Erwerbsarbeit im Dienstleistungsbereich ist nicht zu erwarten. Das Bündnis für Arbeit sollte deshalb konsequenterweise für weniger, nicht für mehr Arbeit eintreten. Nicht absehbar ist dabei jedoch, wer Existenzsicherung und Wohlstand, z.B. in Form des allgemeinen Grundeinkommens, dann finanzieren soll. Für eine zukunftssichernde Gesellschaftspolitik ist das kein aussichtsreiches Kalkül. Wie aber können wir die Zukunft dann überhaupt noch positiv gestalten? Die Antwort lautet: Wir können es nachhaltig nur, wenn wir uns entschließen, das volkswirtschaftliche Modell selbst an die Bedingungen der High-Tech-Gesellschaft anzupassen.

Bevor wir im Abschnitt "Postindustrielle Ökonomie" darauf eingehen, sollten wir bestimmte weltwirtschaftliche Aspekte nicht außer Acht lassen. Denn die Zukunftsfragen, die wir im "reichen Westen" stellen, betreffen auch die meisten anderen Staaten – und häufig viel dramatischer.

5. WELTWIRTSCHAFTLICHE PERSPEKTIVEN

Der Kommunismus ist an Systemschwächen zugrunde gegangen. Seither nähert sich der Kapitalismus für jedermann unschwer erkennbar den von Marx beschriebenen Verlaufsformen: vehemente Steigerung der internationalen Konkurrenz unter Bedingungen des tendenziellen Falls der Profitrate mit der Folge weiterer Globalisierung und Konzentration des Kapitals (Fusionen, Joint-Ventures, Monopolisierung). Dieser Entwicklungsverlauf zeichnet sich nicht nur in den hochindustrialisierten Staaten ab, sondern betrifft direkt oder indirekt alle an Freihandel und Industrialisierung beteiligten Staaten und ihre Bevölkerungen.

5.1 Entwicklungsbedingung neuer Märkte

Die Entwicklung neuer freier Märkte entspricht weder in den Entwicklungsländern noch in den spätindustrialisierten und den postkommunistischen Staaten den offiziellen Zielvorstellungen, die westlich orientierte Wirtschaftsinstitute, Wirtschaftsverbände und internationale Gremien gerne verkünden. Was sich in Lateinamerika, Afrika, Rußland, Indien, China und in anderen nicht-westlichen Ländern abspielt, ähnelt nicht selten eher dem Gegenteil des westlichen Wirtschaftsideals. Liegt es daran, daß die Wirtschaftspolitiker, Marktstrategen und Manager dort ungeeigneter sind? Oder ist es auf dem Niveau, das Freihandel, Produktivität und Vertriebsstrukturen heute erreicht haben, nicht schlichtweg unmöglich, daß sich neue freie Märkte nach westlicher Art regional aus sich selbst heraus ungestört entfalten und auf dieser Basis ein Mehr an Freiheit und Demokratie entstehen kann? Neuer, freier Markt insbesondere nach westlicher Vorstellung heißt heute doch immer: Jetzt können auch hier die Produkte der westlichen Massenproduktion abgesetzt werden. Der Übergang zur Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung Deutschlands war und ist hierfür ein lehrreiches Beispiel: Durch das sofortige, massive Eindringen hochentwickelter, kapitalstarker westlicher Anbieter in nahezu alle relevanten Absatzmärkten wurden regionale Anbieter vom Markt gedrängt. Und die Asienkrise zeigt, daß selbst einseitiger protektionistischer Binnenmarktschutz nur ein teilweises oder vorübergehendes Ausschalten der weltwirtschaftlichen Marktbedingungen ermöglicht.

Wie sollte beispielsweise Rußland jemals mit dem Marktwirtschaftsmodell des Westens auf die Beine kommen? Wie kann man annehmen, daß sich hier wirtschaftlicher und demokratischer Fortschritt durch rücksichtslose Durchsetzung der Renditeorientierung erreichen ließen? Weil Russen aufgrund ihrer Geschichte leiderprobter als andere Nationen sind? Sind die wirtschaftlichen Verschlechterungen seit Glasnost wirklich nur ein vorübergehendes Tal, ein Übergangszustand? Übergang wohin? Auf welche Ziele kann sich in Rußland denn neue Hoffnung stützen? Ideologisch magnetisiert durch ein Hin und Her zwischen den beiden Grundmodellen des 20. Jahrhunderts, dem marktwirtschaftlichem Kapitalismus und dem planwirtschaftlichem Sozialismus, fehlt ein einwandfreies Ziel- und Übergangmodell. In dieser Orientierungslosigkeit ist es kein Wunder, wenn manche russische Bürger sich eine Militärdiktatur wünschen und erneut vom großslawischen Reich träumen. Daß andere Staaten und Völker in ähnlichen Orientierungskrisen stecken, ist durch die täglichen Nachrichten aus aller Welt unschwer nachvollziehbar.

In China ist kräftig wachsender Binnenmarkt entstanden, der den gesamten asiatischen Wirtschaftsraum beflügelt. Aber unter Bedingungen, die nicht dem Charakter einer sozialen Marktwirtschaft entsprachen und den Regeln des internationalen Rechts und Handels nicht selten entgegenliefen. Wie aber wird China in den kommenden Jahrzehnten mit den Folgen der High-Tech-Industrialisierung fertig?

Es ist wenig aussichtsreich, wenn man den Bedingungsunterschied zwischen dem Aufbau der hochindustrialisierten Marktwirtschaft im Westen (konkurrenzloser Neuanfang im 19. Jahrhundert) und den spätindustriellen Staaten (weltweiter Verdrängungswettbewerb) unter den Tisch kehrt. Zu fragen ist, in welchem Umfang renditeorientierte, wachstumsabhängige marktwirtschaftliche Zielmodelle für postkommunistische Staaten und Spätindustrialisierer tatsächlich realisierbar bzw. noch zuträglich sind oder ob diese Staaten, ja vielleicht sogar die gesamte Weltwirtschaft langfristig gesehen mit neuartigen Volkswirtschaftsmodellen nicht viel besser beraten wären - zumal weder Umweltbelastung noch Ressourcen-Verfügbarkeit ein ausschließlich renditefixiertes globales Wachstum ohne katastrophale Rückschläge für alle Nationen zulassen würden. Situationsbedingte Überangebote und Preissenkungen bei Rohstoffen (z.B. Öl während der Rußlandkrise) dürfen darüber nicht hinwegtäuschen.

Und hier schließt sich der Kreis: Die westliche Wirtschaft braucht für ein dauerhaftes Wachstum von wenigen Prozent zunehmend den globalen Absatz. Dieser globale Absatz limitiert die eigenständigen Aufbaumöglichkeiten neuer regionaler Märkte in Osteuropa, Südostasien, Afrika, Lateinamerika und anderswo. Dies wiederum gefährdet das exportabhängige Wachstum des Westens. Aber je mehr postkommunistische Staaten, spätindustrialisierte Staaten und Entwicklungsländer den Glauben daran verlieren, vom globalen Freihandel mittel- und langfristig profitieren zu können, desto mehr entstehen und verfestigen sich anti-westliche Stimmungen. Gleichzeitig wächst das Bedrohungspotential, das durch regionale Öko- und Sozialunverträglichkeiten rundum den Globus ausgelöst wird. Nicht ohne Grund sind anti-westliche Strömungen, ethnische und religiöse Konflikte seit dem Ende des kalten Krieges wieder auf der Tagesordnung.

5.2 Nationale Kultur und Tradition

Die Landbevölkerungen in Osteuropa, Asien, Afrika und Lateinamerika sind traditionell daran gewöhnt, sich in ihrer jeweiligen Natur und Landkultur zu erhalten. Seit vielen hundert Jahren, z.T. seit tausenden von Jahren. Was bringt es, diese Menschen durch kurzfristige Profitinteressen aus ihrem Lebenskontext zu reißen und in die Gesetze der hochindustrialisierten Marktwirtschaft zu treiben, indem man das Land gegen die Lebensgewohnheiten und zum Teil gegen den Willen der Dorfbewohner ohne Berücksichtigung der sozialen und wirtschaftlichen Langzeitwirkungen industrialisiert. Es führt früher oder später zu Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut - und damit in kaum revidierbare soziale Konflikte und den damit verbundenen Übeln (Bürgerkrieg, nationalstaatliche Kriege bis hin zur Gefahr weltkriegserzeugender Zustände).

Man sende Hilfe in diese Lebensräume (Ärzte, Lehrer, Landwirtschaftsberater, Ökologen usw.), um den Wert ihrer Kultur und Lebensweise zu steigern, anstatt die lokale Gemeinwirtschaft und traditionelle Lebensformen durch kurzfristige Rendite-Interessen aus den Angeln zu heben, durch neue, meist unwürdigere Lebensweisen zu ersetzen und damit letztlich zu zerstören. Eine solche "Modernisierung" wird zunehmend kontraproduktiv - und ist weder nach religiösen noch nach atheistischen Moralsystemen legitimierbar, sondern in unverantwortlicher Weise inhuman und konflikttreibend.

Erhaltung gesunder regionaler Selbstversorgungsstrukturen und Aufbauförderung für schwache, instabile Selbstversorgungsstrukturen sowie deren sozialverträgliche Ökologisierung sind das Beste, was hier nach Maßstäben der Nachhaltigkeit zu tun ist. Es wäre fatal, wenn die Newcomer-Markt-Staaten weiterhin ohne Berücksichtigung der längst ausrechenbaren sozialen Folgewirkungen eine rücksichtslose Industrialisierung betrieben, z.B. indem sie massive Arbeitslosigkeit durch unbedachte Rationalisierung der Landwirtschaft (industrialisierte Massenproduktion) schaffen. Es wäre angesichts des heute verfügbaren Wissens über den Zusammenhang von High-Level-Rationalisierung und Arbeitslosigkeit ein Verbrechen, den Landarbeitermassen per Politik und Medien einzureden, sie könnten ein besseres Leben als Industriearbeiter und Büroangestellte fristen. Nur wenige werden dauerhaft in diesen Genuß kommen; die anderen werden irgendwann arbeitslos sein und ein sinnloses Leben führen, ein Schicksal, daß sie als einfache Landarbeiter nicht in Kauf nehmen müßten.

5.3 Wachsendes Konfliktpotential zwischen Kulturen

Seitdem die Fronten des kalten Krieges verschwunden sind, brechen alte Konflikte zwischen Volksgruppen, Religionsgemeinschaften und Kulturkreisen wieder auf. Wie P. Huntington in seiner weltbekannten Studie "Kampf der Kulturen" gezeigt hat, könnte dies ein Trend sein, der die nächsten Jahrzehnte mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter prägen wird. Die oben beschriebenen kulturschädigenden Phänomene, die aus einer unbedachten Globalisierung des westlichen Wirtschaftsmodells und der damit verbundenen massiven Industrialisierung resultieren, werden die Tendenz zum Kampf der Kulturen eher zusätzlich schüren als dämpfen. Denn überall da, wo das westliche Modell die Entwicklungsbedingungen der Kulturen verschlechtert, bleibt den betroffenen Bevölkerungsgruppen gar keine andere Wahl als über ethnische oder religiöse Gemeinsamkeiten alternative Perspektiven zu finden und auf dieser Basis politischen Widerstand zu formieren. Das erreichte (relative) hohe multikulturelle Niveau in Amerika und Europa ist nur durch den tatsächlich erreichten und noch erwarteten allgemeinen Wohlstand möglich geworden. Überall da aber, wo ein solcher Wohlstand weder mittel- noch langfristig in der Hoffnung steht, versuchen sich die Benachteiligten durch religiöse oder ethnische Gemeinsamkeiten abzugrenzen und auf diese Weise kulturspezifische Ideologien zu erzeugen, um sich so (vermeintlich) bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu schaffen. Auch Hitlers Programm gründete in solcher Intention: Die meisten Darlegungen in "Mein Kampf" kreisen um dieses Thema – und die faschistische Rassenverfolgung zieht hieraus ihre ethno-moralische Legitimation. Jugoslawien hat klargemacht, welche Gefahrenpotentiale aggressive kulturelle Ab- und Ausgrenzungen auch heute beinhalten. Gerade in

dieser Hinsicht wird der Entwicklung von neuartigen Wirtschaftsmodellen im Sinne einer postindustriellen Ökonomie auch eine außerordentliche Bedeutung zur Befriedung der Welt zukommen.

5.4 Notwendigkeit einer globalen Neuorientierung

Die Leitidee, die Welt wäre am besten beraten, wenn sie sich konsequent am westlichen Wirtschaftsmodell des 20. Jahrhunderts ausrichtet, bedeutet praktisch nichts anderes, als daß die heute noch nicht oder noch nicht durchgängig industrialisierten Staaten sich die gleichen Strukturprobleme einhandeln werden, anstatt sie - belehrt durch die Erfahrungen der hochindustrialisierten Staaten – von vornherein zielsicher durch neue Wege der Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik zu vermeiden. Wir brauchen deshalb neue Ziele und einen neuen, zukunftsgerichteten Dialog für eine Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts: Von der Globalisierung auf High-Tech-Niveau müssen alle Völker profitieren, sonst führt sie zu weltumspannenden und eskalierenden Konflikten. Das postindustrielle Zeitalter muß alle Probleme und Spannungen, die das industrielle erzeugt hatte, ausgleichen. Das ist seine unabstreifbare historische Aufgabe. Die Alternative heißt: Weltwirtschaftskrieg und militärische Auseinandersetzungen im Rahmen eines zunehmenden Kampfes der Kulturen. Alle machtpolitisch relevanten Staaten, Wirtschaftsräume und Kulturkreise werden deshalb wie nie zuvor darauf angewiesen sein, ein politisch tragfähiges Weltwirtschaftssystem zu etablieren, das Überlebens- und Entwicklungschancen für die Bürger aller Weltregionen zum gemeinsamen Ziel hat (Grundkonsens). Dies ist die Zukunftsaufgabe der Globalisierung. Der Markt allein kann dies nicht regeln. Das kann nur engagierte Politik erreichen. Nicht in wenigen Jahren, aber in den nächsten Jahrzehnten.

Solange es dem Westen nicht gelingt, seine eigenen Struktur- und Finanzprobleme durch überzeugende nachhaltige Lösungen zu beseitigen, kann seine Wirtschaftsweise kaum mehr als attraktives, zukunftssicherndes Zielmodell betrachtet werden - zumal nicht als weltwirtschaftliches Paradigma. Es wäre töricht, dies nicht wahrhaben zu wollen. Sobald die traditionellen Industriestaaten aber aufhören, das Modell der kapitalistischen Marktwirtschaft des 20. Jahrhunderts zu verabsolutieren, könnten sie eine wichtige globale Katalysatorfunktion bei der Entwicklung neuer sozial- und ökovertäglicher Modelle einer High-Tech-basierten Wirtschaft übernehmen. Nicht als "Missionare" einer neuen Weltordnung, sondern als erfolgreiche Vorreiter auf dem Weg zu postindustriellen Volkswirtschaftsmodellen.

6. POSTINDUSTRIELLE ÖKONOMIE

Niemand will, daß neue Armut entsteht oder sich die Menschen als Working Poor abplacken. Aber woher soll das Geld kommen, um dem zu entgehen? Aus den Unternehmensgewinnen und den Lohneinkommen? Es käme eine seltsame, niemals tragfähige neue Klassengesellschaft dabei heraus: Die Unternehmen und ihre zahlenmäßig schrumpfende Arbeitnehmerschaft müßte die Versorgung einer wachsenden Zahl von Nicht-Erwerbstätigen mitfinanzieren. Das wäre das Gegenteil einer gesunden gesellschaftlichen Arbeitsteilung – und dürfte auf Dauer nicht gutgehen.

Woran können wir dann aber konstruktiv-kritisch ansetzen?

Ein Umdenken im Bereich der Werte und Ziele allein wird nicht ausreichen. Ohne grundlegend neue Vorstellungen über zukünftige Wirtschaftsordnungen bleibt alles strukturbedingt beim Alten. Die größte Herausforderung der Politik im 21. Jahrhundert wird deshalb darin bestehen, neue Wirtschaftskonzepte zu entwickeln und umzusetzen, die eine gemeinwirtschaftlich tragfähige und soziale postindustrielle Ökonomie ermöglichen. Es geht dabei um nichts weniger als den Übergang in eine neue Epoche: Wirtschaftsformen anzubahnen, in

der Bürger auch ohne Lohnarbeit als allgemeine Hauptquelle der wirtschaftlichen Versorgung existieren und ein lebenswertes, sinnvolles Dasein finden können. Für eine Gesellschaft, die nicht sehnsuchtsvoll auf ihre Vollbeschäftigungsphasen rückblickt, sondern mit Mut und Hoffnung in die Zukunft sieht.

Das, was neue zukunftsfähige Wirtschaftsmodelle leisten müssen, läßt sich vielleicht am einfachsten mit dem Begriff "Postindustrielle Ökonomie" beschreiben. Die neue Ökonomie darf nicht zu präindustriellen Zuständen führen, sie darf aber auch nicht in den Regelkreisläufen des Industrie-Zeitalters befangen bleiben. Die neue Ökonomie muß vielmehr eine "post"-industrielle Wirtschaftsform einleiten und regeln: Eine Wirtschaftsform, in der die Möglichkeiten der Industrialisierung und der kapitalistischen Konkurrenz zwar nach wie vor unverzichtbar für allgemeinen Wohlstand und technischen Fortschritt ist - aber nicht mehr als dominantes Entwicklungs-, Struktur- und Orientierungsprinzip. Eine Lebensweise, welche die Industrieproduktion weiter optimiert, ihren Wert aber nicht mehr verabsolutiert (Terror der Ökonomie), sondern an ihrem Beitrag für die soziale, kulturelle und umweltgemäße Humanentwicklung mißt.

Beschäftigungspolitik ohne ein tragfähiges Programm für eine postindustrielle Ökonomie hat langfristig schlechte Karten. Es ist an der Zeit diese Gefahr, die sich längst als schleichendes "ungutes Grundgefühl" gegenüber der zu erwartenden Zukunft in unserem Wahrnehmungsvermögen bemerkbar macht, in den täglichen politischen Bemühungen offen und offensiv zur Sprache zu bringen, um die demokratische Suche nach tragfähigen neuen Lebens- und Wirtschaftskonzepten jetzt verstärkt voranzutreiben.

6.1 Arbeit gibt es genug!

Arbeit von heute setzt neue Impulse für Arbeit in der Zukunft. Das weiß jeder aus eigener Erfahrung: jeder Gärtner, jede Hausfrau, jeder Angestellte, jeder Künstler, jeder Wissenschaftler und so weiter. Nur die Erwerbsarbeit im Sinne kapitalistischer Lohnarbeit wird nach und nach immer weniger werden. Das ist eine natürliche Folge fortdauernder Produktivitätssteigerung dank hochentwickelter Technik und Organisation.

Die Grundversorgung des arbeitslosen Bevölkerungsteils im Rahmen des renditeorientierten Geldkreislaufs auf der Stufe der Hochindustrialisierung und des harten Verdrängungswettbewerbs ist also das Kernproblem, nicht der Verlust von Erwerbsarbeit als solcher. Wenn der Anteil "wertschöpfender" Lohnarbeiten in Gewerbe und Industrie zurückgeht, dann ist zu prüfen, ob erwerbsarbeitsunabhängige Tätigkeiten bestimmte Teile der Versorgung nicht ebensogut erbringen können. Was spricht dagegen, eine Versorgung neben dem kapitalistischen Geldkreislauf und Wirtschaftstreiben zu etablieren, die wenigstens teilweise unabhängig von diesem erfolgt? Dann müßten die Arbeitslosen keine Angst mehr vor dauerhafter Verarmung und Verelendung haben. Dann müßte die kapitalistische Wirtschaft nicht länger eine zusätzliche drückende Last hoher Steuer- und Sozialabgaben als ständige latente Gefahr befürchten. Dann müßten Staat und Sozialeinrichtungen nicht länger dem Zwang zu höherer Verschuldung ausgesetzt werden - und könnten selbst, ohne dabei ein schlechtes Gewissen haben zu müssen, die Vorteile der Rationalisierung nutzen. Dann wäre das Dilemma eines sozialpolitisch zwar notwendigen, aber systemimmanent nicht finanzierbaren "Grundeinkommens" aus der Welt. Und dann kann die technisch ermöglichte Reduktion des Arbeitsbedarfs endlich als zivilisatorischer Fortschritt und ein Mehr an Bürgerfreiheit empfunden werden, anstatt wie derzeit noch als Bedrohung des allgemeinen Wohlstands und der sozialen Sicherheit

Der ideologische Gegensatz zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaft hat blind für die Möglichkeiten anderer Wirtschaftsformen gemacht. Die renditeorientierte, wachstumsabhängige Marktwirtschaft ist aber nur eine von mehreren denkbaren Formen der Marktwirtschaft. Auch Eigenarbeit und Non-Profit-Unternehmen (z.B. Genossenschaften) sind mit Marktwirtschaft vereinbar und können zur Volkswirtschaft bedeutende Beiträge lie-

fern, wenn sie strukturpolitisch richtig eingebunden werden. Das gilt auch und umso mehr, wenn Eigenarbeit, Selbstversorgung und Non-Profit-Unternehmen durch ein Netzwerk gesellschaftlicher Non-Profit-Wirtschaftsformen ergänzt werden (z.B. Genossenschaften, Selbstversorger-Lebensgemeinschaften).

Eigenarbeit und Non-Profit-Wirtschaft sind nicht gleichbedeutend mit Unwirtschaftlichkeit. Der Unterschied liegt vielmehr in den jeweils zugrundegelegten Wirtschaftlichkeitsmaßstäben: während Erwerbsarbeit wertschöpfend im Sinne international wettbewerbsfähiger Kapitalbildung sein muß, genügt es, wenn sich Eigenarbeit und Non-Profitwirtschaft in Form substantieller Werte "rentieren" (Verbesserung hinsichtlich Wohlstand, Kultur, Umwelt z.B.) . Außerdem schließen sich Non-Profit-Wirtschaft und Profit-Wirtschaft gegenseitig nicht aus. Im Gegenteil: neue Impulse, Trends und Konkurrenzformen entstehen, welche die Marktwirtschaft beleben und ihr neue Perspektiven eröffnen.

Vor allem neuartige Wirtschaftsmischformen liegen am Ausgang des 20. Jahrhunderts weitgehend noch jenseits des Bannkreises lösungssuchenden Denkens. Gerade in solchen Mischformen jedoch finden wir mannigfaltige Möglichkeiten einer postindustriellen Ökonomie, was wir im folgenden am Beispiel des New Work Konzeptes zumindest an einigen charakteristischen Eckpunkten erläutern werden.

6.2 Das New Work Konzept

Der erste ernstzunehmende Ansatz, der eine teilweise Selbstversorgung im Rahmen eines postindustriell ausgerichteten Wirtschaftskonzeptes vorsieht, ist das New Work Konzept von Frithjof Bergmann. Wie die Bemühungen des Center of New Work in Flint (Michigan, USA) zeigen, gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, sich die Perspektive einer postindustriellen, marktwirtschaftlichen Mischwirtschaft nicht nur vorzustellen, sondern auch praktisch etwas dafür zu tun: Das Zentrum für Neue Arbeit initiiert und betreut unterschiedlichste Pilotprojekte der Selbstversorgung. Es bietet Seminare an für Geschäftsführer, Manager, leitende Angestellte und andere Erwerbstätige, die daran interessiert sind, die Praxis der "Neuen Arbeit" in der Geschäftswelt anzuwenden. Es animiert Kirchen und lokale Gruppen Unternehmen zu gründen und einen Teil der Überschüsse in die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur zu investieren.

Dabei wird eine pragmatische, lösungsbezogene Denkweise bevorzugt, die nicht neue und alte Lebens- und Arbeitsformen in Gegensatz bringt, sondern - Konkurrenz eingeschlossen - Möglichkeiten der Ergänzung beabsichtigt. Statt Ablösung einer Eindimensionalität durch eine andere, werden Mischformen auf den Weg gebracht. Das New Work Konzept lehnt die herkömmliche Erwerbstätigkeit also nicht kategorisch ab, sondern betont ihre zukünftige Bedeutung für die Volkswirtschaft, betrachtet sie jedoch nicht mehr als allbeherrschenden Dreh- und Angelpunkt der allgemeinen Existenzsicherung und des Wohlstands.

6.3 "Neue Arbeit" als flexible Struktur

New Work geht davon aus, daß in der beschäftigungspolitischen Strukturkrise der Gegenwart bedeutende Möglichkeiten zur Befreiung der Arbeit von der "Tyrannei der Erwerbsarbeit" liegen.

Anstatt Angst vor der Zukunft zu haben, soll die Effizienz-Gesellschaft ihr Fortschritts- und Freiheitspotential erkennen und ausschöpfen.

Deshalb wird der Trend, daß das traditionelle Berufsbild zerbröckelt, nicht als beklagenswertes Problem, sondern als historische Chance für ein besseres und freieres Leben betrachtet. Aufgabe der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ist es dabei, das Gesamtarbeitsaufkommen - einschließlich Bürgerarbeit und nicht monetärer Arbeiten (z.B. in der Familie) - nach neuen Leitprinzipien gerecht zu verteilen. Für den Einzelnen wird dabei eine flexible Mischstruktur von individueller Selbstversorgung, Erwerbsarbeit und Tätigkeiten, welche der Gemeinschaft (Bürgerarbeit) und der freien Persönlichkeitsentfaltung dienen (callings), angestrebt.

6.4 Partielle High-Tech-Selbstversorgung – eine Option für alle

Eine Besonderheit des New Work Konzeptes ist, daß eine Selbstversorgung auf hohem technischen Niveau (high-tech-self-providing) angestrebt wird. Die Selbstversorgungsprojekte des Center of New Work umfassen bereits heute eine Vielzahl von Bereichen: biodynamischer Gartenbau (z.B. Kartoffel- und Gemüseanbau), Hydroponic-Fischzucht, Hausbau, Ressourcenpools, Kredit- und Einkaufsgenossenschaften. In Kooperation mit der Automobilindustrie soll sogar ein Auto für die Selbstmontage entwickelt werden.

Das New Work Konzept zeigt damit zum ersten Mal, daß die weit verbreitete Vorstellung, Selbstversorgung werfe zwangsläufig in mittelalterliche Lebensweisen zurück, also präindustriell sei, unberechtigt ist. High-Tech-Selbstversorgung soll ermöglichen, ein Leben ohne Verzicht auf die Vorzüge der modernen Industriegesellschaft zu führen, obwohl die herkömmlichen, bis zur Rente gesicherten Lebensberufe schwinden.

Außerdem ist das Selbstversorgungskonzept nicht nur auf Arme und Hilfsbedürftige zugeschnitten, die von geringen sozialstaatlichen Leistungen abhängig sind. Es soll auch Angestellten, Managern und Selbständigen neue Möglichkeiten der Existenzgestaltung eröffnen. New Work setzt also nicht auf ein Grundeinkommen jenseits von Leistungskriterien und will keinen (auf Dauer nicht finanzierbaren) Wohlfahrtsstaat für einen wachsenden erwerbslosen Bevölkerungsanteil, sondern eine neuartige Leistungsdifferenzierung und Leistungsgesellschaft. Eine Gesellschaft, die Wissen und Technik gezielt nutzt, um mit weniger Erwerbsarbeit mehr qualitativen Wohlstand zu erreichen.

6.5 Neue Arbeit und Humankapital

Die Bergmann'sche Dreieinigkeitsformel von Erwerbsarbeit (kapitalvermehrende Lohnarbeit), Eigenarbeit (Selbstversorgung) und freier Tätigkeit (Persönlichkeitsentfaltung) läßt alle denkbaren Formen der Gewichtung und Ausgestaltung zu. Ihr Ziel ist ein Maximum an individueller wie gesellschaftlicher Freiheit – bei wachsendem Wohlstand und Fortschritt.

Hierzu gehört auch, daß das Center of New Work die Arbeitgeber animiert, anstatt konjunkturbedingter Entlassungen die Selbstversorgung und Weiterbildung der betroffenen Mitarbeiter aktiv zu fördern. Im Ansatz wird die Selbstversorgung damit zu einer neuen Form einer dauerhaften Partnerschaft zwischen renditebezogenen Unternehmen und ihren Mitarbeitern. Das Verhältnis Mitarbeiter-Unternehmen wird dadurch "konjunkturunabhängig". Eine hochproduktive Alternative zum konjunkturbedingten Verfall von Beziehungen, Berufsintegration und Wissenskapital, die hervorragend dazu geeignet scheint, den brüchig gewordenen Le-

benkskarrieren eine neuartige Kontinuität zu verleihen. Außerdem zeigt dieses Integrationsmodell, wie nah und kooperativ ein Nebeneinander von Non-Profit- und Profit-Wirtschaftsformen in der Marktwirtschaft sein kann, ist sie erst einmal postindustriell durchstrukturiert.

6.6 Neue Arbeit und aktive Beschäftigungspolitik

Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung sinnvoller Formen der Selbstversorgung sind im New Work Konzept von F. Bergmann keine Notlösung gegenüber einem technologisch rasant voranschreitenden Produktivitätsfortschritt, sondern eine positive Zielgröße. Daher kann das New Work Konzept nahtlos, auf die von P. Hilliger beschriebenen Möglichkeiten einer aktiven Beschäftigungspolitik aufzusetzen und ihnen eine zukunftsweisende, nachhaltige Perspektive verleihen:

Erstens ist aktive Beschäftigungspolitik dann keine vorübergehende Strategie mehr, deren "eigentliche Erfüllung" erst nach einem späteren (unrealistischen) massiven Anwachsen des Erwerbsarbeitsbedarfs zustande kommen kann (also nie) und daher Pessimismus und Agonie nicht aufzulösen imstande ist. New Work macht Teilzeitarbeit und Wochenarbeitszeitverkürzung zur positiven Langzeitstrategie.

Zweitens stellt das New Work Konzept langfristig kalkulierbar eine weitgehende Milderung, wenn nicht sogar Beseitigung der durch Massenarbeitslosigkeit bedingten staatlichen Finanzierungsprobleme, der individuellen Existenzsicherungsprobleme und der Kostenprobleme der Unternehmen in Aussicht.

Drittens basiert das New Work Konzept nicht auf einer Denkschule oder Ideologierichtung, sondern ist pragmatisch ausgerichtet und hält sich offen für alle Mischformen.

6.7 Zielkonzept und Volkswirtschaftsmodell

Der New Work Ansatz kann nur als erster Anfang bewertet werden. Er eröffnet zwar eine greifbare Perspektive, wie sich Wohlstand und Freiheit bei abnehmender gesellschaftlicher Gesamtarbeit sichern und steigern lassen könnten, ist aber noch nicht als wirtschaftspolitisches Programm geeignet. New Work entbehrt noch der volkswirtschaftlichen Modellierung, die aufgrund bestimmter Transformations- und Synchronisationserfordernisse aber unerlässlich ist. Hierzu gehört zum Beispiel die Frage, wie der Markt zwischen Gruppen von Nur-Selbstversorgern und Nur-Erwerbstätigen flüssig gehalten werden kann. Denn diese beiden Teilgruppen wird es gerade in einem marktwirtschaftlichen Mischsystem ebenfalls geben. Benötigt ein Mischsystem von Non-Profit und Profitwirtschaft also zwei verschiedene Geldsysteme? Falls ja: Wie werden diese konvertierbar?

Außerdem darf man nicht übersehen, daß gerade die hochindustrialisierten Staaten den Großteil der Versorgung eben längst großindustriell bewerkstelligen. Es gibt hier nur wenige Bereiche, die noch nicht industrialisiert und hochkapitalisiert sind. Das gilt auch für Dienstleistungsbereiche; nicht ohne Grund sprechen wir z.B. von der Medienindustrie oder Unterhaltungsindustrie. Daraus ergibt sich, daß insbesondere die Familien von Arbeitslosen zu meist über keinerlei nennenswerte Produktionsmittel verfügen. Konzepte der Selbstversorgung drohen daher ohne wirtschaftspolitische Strukturveränderungen auf einer niederen Stufe der Eigenarbeit und hobbymäßig betriebener Tauschbörsen zu verharren.

Für eine postindustrielle Ökonomie nach Art des New Work Konzeptes müßten Staat und Gesellschaft daher Möglichkeiten finden, wie sie eine partielle Selbstversorgung durch eine angemessene und ausreichende Verfügbarmachung von Grund und Boden (Selbstversorger-Landwirtschaft) sowie Produktionsmitteln (Non-Profit-Produzenten) in die Wege leiten können. Die Enteignung von Produktivvermögen verbietet sich dabei per se, weil sie dem

Wesen einer postindustriellen Marktwirtschaft zuwiderläuft. Dies bedeutet, daß Staat und Gesellschaft gegenüber Selbstversorgern als demokratische Lehns- oder Leasinggeber auftreten müßten.

6.8 Partielle, moderne Lehnswirtschaft oder Neofeudalismus?

Pessimistische Zukunftsprognosen warnen häufig vor einem nicht auszuschließenden Neo-Feudalismus. Dabei geht es zumeist um die Befürchtung, daß die Technologie- und Kapitalismus-Entwicklung zu einer Gesellschaft führen könnte, in der 20% der Bevölkerung die Arbeit und das Sagen haben, während 80 % zu Obdachlosigkeit, Poor-Work oder Sozialhilfe auf niedrigstem Niveau verurteilt sind (Reich). Dies ist mittlerweile eine Horrorvision geworden, die immer mehr Menschen, die das Zeitgeschehen aufmerksam verfolgen, beunruhigt.

Das voreilige pessimistische Szenario eines Neo-Feudalismus wirkt ähnlich kreativitätshemmend wie die Angst vor dem Gespenst des Neo-Kommunismus. Es verhindert, daß wir Non-Profit-Selbstversorgungsformen und die zeitweilige Überlassung von Produktionsmitteln durch Staat und Gesellschaft nicht in ihrer elementaren Zukunftsbedeutung für öko- und sozialverträgliche Systeme erkennen und ihre Ausgestaltungsmöglichkeiten umfassend erörtern. Und gerade die Idee einer demokratischen lehnsbasierten Marktwirtschaft birgt einen Fülle ungeahnter Möglichkeiten, Teile der Versorgung sowohl unabhängig vom "Terror der Ökonomie" (einseitiges Rendite-Prinzip) als auch jenseits einer "Diktatur der Bürokraten" (Planwirtschaft) freiheitlich und demokratisch auszugestalten. Hier tritt der demokratische Staat im Rahmen des bürgerlichen Rechts (Freiheit, Eigentum) als Lehnsgeber für Selbstversorger und als Lehnsverwalter der Gesellschaft auf. In einer postindustriellen Mischwirtschaft (Nebeneinander von Non-Profit- und kapitalistischen Arbeits- und Produktionsformen) wäre die zeitweise Produktionsmittel-Überlassung (modernes Lehn) weder wirtschaftsbherrschend noch klassenspezifisch (Feudalismus). Zumindest der Idee nach könnte z.B. ein kommunal verwaltetes Lehnswesen ein elementarer Bestandteil einer postindustriellen Marktwirtschaft werden. Anders sind konsensfähige, allgemeinen Wohlstand und soziale Sicherheit mittragende Selbstversorgermodelle im Rahmen einer freiheitlichen Marktwirtschaft und demokratischen Gesellschaft bei weiter abnehmenden Erwerbsarbeitsbedarf jedenfalls derzeit kaum vernünftig vorstellbar.

6.9 Planwirtschaft – eine ebenbürtige Teilwirtschaft?

Historisch ist nicht auszuschließen, daß auch eine partielle Planwirtschaft eine flankierende Rolle in der postindustriellen Ökonomie haben wird. Es ist zum Beispiel nicht absehbar, ob und wann es gelingen wird, daß Rußland und China alle planwirtschaftlichen Wirtschaftsformen abstreifen werden – und ob sie dies jemals ganz wollen.

Für den Westen zumindest scheint nicht einmal eine partielle Planwirtschaft vielversprechend. Nicht nur die Erfahrungen kommunistischer Staaten, sondern auch die Ineffizienz eigener Staatsbetriebe und Verwaltungen sprechen eindeutig gegen planwirtschaftliche Ansätze.

6.10 Freiheit statt Zwang

Niemand darf erwarten, daß Unternehmen überflüssig gewordene Arbeitsplätze garantieren können. Aber jedermann darf in einer freiheitlichen, sozialen Gesellschaft verlangen, daß er sich in dem Lebensraum, in dem er aufgewachsen ist (Heimat, Nation), in freier Wahl für seine Existenzsicherungsweise selbst entscheiden kann. Das ist, wenn man es so nennen will, bleibendes Naturrecht (Rousseau). Und was soll freiheitliche Gesellschaft anders bedeuten, als daß jeder seines eigenen Glückes Schmied sein darf und kann.

Ohne rendite- und lohnarbeitsunabhängige Versorgungsformen geraten Staat und Gesellschaft jedoch in eine Finanzierungsfalle und sind daher geneigt, als Gegenleistung für erwerbsarbeitsfreie Einkommen "wenigsten" Formen der Bürgerarbeit zu fordern und durch Sozialeinkommensentzug notfalls zu erzwingen. Die Besitzlosen würden damit zur postindustriellen Verfügungsmasse von Bürokraten und Technokraten.

Erst durch die Möglichkeit der Selbstversorgung wird dieses Dilemma auflösbar und das Prinzip einer gerechten Arbeits- und Lastenverteilung positiv, vor allem im Einklang mit Freiheit und Menschenwürde, anwendbar. Wer sich nicht selbstversorgen will, dem stehe es frei, Bürgergeld für entsprechende Gegenleistungen zu beziehen. Erst mit dieser Wahlmöglichkeit bleiben sowohl persönliche Freiheit als auch soziale Verpflichtung in hochproduktiven Gesellschaften gewahrt. Hierzu gehört dann als selbstverständliche Konsequenz: Wer sich weder für das eine noch das andere entscheiden will, den ist auch die Gesellschaft nicht mehr verpflichtet "gratis" zu versorgen. Leistungsfreie Unterstützung steht dann – und zwar erstmals ohne Legitimationsprobleme der Gesellschaft - nur noch den wirklich Hilfsbedürftigen (Alte und Kranke) zu. Die postindustrielle Selbstversorgung schafft also nicht nur neue Perspektiven für eine sozialverträgliche High-Tech-Gesellschaft, sondern schützt die Gesellschaft auch vor falschen Ansprüchen einzelner Individuen. Um auf diesen Stand zu kommen, muß die Gesellschaft aber Voraussetzungen dafür geschaffen haben, daß Selbstversorgungswillige sich auch in der Tat selbst versorgen können, ohne von den Errungenschaften der High-Tech-Gesellschaft abgeschnitten zu werden.

Erst wenn es gelungen sein wird, aussichtsreiche Möglichkeiten der Selbstversorgung zu initiieren, wird es moralisch, rechtlich und politisch allmählich vertretbar sein, Arbeitsunwillige unter Androhung der Kürzung oder Streichung von Sozialleistungen dazu zu bringen, Tätigkeiten im Niedriglohnbereich oder in Sektoren der sogenannten Bürgerarbeit zu verrichten. Denn erst dann bleibt die Freiheit der Berufs- und Einkommenswahl gewahrt.

Nicht unerwähnt bleiben soll, daß die Förderung und Schaffung von Selbstversorgungsmöglichkeiten auch eine wesentliche Grundvoraussetzung dafür ist, die wachsende Kriminalität – einschließlich Schwarzarbeit und Drogenmißbrauch - zu stoppen. Denn erst die Eröffnung neuer Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten läßt hoffen, daß tatsächlich eine Bekämpfung der sozialen Ursachen stattfinden kann.

6.11 Hocheffizienz und Ökologie

Das Verhalten des Bürgers bleibt Voraussetzung für den Umweltschutz. Aber ohne den globalen Einsatz spritsparender Autos, energiesparender Heizgeräte und Computer, umweltfreundlicher und ungefährlicher Energie-Gewinnungsmethoden und so weiter wirken seine positiven Beiträge wie Tropfen auf heißen Stein.

Nichts ist umweltstrategisch deshalb wünschenswerter, als daß hochkapitalisierte Global Player diesen Markt als ergiebige Renditechance erkennen: Nirgends sonst ist eine vergleichbare dauerhafte Nachfrage gleichen Ausmaßes so sicher vorhersehbar; das Problem und damit Bedarf und Nachfrage sind in vollem Umfang global. Umweltstrategen und Zukunftsforscher setzen ihre Hoffnungen und Empfehlungen daher einstimmig auf Hochtechnologie und Effizienzsteigerung. Galt vor Jahren noch Faktor 4 als denkbare Effizienzsteigerungspotential (Verdopplung des Weltwohlstands bei Halbierung des Ressourcen-

verbrauchs), so diskutiert man heute bereits über Faktor 10 und mehr als technologisch realisierbare Zielgrößen.

Im Klartext heißt das: Ökologen setzen auf Technologien, die Arbeit freisetzen. Denn die ökovertäglichen Hocheffizienzprodukte lassen sich nur im Rahmen hocheffizienter, qualitätssichernder Produktionsmethoden massenhaft und kostengünstig herstellen. Umgekehrt fordern Umweltstrategen aber auch eine Regionalisierung der Wirtschaft. Dies zeigt: Die Konzepte moderner Umweltstrategie und die Aufgaben einer postindustriellen Marktwirtschaft weisen in die gleiche Richtung. Das gilt auch für die Bedeutung, die ein modernes, demokratisches Lehnswesen für die postindustrielle Ökonomie spielen könnte. So fordern immer mehr Umweltstrategen, daß nicht der Besitz von Gütern (führt zur Wegwerfgesellschaft), sondern ihr zeitweiliger Gebrauch (Leasing, Wiederverwendung) im Vordergrund einer ökovertäglichen Weltwirtschaft stehen müßten.

6.12 Die postindustrielle Gesellschaft

Eine postindustrielle Wirtschaftsweise basiert auf folgendem Grundkonsens: Einerseits sollen die Arbeitsbesitzer bereit sein, die verbleibende Arbeit zu teilen. Andererseits sollen alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft bereit sein, sich an der verbleibenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit zu beteiligen. Es braucht nicht erläutert zu werden, daß allein dies einen tief- und weitreichenden Werte- und Einstellungswandel beinhaltet, der, sollte er tatsächlich gelingen, früheren Epochenwechseln in nichts nachsteht. Ohne Auflockerung des starren Besitzstandsdenkens ist eine solche Entwicklung undenkbar. Das postindustrielle Zeitalter verfügt dabei über materielle und kommunikationstechnische Voraussetzungen (High Tech) für eine globale Humanisierung und Harmonisierung der Verhältnisse, die wohl die meisten früheren Utopien in den Schatten stellt.

Daß die postindustrielle Gesellschaft nicht ohne Schichten- und Einkommensunterschiede auskommt, ergibt sich allein schon aus ihrer Wesenvoraussetzung: High-Tech, Expertenwissen und ausgeprägte Management-Fähigkeiten sind ihre unerläßlichen Voraussetzungen. Ein Kommunismus Marx'scher Prägung ist das also nicht, aber vielleicht eine kommunitaristisch ausgerichtete Leistungs- und Kulturgesellschaft, die um angemessene, gerechte Lebensbedingungen für jeden Einzelnen wetteifert. Eine hohe Lebensqualität zu genießen, bei möglichst wenig Erwerbs- und Bürgerarbeit – ist in einer solchen Gesellschaft nicht verpönt, sondern bildet den Kern ihrer Gesellschaftsmoral.

Dies eröffnet einen Zukunftshorizont, der mehr gute Perspektiven aufweist, als die Schief lagen, die sich aus heute aus High-Level-Rationalisierung, Globalisierung und unbewältigtem Strukturwandel ergeben, nahelegen. Es wird eine offene, positive Gesellschaftsvision greifbar, für die es sich zu engagieren lohnt. Pessimismus und Agonie sind nach dieser Rechnung eine Angelegenheit derjenigen, die den Epochenwechsel fürchten - also eine Sache der Gestrigen, nicht der Vorwärtsgewandten und der jüngeren Generationen.

Da in dieser Gesellschaft zugleich ernsthafte Aufgaben in ausreichender Zahl für alle Bürger vorhanden bleiben, trägt sie im übrigen auch den Bedenken Rechnung, die Hans Jonas in "Prinzip Verantwortung" gegenüber der Marxistischen Utopie einer klassenlosen, arbeitsbefreiten Gesellschaft formuliert hatte. Jonas hatte aufgewiesen, daß die Existenz einer gänzlich arbeitsfreien Gesellschaft, in der nur noch das Hobby als Tätigkeit übrigbleibt, auf einen Zustand extremer Sinnlosigkeit hinausliefe. Dem Reich der Freiheit steht in einer wie oben entworfenen postindustriellen Gesellschaft dagegen auch zukünftig das Reich der Notwendigkeit gegenüber – auch wenn die gesellschaftlich unbedingt notwendige Arbeit insgesamt abnimmt. Der dabei entstehende Tätigkeitsverlust ist aber leicht auffüllbar durch gesellschaftlich sinnvolle Arbeit (z.B. Bürgerarbeit) und kulturell wünschenswerte Selbstentfaltungsaktivitäten.

7. AUSBLICK

Wer ernsthaft entschlossen ist, das Problem der Massenarbeitslosigkeit im Zeitalter der Hoch-Effizienz-Technologie, Massenproduktion und Globalisierung lösen zu helfen, wird nicht umhin können, Fenster zur Zukunft zu öffnen, die wir heute noch aus Angst vor den Herausforderungen eines wirklichen Neubeginns und aus alten Gewohnheiten heraus noch lieber geschlossen halten. Denn der dabei freiwerdende Blick weckt nicht nur neue Perspektiven, sondern auch neue Fragen und Unsicherheiten. Wir betreten neues Terrain. Niemand darf daher erwarten, daß ihm eine erprobte Landkarte zur Verfügung steht, die ihm sicher den Weg weist. Der Epochenwechsel verlangt von allen, die die Zukunft positiv mitgestalten wollen, daß sie alte Denk-, Erwartungs- und Verhaltensmuster als tendenziell überholt zu betrachten bereit sind.

Die im Kapitel "Postindustrielle Ökonomie" vorgestellten Überlegungen zur Selbstversorgung verstehen sich als Anregungen für die weitere gesellschaftspolitische Diskussion, nicht als politökonomisches Programm; sie wollen dazu beitragen, Bannkreise unseres Denkens zu durchbrechen. Bis ein auch nur einigermaßen ernstzunehmendes wirtschaftspolitisches Programm der postindustriellen Ökonomie möglich wird, werden vermutlich noch viele Jahre vergehen. Das liegt allein schon daran, daß der Übergang zur postindustriellen Ökonomie eine Vielzahl neuer Fragen der Volkswirtschaft, des Geldverkehrs, des Steuer- und Wirtschaftsrechts sowie des gesamten Versicherungswesens aufwirft. Ohne komplexe Neben- und Folgeaufgaben sind echte Struktur- und Systemveränderungen nun einmal nicht zu haben. Und schon gar nicht im Hau-Ruck-Verfahren weniger Legislaturperioden.

Vor allem drei mögliche gesellschaftspolitische Bewegungen bereiten Sorge: Neo-Nationalismus, Neo-Kommunismus und religiöser Fundamentalismus. Bis zu dem Zeitpunkt, wo es gelungen sein wird, postindustrielle Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle auf Basis des heute verfügbaren Erfahrungs-, Theorie- und Strategiepentials aufzustellen, können diese Kräfte ohne nennenswerte geistige, psychologische und politische Gegengewichte als Alternative zum Ausverkauf der Nation (nationaler Angriffspunkt), der rücksichtslosen Profitwirtschaft (kommunistischer Angriffspunkt) und der amoralischen, gottlosen kapitalistischen Lebensweise (Fundamentalismus) auftreten und sich vergrößern. Aber außer rückwärtsge wandter Wertesystemkritik haben diese Bewegungen nicht viel zu bieten: sie schwanken haltlos zwischen feudalen, sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsstruktur-Vorstellungen. Was dies betrifft, werden demokratische, postindustrielle Strategien, sobald ausgereifte wirtschaftspolitische Programme vorliegen, ein leichtes Spiel haben, ihren Kont- rahenten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Wir brauchen langfristig weder eine Renaissance der kapitalistischen Marktwirtschaft – und schon gar keine ihrer klassischen Alternativen (z.B. Kommunismus). Wir brauchen echte neue Wirtschaftsordnungsvorstellungen, welche die Potentiale des Wissens, der Technik und vor allem der Menschen sich nachhaltig so entfalten lassen, daß technisch-wissenschaftlicher Fortschritt wieder für alle Bevölkerungsgruppen als humaner und kultureller Fortschritt erfahrbar wird und die globalen Umweltbedingungen nicht Jahr für Jahr verschlechtert werden. Wir brauchen kein Wiedererblühen vergangener Zeiten, sondern neue Gesellschafts- und Weltperspektiven, für die es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.

Es wäre deswegen wünschenswert, wenn der Wettbewerb der Parteien, Nationen, Kulturkreise und Wirtschaftsräume sich demnächst zunehmend an diesem Maßstab messen würde: Wem gelingt es, zukunftsfähige Ziele, Modelle, Pilotprojekte und Rahmenbedingungen in den dringend erforderlichen internationalen Dialog in Form programmatischer Beiträge oder praktizierter Beispiele einzubringen? Wer gehört zu den Vorreitern auf dem Weg zur Epoche einer öko- und sozialverträglichen, postindustriellen Ökonomie?

LITERATURVERZEICHNIS

Beck, Ulrich: Was ist Globalisierung? Frankfurt/Main 1997

Becker, Uwe: Beschäftigungswunderland Niederlande? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/98, S. 12-21. Bonn 1998

Bergmann, Christine (Hrsg.): Berliner Erklärung zur Halbierung der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000. Herausgegeben von der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen. Berlin 1994

Bergmann, Frithjof: Es gibt eine Alternative zum Entlassen: New Work. In: Psychologie Heute März 1999

Beyers, Bert: Die Zukunftsmacher. Denker, Planer, Manager des 21. Jahrhunderts. Frankfurt/Main 1999

Biedenkopf, Kurt: Fortschritt in Freiheit. München 1974

Birkenbihl, Michael: Im Zweifelsfall allein entscheiden. Das Märchen vom mündigen Mitarbeiter. München, Landsberg/Lech 1992

Bosch, Gerhard: Das Ende von Arbeitszeitverkürzungen? Zum Zusammenhang von Arbeitszeit, Einkommen und Beschäftigung. In: WSI-Mitteilungen 6/1998, S.345 - 359.

Bundesanstalt für Arbeit: Strukturanalyse. Nürnberg 1997

Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt. Nürnberg 1997

Cohen, Daniel: Fehldiagnose Globalisierung. Die Neuverteilung des Wohlstandes nach der dritten industriellen Revolution. Frankfurt/Main, New York 1998

Ederer, Günther u. Franzen, Jürgen: Der Sieg des himmlischen Kapitalismus. Wie der Aufstieg Chinas unsere Zukunft verändert. Landsberg/Lech 1998

Erhard, Ludwig u. Müller-Armack, Alfred: Soziale Marktwirtschaft. Frankfurt/Main 1972

Fischer, Joschka: Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Köln 1998

Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wirtschaftspolitik im Zeichen von Globalisierung und Arbeitslosigkeit. Gesprächskreis Arbeit und Soziales. Nr. 75. Bonn 1997

Forrester, Viviane: Der Terror der Ökonomie. Wien 1997

Gates, Bill: Der Weg nach vorn. Die Zukunft der Informationsgesellschaft. München 1997

Gauer, Christoph u. Scriba, Jürgen: Die Standortlüge. Abrechnung mit einem Mythos. Frankfurt/Main 1998

Geisler, Heiner: Zeit, das Visier zu öffnen. Köln 1998

Giarini, Orio u. Liedtke, Patrick M.: Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome. Hamburg 1998

- Glucksmann, André: Die Macht der Dummheit. Stuttgart 1985
- Glunk, Fritz.R (Hrsg): Das MAI und die Herrschaft der Konzerne. München 1998
- Hauf, Stefan: Volkswirtschaftliche Lohnstückkosten und ihre Komponenten. In: Wirtschaft und Statistik 8/1997, S. 523 - 535.
- Hobsbawm, Eric J.: Die Blütezeit des Kapitals. Eine Kulturgeschichte der Jahre 1848-1875. Frankfurt am Main 1980
- Hofmann, Claus F.: Lohnstückkosten. Deutsche Wettbewerbsvorteile. In: Bundesarbeitsblatt 11/1996, S. 5 - 11.
- Hombach, Bodo: Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte. München 1998
- Huntington, Samuel P.: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert. München, Wien 1998
- Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB): Wege zu mehr Beschäftigung. Simulationsrechnungen bis zum Jahr 2005 am Beispiel Westdeutschland. IAB-Werkstattbericht Nr. 5. Nürnberg 1996
- Jenner, Gero: Die arbeitslose Gesellschaft. Gefährdet die Globalisierung den Wohlstand? Frankfurt/Main 1997
- Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung. Frankfurt/Main 1979
- Kempe, Martin: Die Jobwende. Wie man Arbeit schafft. Frankfurt/Main 1998
- Kennedy, Paul: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert. Frankfurt/Main 1993
- Klammer, Ute u. Bäcker, Gerhard: Niedriglöhne und Bürgerarbeit als Strategieempfehlungen der Bayerisch-Sächsischen Zukunftskommission. In: WSI-Mitteilungen 6/1998, S. 359 - 370.
- Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Bonn 1997
- Lafontaine, Oskar u. Müller, Christa: Keine Angst vor der Globalisierung. Wohlstand und Arbeit für alle. Bonn 1998
- Leutenecker, Sabine: Strategien auf dem Arbeitsmarkt: Von Amerika lernen? In: Sozialer Fortschritt, Unabhängige Zeitschrift für Sozialpolitik. 47.Jg., Heft 4, S.83- 89. Bonn 1998
- Luttwak, Edward: Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe - aus Partnern werden Gegner. Reinbek bei Hamburg 1994
- Magyar, Kasimir M.: Das Marketing-Puzzle. Und wie man es sinnvoll zusammensetzt. Landsberg/Lech 1985
- Martin, Hans-Peter u. Schumann, Harald: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek bei Hamburg 1997
- Münz, Rainer / Seifert, Wolfgang / Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland. Frankfurt/Main 1997
- Mutz, Gerd: Zukunft der Arbeit. Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 48-49/97, S. 31-40. Bonn

1997

Ochel, Wolfgang: Mehr Beschäftigung und weniger Arbeitslosigkeit - Amerika, hast du es besser? Sonderdruck aus: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 31. Jg./1998

Riess, Stefan u. Maiwald, Stefan: McJob. Arbeit um jeden Preis? München 1998

Rifkin, Jeremy: Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt/Main 1995

Saiger, Helmut: Die Zukunft der Arbeit liegt nicht im Beruf. München 1998

Schäuble, Wolfgang: Und der Zukunft zugewandt. Berlin 1998

Werner, Heinz: Die Arbeitsmarktentwicklung in den USA - Lehren für uns? Sonderdruck aus: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 30. Jg./ 1997

Ziegler, Armin: Deutschland 2000. Die Zukunft von Wirtschaft, Management, Marketing, Technik und Gesellschaft. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1992